DIE ENTSTEHUNG DES KRIEGES VON 1939

Geheimdokumente aus europäischen Archiven

Herausgegeben von der Archivkommission des Auswärtigen Amts

ROOSEVELTS WEG IN DEN KRIEG

Geheimdokumente zur Kriegspolitik des Präsidenten der Vereinigten Staaten

IM DEUTSCHEN VERLAG · BERLIN

ROOSEVELTS WEG IN DEN KRIEG

GEHEIMDOKUMENTE

ZUR KRIEGSPOLITIK DES PRÄSIDENTEN

DER VEREINIGTEN STAATEN

IM DEUTSCHEN VERLAG • BERLIN

Copyright 1943 by Deutscher Verlag, Berlin
Printed in Germany

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

VORBEMERKUNG

Die vorliegende Sammlung bringt aus dem in deutsche Hände gefallenen Dokumentenmaterial französischer, polnischer, belgischer und anderer Herkunft 33 diplomatische Berichte und Aufzeichnungen, die einen Einblick in die Motive, Methoden und Ziele der Aussenpolitik des Präsidenten Roosevelt gewähren.

Die Sammlung umfasst im Wesentlichen die Zeit vom Herbst 1937, als der Präsident der Vereinigten Staaten mit der «Quarantäne»-Rede von Chicago seine Kriegspolitik entschlossen zu betreiben begann, bis zum Zusammenbruch Frankreichs, der im Sommer 1940 die erste Phase dieser Kriegspolitik Roosevelts zum Abschluss brachte.

Die Dokumente Nr. 15, 17, 18 und 21 sind aus dem vom Auswärtigen Amt im Jahre 1940 herausgegebenen Weissbuch Nr. 3, «Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges», bekannt. Einige andere Dokumente wurden auszugsweise bereits in der Tagespresse veröffentlicht. In der Übersicht wurde einiges weiteres Material, dessen vollständige Wiedergabe über das Thema hinausgeführt haben würde, ausgewertet und teilweise wörtlich angeführt.

Die hiermit der Öffentlichkeit übergebene Schrift ist die erste einer Reihe, die unter dem Gesamttitel «Die Entstehung des Krieges von 1939» zu diesem Thema Geheimdokumente aus europäischen Archiven bringen soll.

Berlin, im Frühjahr 1943

Archivkommission
des Auswärtigen Amts

ÜBERSICHT

Als Roosevelt im Jahre 1933 sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten angetreten hatte, galten seine Bemühungen in erster Linie der Lösung schwerwiegender Probleme innerpolitischer Natur. Aussenpolitisch lebte das amerikanische Volk im Zeichen des Isolationismus, den es mit Hilfe des Neutralitätsgesetzes von 1935 zu sichern suchte, und auch der Präsident griff zunächst nur selten in nicht-nordamerikanische Fragen ein. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Westmächten, die ohnehin durch das Problem der Rückzahlung der Kriegsschulden der Alliierten stark gelitten hatten, waren damals noch wenig intensiv.

Von umso grösserer Bedeutung ist, was der französische Botschafter in Einstellung Washington, de Laboulaye, am 26. Januar 1934 über die Einstellung Roosevelts zu Deutschland berichten kann *(Dok. 1).* Die Deutsche Regierung sah sich in jenen Wochen gezwungen, gewisse Begrenzungen in der Transferierung von Zinszahlungen ins Ausland vorzunehmen, um der schweren Wirtschaftskrise zu begegnen, die infolge der Reparationszahlungen und der späteren, in die Form von Kreditgewährungen gekleideten Ausbeutungspolitik der Anglo-Amerikaner entstanden war. Diese Notmassnahmen riefen bei Roosevelt einen Wutausbruch hervor. Er vergass sich so weit, dass er in Gegenwart mehrerer Amerikaner der Gattin des französischen Botschafters mit lauter Stimme von seinen Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Botschafter erzählte und dabei die törichte Behauptung vorbrachte, Deutschland habe sich aus freien Stücken selbst zugrunde gerichtet.

Botschafter de Laboulaye macht seiner Regierung von diesem, die Formen diplomatischer Gepflogenheiten völlig ausser Acht lassenden «Ausfall des Präsidenten» Mitteilung, wenn dieser ihm damit freilich auch, wie er meint, «nichts Neues über seine Gesinnung gegenüber Deutschland» gesagt habe. «Denn», so fährt er fort, «ich kenne ihn seit 21 Jahren, und ich habe von ihm seither, besonders während des Krieges, aber auch noch vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, gleichartige, sogar noch stärkere Äusserungen über jenes Land zu hören bekommen; aber es schien mir... nicht uninteressant, dass Herr Roosevelt gerade gegenüber der Gattin des französischen Botschafters seine Abneigung nicht nur gegen das Deutschland Hitlers, sondern gegen Deutschland allgemein zum Ausdruck brachte.» Mit diesen Worten ist die Grundeinstellung Roosevelts, die seine Aussenpolitik von Anfang an

bestimmt hat, von einem führenden französischen Diplomaten aufs Unmissverständlichste gekennzeichnet.

Stützpunktpolitik in Lateinamerika

Trotz seiner zunächst bezeugten aussenpolitischen Reserve war der Präsident in Wahrheit jedoch weder an Europa noch an Lateinamerika oder an Ostasien uninteressiert. Hatten in Mittel- und Südamerika seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts diplomatische Einmischungen in die inneren Wirren sowie brutale militärische Interventionen die Hauptinstrumente der imperia- listischen Politik der USA. gebildet, so wurde nun die Politik der «guten Nachbarschaft» verkündet. Die wirtschaftliche Stellung der Vereinigten Staaten in weiten Gebieten Lateinamerikas war inzwischen so stark geworden, dass ihre Vorherrschaft sich auch unter freundschaftlichen Formen aufrechterhalten liess. Die Ziele der USA. aber blieben die gleichen; insbesondere wurde systematisch an der Festigung der militärischen Herrschaft über die Staaten des karibischen Raumes gearbeitet und die Erweiterung des Netzes der nordamerikanischen Flotten- und Luftstützpunkte zunächst im Bereich des Panamakanals vorbereitet. Ein französischer Diplomatenbericht zeigt an einem charakteristischen Beispiel, dass Präsident Roosevelt schon 1935 persönlich nach geeigneten Schlüsselpositionen für die nordamerikanische Festsetzung Ausschau gehalten hat. Der französische Geschäftsträger in Costarica schildert amüsant und ironisch, wie Roosevelt eine als Vergnügungsreise getarnte militärische Erkundungsfahrt nach der Kokosinsel unternimmt, sich über die völkerrechtliche Selbständigkeit eines kleinen Staates hinwegsetzt und ganz unabhängig von der später erfundenen Legende einer Bedrohung Lateinamerikas durch die totalitären Staaten seine Stützpunktpolitik betreibt *(Dok. 2).*

Was die Pläne des neuen Präsidenten gegenüber Ostasien betrifft, so war Roosevelt trotz aller nach aussen bekundeten Zurückhaltung von Vornherein gewillt, an der von dem Aussenminister der Präsidentschaft Hoovers, Staatssekretär Stimson, verfolgten Politik festzuhalten und sich den japanischen Lebensbedürfnissen im ostasiatischen Raum gegebenenfalls mit Gewalt entgegenzustellen.

Die aussenpolitische Grundlinie des Präsidenten Roosevelt war somit einerseits durch das Festhalten an traditionellen Bestrebungen des nordamerikanischen Imperialismus, andererseits durch die Abneigung gegen Deutschland im Allgemeinen und gegen das totalitäre Regime im Besonderen bestimmt. Diese Grundlinie, die sich allerdings erst dann erfolgreich in der grossen Politik zur Geltung bringen liess, wenn es gelang, die starken isolationistischen Tendenzen im amerikanischen Volk auszuschalten oder zu übergehen, trat in den ersten Jahren der zweiten Präsidentschaft Roosevelts deutlicher in die Erscheinung. Sie fand zum erstenmal programmatischen Ausdruck in der Chicagoer Rede vom 5. Oktober 1937, in der Roosevelt in selbstgewählter, bewusst aufsehenerregender Schärfe gegen die «Epidemie der Weltanarchie» zum

«Quarantäne»-Rede 5. Oktober 1937

Kampf aufrief und mit «Quarantäne» drohte. Einige Wochen später verkündete er, dass die Vereinigten Staaten gegebenenfalls im Kampfe gegen die «Aggressoren» die Führung übernehmen müssten. Von nun an greift Roosevelt planmässig nicht nur in die Fragen der westlichen Hemisphäre, sondern auch in Europa und Ostasien ein. Über die Motive dieser öffentlichen Aktivierung der nordamerikanischen Aussenpolitik, die einen besonders starken Ausdruck in der Aufrüstungspolitik findet, gibt der polnische Botschafter in Washington interessante Aufschlüsse: ein Jahr später berichtet Graf Potocki rückblickend, dass es notwendig gewesen sei, die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von den innerpolitischen Problemen, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit und der Arbeitslosigkeit abzulenken, und dass Roosevelt nur durch die Schaffung einer Kriegspsychose das amerikanische Volk zur Annahme seines grossen, über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten hinausgehenden Aufrüstungsprogramms habe bringen können. Der Weg sei dann «ganz einfach» gewesen: man habe nur die Kriegsgefahr, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hänge, «richtig inszenieren» und «das Schreckgespenst eines Angriffs der totalitären Staaten auf die Vereinigten Staaten in die Welt setzen» müssen *(Dok. 15).*

Frankreich gegen Japan vorgetrieben

Zunächst und am unmittelbarsten war die Drohung Roosevelts jedoch gegen Japan gerichtet. Im Verfolg des Wiederausbruchs des japanisch-chinesischen Konfliktes im Sommer 1937 hatte die chinesische Regierung an den Völkerbund appelliert und überdies die Einberufung einer Konferenz der Unterzeichnerstaaten des Neunmächtevertrages nach Brüssel durchsetzen können. Die USA-Regierung gewährte den Chinesen weitgehende moralische Unterstützung, ohne dass sie sich indessen – wie gerade die Brüsseler Konferenz zeigen sollte – zu aktivem Einsatz entschlossen hätte. Noch im Jahr 1939 ist Roosevelt zwar nicht gewillt, Japan durch eigene Massnahmen ernstlich entgegenzutreten, doch versucht er, andere Mächte, insbesondere Frankreich, gegen Japan vorzuschicken. Eines der ersten Ziele der Amerikaner war, alle Massnahmen zu verhindern, die die Lieferung von Waffen und Munition an China hätten beeinträchtigen können. Als daher die französische Regierung den Bahntransport von Waffen und Munition aus Indochina nach China verbietet, lässt Roosevelt den französischen Geschäftsträger in Washington am 22. Oktober 1937 bitten, dem französischen Ministerpräsidenten «die Möglichkeit einer nochmaligen Prüfung dieser Frage» nahezulegen, da er in dem Transportverbot eine Benachteiligung Chinas sehen müsse *(Dok, 3).* Vierzehn Tage später bringt Roosevelt, der sich über den ungewöhnlichen Charakter seiner Forderung völlig klar ist, die Angelegenheit nochmals zur Sprache. Er versucht, die französische Regierung, die sich bisher zu einer Revision ihrer auf Wahrung der Neutralität im Chinakonflikt abzielenden Massnahme nicht hat entschliessen können, durch weitgehende Versprechungen voranzutreiben. «Ich habe indessen den Eindruck», eröffnet er diesmal persönlich dem

französischen Geschäftsträger, «dass Sie vielleicht übertriebene Befürchtungen hegen, und frage mich, ob Frankreich gut daran tut, unter den gegenwärtigen Umständen die politisch gewiss berechtigte Rücksicht auf Sicherheit Erwägungen moralischer Art voranzustellen ... Ist man sich denn in Frankreich nicht klar darüber, dass ein japanischer Angriff auf Hongkong oder Indochina oder auf Niederländisch-Indien einem Angriff auf die Philippinen gleichkommen würde? Sollte dieser Fall eintreten, so wären unsere gemeinsamen Interessen in Gefahr, und wir müssten sie gemeinsam schützen.» Im weiteren Verlauf der Unterhaltung rückt der Präsident deutlich von der Neutralitätsgesetzgebung des amerikanischen Kongresses ab und gibt zu verstehen, dass er die isolationistische Einstellung des amerikanischen Volkes mit allen Mitteln bekämpfen werde *(Dok. 4).*

Der französische Geschäftsträger glaubt allerdings, seine. Regierung vor einer Überschätzung der Zusicherungen Roosevelts warnen zu müssen: « Zweifellos teilt die Mehrheit des Landes seine persönlichen Ansichten über die Aussenpolitik nicht, wie aus der Presse, aus Kundgebungen verschiedener Art und der Stimmung des Kongresses hervorgeht.» Sehr bald stellt sich denn auch heraus, dass der Präsident seine weitgehende Solidaritätserklärung ohne Wissen des Staatsdepartements abgegeben hat, so dass er von dem leitenden Beamten dieses Ministeriums, Unterstaatssekretär Sumner Welles, zu einer einschränkenden Richtigstellung veranlasst wird. Der französische Geschäftsträger betrachtet diesen Zwischenfall als so charakteristisch für die Verhältnisse in Washington, dass er seinen Aussenminister in einem vertraulichen Privatbrief auf die häufigen Unstimmigkeiten zwischen den weitgehenden Äusserungen Roosevelts und der zurückhaltenderen amtlichen Stellungnahme der Regierung der Vereinigten Staaten hinweisen und zur Vorsicht mahnen zu müssen glaubt. Auch die Chicagoer Rede sei in den entscheidenden Teilen das persönliche Werk des Präsidenten gewesen, was nach Ansicht des Geschäftsträgers beweist, «wie weit der Präsident der öffentlichen Meinung des Landes und sogar seinen unmittelbaren Mitarbeitern und den Mitgliedern seiner Regierung voraus ist» *(Dok. 5).*

Auch weiterhin hat Roosevelt seine persönlichen Versuche fortgesetzt, Frankreich zu aktiven anti japanischen Massnahmen zu veranlassen. Er müsse der französischen Regierung schwere Vorwürfe machen, erklärt er im Juni 1938 dem französischen Botschafter de Saint-Quentin, dass sie die indochinesische Grenze nach China geschlossen habe, und er fügt sich «nur mit Bedauern» dem französischen Wunsch, Komplikationen mit Japan zu vermeiden *(Dok. 9).*

Im Rahmen dieser anti japanischen Politik ist auch Sowjetrussland ein wertvoller Faktor, demgegenüber alle weltanschaulichen und innerpolitischen Bedenken zurückgestellt werden. War doch der Wunsch, bei einer Auseinandersetzung mit Japan und Deutschland über den Russen verfügen zu können, schon für Roosevelts Anerkennung der Sowjetunion im Jahre 1933 entscheidend

gewesen. « ... Die hiesige Regierung würde gern die Rote Armee als Sieger aus der Auseinandersetzung mit Japan hervorgehen sehen», berichtet im Frühjahr 1939 der polnische Botschafter in Washington, Graf Potocki. «Deshalb sind auch die Sympathien der Regierung deutlich auf Seiten Chinas. Dieses erhielt letzthin eine ansehnliche finanzielle Hilfe in Höhe von 25 Millionen Dollar» *(Dok. 19).* Da die japanische Regierung schon im April 1934 hatte erklären lassen, dass sie jede fremde Gewährung von Anleihen an China ablehne, war dieses nichts anderes als eine unfreundliche Handlung gegenüber Jäpan. Schliesslich versteigt sich Roosevelt sogar dazu, in einem Gespräch mit dem französischen Erziehungsminister, der ihn im Juni 1939 besucht, dem Wunsche Ausdruck zu geben, «Frankreich möge China jede nur mögliche Hüfe leisten». «Er glaubt», berichtet Saint-Quentin, «dass die chinesische Unabhängigkeit gerettet werden könne, wenn China seinen Widerstand noch ein Jahr lang fortsetze.» Auch jetzt nagelt der französische Botschafter die persönliche Verantwortlichkeit Roosevelts fest, indem er betont, dass diese Äusserung wohl kaum vom Staatsdepartement amtlich bestätigt werden würde *(Dok. 23).*

«Erziehung» der öffentlichen Meinung

In der Tat: der Präsident ist seiner Regierung weit «voraus», und um wieviel mehr noch der öffentlichen Meinung seines Landes! Die Chicagoer Rede war auf schärfste Ablehnung der grossen Mehrheit des amerikanischen Volkes gestossen. Somit erhob sich für den Präsidenten und die ihm trotz gelegentlicher formeller Zurückhaltung auf dem Wege seiner Aussenpolitik folgende Regierung das Problem der «Erziehung» der öffentlichen Meinung. Eines der Hauptmittel hierfür werden die zahlreichen Reden, in denen sich Roosevelt vor allem darin gefällt, die «demokratischen Völker» mit den «friedliebenden» gleichzusetzen und den Hass gegen Faschismus und alle Diktatoren zu predigen.

Hatte sich die Rede von Chicago in erster Linie gegen Japan gerichtet, so sollte sie[7]gleichzeitig doch auch Deutschland und Italien treffen. Seit dem Frühjahr 1938 wendet sich der Präsident Europa noch deutlicher zu. Klar erkennt der polnische Botschafter in Washington Roosevelts Absicht, Amerika zum beherrschenden Faktor in der internationalen Politik zu machen: er bediene sich dafür der nunmehr eingebrachten, auf den Pazifik sowohl wie auf den Atlantik gerichteten grossen Flottenvorlage einerseits und der mit England geführten Handels Vertrags Verhandlungen andererseits. Die Aufrüstung verfolge in erster Linie den hochpolitischen Zweck, ein Druckmittel beim Durchsetzén politischer Forderungen Amerikas in der internationalen Arena zu schaffen. Man wolle sich mit Hilfe der Flotte, deren Grösse jetzt nicht mehr durch die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten oder durch das Verhältnis zur japanischen oder englischen Marine bestimmt werde, ein absolutes Übergewicht sichern und sich ihrer als einés aktiven politischen Arguments bedienen *(Dok. y).* Hervorzuheben ist, dass diese Politik noch vor dem Anschluss Österreichs mit grösstem Nachdruck eingeleitet wurde.

Einfluss der Juden

Die öffentliche Meinung reagiert zunächst noch immer nicht nach Roosevelts Wünschen, aber dem Präsidenten stehen einflussreiche Helfer bei der «Erziehung» des amerikanischen Volkes zur Verfügung: die Juden. Die Juden, berichtet der polnische Botschafter am 9. Februar 1938, also ebenfalls noch vor dem Anschluss Österreichs, seien «die Vorkämpfer für die Schaffung der Kriegsstimmung ..., welche die ganze Welt in den Krieg stürzen und eine allgemeine Katastrophe herbeiführen soll .. Dieser Hass führt zur Raserei. Er wird überall und auf jedem Schritt propagiert: im Theater, in Kinos, in der Presse. Die Deutschen werden dargestellt als Volk, das unter dem Hochmut Hitlers lebt, der die ganze Welt erobern und die ganze Menschheit in einem Meer von Blut ertränken will» *(Dok. 6).* Wenn man sich vergegenwärtigt, dass nach Angabe des polnischen Botschafters Rundfunk, Film, Tagespresse und Zeitschriften zu fast 100% in jüdischen Händen sind *(Dok, 15),* kann man sich das Ausmass dieser Propaganda vorstellen. Von dem höchst einflussreichen Finanzmann Bernard Baruch, «den jeder Präsident der Vereinigten Staaten gern um Rat fragt, in der Innen- sowohl wie in der Aussenpolitik», und von seinem gleichfalls höchst einflussreichen jüdischen Freunde Herbert Swope heisst es etwas später, dass sie von rasendem Hass gegen Hitler erfüllt seien und vor allem mit Hitler «abrechnen» wollten, um «die Gefahr zu beseitigen, die der ganzen Welt drohe .. [1]).»

Als weitere Juden aus der Umgebung Roosevelts zählt Potocki èin anderes Mal Felix Frankfurter, einen der Richter des Obersten Gerichtshofes, den Schatzsekretär Morgenthau und den Gouverneur des Staates New York, Lehmann, auf, über deren Treiben er wörtlich Folgendes sägt: «Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen ‚idealsten' Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein genialer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Hass und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt» *(Dok. 15).* Bis zu dem Augenblick, da die Juden mit dem Ausbruch des Krieges ihr vorläufiges Ziel erreicht haben, verstärkt sich ihre Hetze nach Art eines Trommelfeuers immer mehr, und leitende jüdische Beamte des Staatsdepartements, wie der Vizeunterstaatssekretär Messersmith, überschlagen sich in Angriffen und Anwürfen gegen das deutsche Regime *(Dok. 13, 24).*

Anschluss Österreichs

In gleichem Masse nimmt Roosevelts Aktivität ständig zu. Nach dem Anschluss Österreichs, der die Vereinigten Staaten ja in keiner Weise berührte, schiebt Herr Messersmith in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter der Regierung Chamberlain die Hauptverantwortung an dem Ge-

[1]) Bericht des polnischen Botschafters ^Washington, Graf Potocki, an den polnischen Aussenminister vom 26. Mai 1938.

lingen des Anschlusses zu[1]). Wie ein gut informierter Beobachter berichtet, wurde in amerikanischen Regierungskreisen sogar der Öffentlichkeit gegenüber die Parole ausgegeben, das Bündnis der Demokratien sei durch das Verhalten der neuen englischen Regierung erschüttert[2]). Roosevelt aber zieht aus diesem Vorgang den Schluss, dass es unbedingt nötig sei, die Widerstandskraft der Westmächte zu stärken.

Auf dieser Linie liegt alles, was Roosevelt künftig tut oder spricht. Als der Botschafter de Saint-Quentin auf den angeblichen diplomatischen Sieg der Westmächte vom 21. Mai 1938 zu sprechen kommt – damals wurde bekanntlich von den Westmächten die Lüge von einem deutscherseits geplanten Überfall auf die Tschechoslowakei verbreitet, der durch eine englisch-französische Demarche in Berlin im letzten Augenblick verhindert worden sei –, ruft Roosevelt lebhaft aus: «Das war in der Tat gute Arbeit», und gibt durch eine nicht misszuverstehende Boxergeste seinen Wunsch nach einer Gewaltpolitik gegen die Achsenmächte zu erkennen. Anschliessend erzählt er dem französischen Botschafter begeistert von einem im Weissen Haus vorgeführten antideutschen Hetzfilm, der gerade zur 'Bearbeitung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten herausgebracht worden war. Schliesslich billigt er nachdrücklich die neue französische Politik, die jetzt ein erhebliches Kriegsrisiko auf sich nehme, und unter stärkster Betonung der Gemeinsamkeit der französischen und amerikanischen Lebensinteressen – er geht so weit, zu versichern, dass der Untergang Frankreichs auch den Untergang Amerikas bedeuten würde – lässt er dem französischen Botschafter keinen Zweifel darüber, dass der neue Kurs der französischen Regierung in jedem Fall die Unterstützung der Vereinigten Staaten finden werde. Saint-Quentin schliesst seinen Bericht über diese Unterredung mit der Feststellung: «Diese Worte ... gestatteten keinen Zweifel über die Gesinnung des Präsidenten und über die Richtung, in der er die amerikanische öffentliche Meinung bearbeiten würde, wenn Frankreich an der Seite Englands mit den faschistischen Mächten ... in Konflikt geraten würde *(Dok. 9, vgl. auch Dok. 8).*

Neutralitätsgesetz

Selbstverständlich liessen sich diese Haltung des Präsidenten und die Folgerungen, die sich im Kriegsfall daraus ergaben, mit dem amerikanischen Neutralitätsgesetz in keiner Weise in Einklang bringen. Das Embargo auf Kriegsmaterial hätte dem Präsidenten trotz seiner vorbehaltlosen Solidaritätserklärungen nicht einmal die Lieferung von Flugzeugen und Waffen erlaubt. Roosevelt selbst hat das Gesetz, das 1935 geschaffen und in den folgenden Jahren abgewandelt und erneuert worden war, um die Vereinigten Staaten für den Fall eines Konfliktes wirklich neutral zu halten, niemals ernst genommen.

[1]) Telegramm des französischen Botschafters in Washington, de Saint-Quentin, an den französischen Aussenminister vom 12. März 1938.

[2]) Havas-Telegramm aus Washington vom 18. März 1938.

befugnis des Präsidenten ganz erheblich zu erweitern. Aber bereits zwei Monate vorher, als dieser Erfolg noch ganz ungewiss ist, macht Roosevelt dem französischen Botschafter gegenüber mit eiskaltem Zynismus kein Hehl daraus, wie er den Sinn der vom Kongress mit solchem Nachdruck verteidigten Neutralitätsgesetzgebung zu umgehen gedenkt. «Er glaubt», so berichtet Herr de Laboulaye, «dieses Gesetz werde ihm hinlängliche Vollmachten geben, um den kriegführenden Mächten, soweit sie die Vorherrschaft besässen, zu erlauben, sich mit Rohstoffen und Fabrikaten einzudecken, die nicht als Kriegsmaterial anzusehen seien. Ohne ganz aus sich herausgehen zu wollen, hat Herr Roosevelt zu verstehen gegeben, dass das vom Kongress angenommene Gesetz, wie immer es auch aussehen möge, kaum mehr als einen theoretischen Wert habe, da ja bereits festgestellt worden sei, dass die Ereignisse oft eine unvorhergesehene Wendung nehmen und andererseits die Bundesregierung im Falle eines allgemeinen Krieges schwerlich dem Drucke werde widerstehen können, den die amerikanische Industrie und der Handel auf sie ausüben würden, um mit ihrer Ermächtigung von den Umständen zu profitieren[1]).» Mit diesen Worten bekennt Roosevelt zu allem übrigen auch noch ganz offen plutokratische Einflüsse auf die Regierung.

Nicht anders als der Präsident denkt seine Regierung über das Neutralitätsgesetz. Im März 1938 erklärt der Staatssekretär Cordell Hull, dass es den Verhältnissen angepasst werden müsse. Das bedeute, dass die Vereinigten Staaten sich ihre Handlungsfreiheit für den Fall vorbehielten, dass ein Krieg den Staaten drohe, die «gleiche allgemeine Anschauungen» wie die Amerikaner hätten[2]). Einige Monate später versichert die offiziöse «New York Times», dass kein Neutralitätsgesetz das amerikanische Volk hindern könne, seine natürlichen Verbündeten zu begünstigen[3]). Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise, am 27. September 1938, beruhigt der Unterstaatssekretär Sumner Welles den französischen Botschafter, der wegen des Neutralitätsgesetzes Sorgen äussert: Die Regierung der Vereinigten Staaten habe, obwohl sie über die Entwicklung der öffentlichen Meinung keine sicheren Voraussagen machen könne, «alle durch das Neutralitätsgesetz aufgeworfenen Fragen sorgfältig geprüft», und diese Prüfung sei in einem für die Westmächte «günstigen Sinne durchgeführt worden». Unmissverständlich drängt also die Regierung der Vereinigten Staaten zur kriegerischen Auseinandersetzung mit Deutschland. Sumner Welles lobt im Übrigen die im britischen Kabinett erzielte Einstimmigkeit hinsichtlich eines bedingungslosen englischen Beistandsversprechens an Frankreich *(Dok. 10),* nachdem einige Wochen vorher grosse Sorgen wegen einer etwaigen englischen Kompromisspolitik bestanden hatten[4]).

[1]) Bericht des französischen Botschafters in Washington, de Laboulaye, an den französischen Aussenminister vom 24. Februar 1937.

[2]) Rede Cordell Hulls vom 18. März 1938.

[3]) «New York Times» vom 15. Juni 1938.

[4]) Bericht des französischen Botschafters in Washington, de Saint-Quentin, an den französischen Aussenminister vom 30. August 1939.

München

Nirgends herrschte dann grössere Enttäuschung über das Abkommen von München, den «fatalen Frieden von München», wie der Jude Baruch sich auszudrücken beliebte[1]), als im Weissen Hause. Nach Roosevelts erbitterten Äusserungen war München nichts anderes als «eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus». In Washington wurde die Version ausgegeben, Hitler habe Chamberlain «die Pistole auf die Brust gesetzt», und Frankreich und England hätten daher nichts anderes tun können als «einen schändlichen Frieden schliessen» *(Dok. 15).*

Eine von der Deutschen, der italienischen, englischen und französischen Regierung gemeinsam gefundene friedliche Lösung, die Aussichten für eine weitere europäische Zusammenarbeit eröffnete; ’war in der Tat alles andere, als was Roosevelt wollte. Die Beschlüsse von München konnte er nicht mehr rückgängig machen, wohl aber alles einsetzen, um die damit verbundenen Zukunftshoffnungen zu sabotieren. So entschloss er sich zu einer endgültigen Zusammenfassung aller Kräfte auf dieses Ziel hin. Lateinamerika sollte unter Führung Washingtons zu einem einheitlichen Block zusammengeschweisst und zu klarer Frontstellung gegen die totalitären Staaten veranlasst, die Kriegsbereitschaft der «europäischen Demokratien», zu denen jetzt auch Polen gerechnet wurde, durch Einwirkung auf die Regierungen und durch Förderung der kriegslüsternen Parteien gestärkt und schliesslich das eigene Land endgültig für die Kriegspolitik gewonnen werden.

«Politik des guten Nachbarn»

Mit dem Jahre 1937 hatte eine verstärkte aussenpolitische Tätigkeit Roosevelts auch gegenüber Lateinamerika eingesetzt. Zu der nun auch in der nordamerikanischen Publizistik offener erörterten Stützpunktpolitik gegenüber Mittelamerika kamen Verhandlungen mit südamerikanischen Staaten, in denen unter dem Motto der gemeinsamen Verteidigung der westlichen Hemisphäre die Entsendung nordamerikanischer Militär- und Marinemissionen und die «Verpachtung» nordamerikanischer Kriegsschiffe ins Auge gefasst wurden. Innere Unruhen in einzelnen lateinamerikanischen Ländern wurden als «Nazi»-Umtriebe hingestellt, gegen die nur die Unterstützung des starken nordamerikanischen Bruders Hilfe bringen könne. Auf wirtschaftlichem Gebiet suchte das Weisse Haus die Bindung auch der grösseren lateinamerikanischen Staaten an die nordamerikanischen Interessen durch die von Staatssekretär Cordell Hull zum weltanschaulichen Dogma erhobene Handelsvertragspolitik zu fördern, der politisch gesteuerte Anleihevergebungen den Weg bereiten sollten. Gegenüber den mittelamerikanischen Kleinstaaten konnte die Dollardiplomatie offener auftreten; der nordamerikanische Kolonialimperialismus hat hier seine brutalen Erpressermethoden nicht einmal formell dem Schlagwort der «Politik des guten Nachbarn» angepasst. Nichts illustriert z. B. die völlige finanzielle und damit auch politische Abhängigkeit der angeblich souveränen mittel-

[1]) Bericht des polnischen Botschafters in Washington, Graf Potocki, an den polnischen Aussenminister vom 21. Oktober 1938.

amerikanischen Staaten von ihrem Riesennachbarn besser als der Bericht des französischen Gesandten in Ciudad Trujillo vom 11. Januar 1939, der von so grotesken Zuständen wie den Versuchen der Regierung von San Domingo, sich durch organisierten Warenschmuggel wenigstens teilweise der nordamerikanischen Finanzdiktatur zu entziehen, ein tragikomisches Bild gibt *(Dok. 14).*

Einen erschöpfenden Überblick über die wirtschaftliche, kulturelle und militärische Durchdringungspolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika hat der französische Botschafter in Washington in einer Vorschau auf die für Ende Dezember 1938 nach Lima einberufene VIII. Panamerikanische Konferenz gegeben. Der Botschafter erinnert an den von der Washingtoner Regierung seit längerer Zeit inspirierten «nationalistischen Feldzug panamerikanischer und sogar imperialistischer Färbung» und hebt besonders die bereits damals auftauchenden Forderungen nach «Flottenstützpunkten in den französischen oder britischen Besitzungen der Antillen» hervor. Bezeichnenderweise erwähnt dieser vom 9. November 1938 datierte Bericht ausdrücklich, dass solch weitgehende Wünsche von den «verantwortlichen Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten» mit dem Argument der Südamerika angeblich drohenden deutschen und faschistischen Gefahr begründet wurden. Über den Wahrheitsgehalt dieses in Zukunft immer häufiger auftauchenden Tarnungsmittels des USA.-Imperialismus und der Kriegshetze vermag auch der französische Diplomat eine skeptische Bemerkung nicht zu unterdrücken. Von den Handelsvertragsideen Cordell Hulls wird festgestellt, dass sie sich mit den Wirtschaftsinteressen der USA. aufs Beste deckten, den Bedürfnissen der Südamerikaner aber nicht in gleicher Weise Rechnung trügen, da sich die Vereinigten Staaten und die südamerikanischen Länder wirtschaftlich durchaus nicht ergänzten und für Lateinamerika der unmittelbare Tauschhandel (wie er damals bekanntlich mit Deutschland in die Wege geleitet worden war) vorteilhafter sei. Der Botschafter weist weiter auf die immer grössere Ausmasse annehmende Anleihepolitik Washingtons, auf die als Kulturpropaganda getarnte politische Propaganda und schliesslich auf die für Lima geplante Behandlung der «militärischen Verteidigung des amerikanischen Kontinents» hin. Abschliessend fasst er zusammen, dass die Regierung Roosevelts sich bei dieser Politik auf ein demokratisches Ideal berufe, «das für die Vereinigten Staaten selbst in Wirklichkeit ein panamerikanisches, imperialistisch durchsetztes Ideal ist» *(Dok. 11).* Im gleichen Sinne äussert Saint-Quentin sich einige Wochen später über eine Rede Hulls: Der Staatssekretär habe «dem panamerikanischen Nationalismus Ausdruck» gegeben, und dieser Nationalismus trage «stark das Gepräge eines Imperialismus, der sich schlecht hinter unverdienten Komplimenten an die Schwesterrepubliken verbirgt[1]).»

[1]) Telegramm des französischen Botschafters in Washington, de Saint-Quentin, an den französischen Aussenminister vom 10. Dezember 1938.

Lima-Konferenz Dezember 1938

Tatsächlich ist es der nordamerikanischen Delegation auf der Panamerikanischen Konferenz unter Anwendung aller nur möglichen Druckmittel gelungen, die Annahme der Deklaration von Lima durchzusetzen, in der sämtliche lateinamerikanischen Staaten zum gemeinsamen Garanten der Monroe-Doktrin erklärt und die Solidarität ganz Amerikas «gegen alle fremde Intervention und Aktivität» proklamiert wurden. Damit war der Weg zu einer noch engeren diplomatischen Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und den lateinamerikanischen Ländern geebnet und praktisch der Führungsanspruch Washingtons in einer zwischenstaatlichen Urkunde festgelegt.

Im Übrigen hat Cordell Hull die Konferenz benutzt, um die lateinamerikanischen Delegierten offen gegen die Achsenmächte aufzuhetzen, für die Einkreisungspolitik zu werben und der Kriegspolitik den Boden zu bereiten. Den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den südamerikanischen Ländern bemühte er sich zu stören, indem er nach bereits bewährter Praxis das Gespenst politischer Forderungen von Seiten Deutschlands jetzt besonders stark heraufbeschwor. Darüber hinaus gab er unter heftigen Beschimpfungen des Führers und des Duce den lateinamerikanischen Staaten deutlich zu verstehen, dass Washington bei einem europäischen Konflikt nicht neutral bleiben, sondern sich auf die Seite der «liberalen Mächte» stellen würde *(Dok. 16).*

Die Einmischungspolitik des Präsidenten in die europäischen Angelegenheiten bedient sich nun immer deutlicher einer doppelten Methode: in Reden und im diplomatischen Verkehr bringt er demonstrativ seine Feindschaft gegen die totalitären Staaten zum Ausdruck und droht in der Kongressbotschaft vom 3. Januar 1939 zum erstenmal mit den «methods short of war»; gleichzeitig setzt er alles daran, die demokratischen Länder auf die Einkreisungspolitik festzulegen.

Arbeitsmethoden des Weissen Hauses

Für die Erkenntnis der Motive der Rooseveltschen Politik sind Ausführungen, wie sie Potocki in einem Bericht vom 7. März 1939 über die Arbeitsmethoden im Weissen Hause und den autokratischen Charakter der Rooseveltschen Geschäftsführung macht, besonders aufschlussreich. Als letztes Motiv des Präsidenten wird hier seitens des polnischen Diplomaten nichts anderes als Geltungsbedürfnis aufgedeckt: «Persönlich sieht der Präsident in der Aussenpolitik seines Landes ein Mittel zur Befriedigung des eigenen Ehrgeizes, gern hört er aufmerksam auf das Echo, das aus den anderen Hauptstädten der Welt zu ihm widerhallt.» In der Methode, alle diplomatischen Berichte selbst zu bearbeiten, in dem häufigen persönlich und geheim gepflogenen Gedankenaustausch mit seinen oft nach Washington berufenen Botschaftern, die meist seine persönlichen Freunde seien, sehe Roosevelt das beste Mittel zur Aktivierung seiner Politik. Auf diese Weise würden die Vereinigten Staaten «auf die gefährliche Bahn der Weltpolitik geführt» *(Dok. 19).*

Aufrüstung

Der gleiche Bericht entlarvt das Doppelspiel der Rooseveltschen Auf-

Deutsch-polnischer Konflikt. Kriegstreiberei Bullitts

rüstungspolitik, die die notwendige Ergänzung seiner Hetzpolitik darstellt: Während Roosevelt, um die Bewilligung der geforderten Riesensummen zu erreichen, dem eigenen Volke vorspiegele, dass man nicht etwa rüste, um im Fall des als unvermeidbar dargestellten Konfliktes in Europa einzugreifen oder sich mit England und Frankreich zu verbünden, sondern nur um die eigene Macht zu stärken, gebe er durch die Aufrüstungspolitik der Welt inoffiziell zu erkennen, «dass im Kriegsfälle die Vereinigten Staaten mit ihrer ganzen militärischen und finanziellen Macht auf Seiten der demokratischen Staaten stehen» würden *(Dok. 19).*

Nach dem ernsten Rückschlag, den das Münchener Abkommen für die Konflikt. Kriegspolitik des Weissen Hauses zu bedeuten schien, wandte Roosevelt nunmehr seine ganze Aufmerksamkeit der immer kritischer werdenden Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zu. Diese Spannungen jedenfalls schienen, wenn man sie entsprechend verstärkte, die gewünschte Explosion zu versprechen. Die Depeschen des polnischen Botschafters in Washington bezeugen aufs Unmissverständlichste das Ziel der amerikanischen Politik: alles, was Potocki über Roosevelts Politik im Allgemeinen oder über seine Gespräche mit führenden Persönlichkeiten im Besonderen zu berichten hatte, musste in kriegerischem Sinne wirken. Des Weiteren verfügte Roosevelt in William C. Bullitt über einen Botschafter in Paris, der sich in dieser Richtung durch besonderen Eifer und Initiative auszeichnete. Seit der Chicagoer Rede benutzte Bullitt den Pariser Posten, den er seit 1936 innehatte, um den Franzosen die ihnen von Berlin und Rom angeblich drohenden Gefahren an die Wand zu malen. Je stärker Roosevelt seine Europapolitik aktivierte, umso mehr wurde der Botschafter, dem besondere Vollmachten auch gegenüber amerikanischen Missionschefs in anderen europäischen Hauptstädten übertragen worden waren, zum Sprachrohr Roosevelts für ganz Europa.

Bereits im November 1938 erklärte Bullitt bei einem Aufenthalt in Washington dem polnischen Botschafter unter Hassausbrüchen gegen den Führer, «dass nur Gewalt, schliesslich ein Krieg, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen» könne. Und er scheute sich auch nicht/ den polnischen Freund zu hintergehen, indem er ihm vorspiegelte, dass die Stimmung in den Vereinigten Staaten gegenüber dem Nazismus und Hitlerismus so gespannt sei, «dass schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose» herrsche «wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917». Zweifellos, versichert er auf die Frage des Polen, würden die Amerikaner am Kriege teilnehmen, aber erst, nachdem Frankreich und England ihrerseits losgeschlagen hätten[1]).

Einige Wochen später gewinnt Potocki aus Bullitts Äusserungen den Eindruck, dass er von Roosevelt «eine ganz genaue Definition des Standpunktes

[1]) Bericht des polnischen Botschafters in Washington, Graf Potocki, an den polnischen Aussenminister vom 21. November 1938 (Weissbuch 3, Nr. 4).

erhalten hat, den die Vereinigten Staaten bei der heutigen europäischen Krise einnehmen». Umso bemerkenswerter dürfte es sein, dass Bullitt jetzt den polnischen Botschaftern in Washington und Paris gegenüber mehrfach jede Kompromisspolitik mit den totalitären Staaten, in deren Front er nun auch Italien einbezieht, schärfstens verdammt und wiederum die Versicherung aktiven Eingreifens auf Seiten Englands und Frankreichs gibt; gleichzeitig erteilt er der polnischen Aussenpolitik ein aufmunterndes Lob *(Dok. 17,18).* Im März unternimmt er es dann, in London auf den Abschluss eines polnisch-englischen Bündnisses drängen zu lassen, und er scheut sich nicht, den polnischen Botschafter darauf hinzuweisen, dass man in Washington «im Besitz von Mitteln» sei, mit denen man «einen wirklichen Zwang auf England ausüben» könne. «An die Mobilisierung dieser Mittel werde er ernstlich denken.» Unter Ausnutzung der «ihm zustehenden Rechte» beauftragt er Kennedy, den Botschafter der Vereinigten Staaten in London, die Angelegenheit bei «kategorischer Betonung der Verantwortlichkeit der englischen Regierung» mit dem Ministerpräsidenten Chamberlain zu besprechen *(Dok. 21).* Kennedy, der von seiner weisungsgemäss nachgesuchten Unterredung mit Chamberlain offenbar befriedigt ist, treibt auch seinerseits die Polen noch vorwärts, indem er ihnen den Rat gibt, möglichst oft in London zu wiederholen, dass sie in der Danziger Frage zum Widerstand entschlossen seien[1]). Am 31. März gibt dann bekanntlich die britische Regierung die verhängnisvolle Garantieerklärung an Polen.

Nicht lange vor Kriegsausbruch gewährt noch einmal ein polnischer Bericht Einblick in die amerikanische Hetze. Während Warschau im Vertrauen auf die englische Blankovollmacht seine Provokationspolitik durch Drohungen gegen Danzig und Verfolgung der deutschen Volksgruppe auf die Spitze treibt, bescheinigt Sumner Welles dem polnischen Geschäftsträger in Washington «die grossartige Haltung Polens». Gleichzeitig bestärkt Herr Messersmith in völliger Verkennung der Tatsachen den polnischen Grössenwahn. «Die unnachgiebige Haltung der demokratischen Staaten, darunter auch Polens», erklärt er dem polnischen Geschäftsträger, würde das verhasste deutsche Regime zu Fall bringen *(Dok. 24).*

Zusammenspiel mit den Westmächten

Im Spiel Washingtons sind alle Figuren recht. Auch dem neutralen Belgien wird unmissverständlich klargemacht, wie die Gruppierung im Konfliktsfall aussehen Wird. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1939 erklärt Staatssekretär Cordell Hull dem belgischen Sondergesandten, Botschaftsrat Fürst von Ligne, als die Möglichkeit eines Konflikts in Westeuropa erörtert wird: «Wir würden vielleicht drei Tage, drei Wochen oder drei Monate brauchen, but we would move.» Die Massen seien jetzt bereits weitgehend erzogen; «vor sechs Wochen wäre es uns niemals möglich gewesen, so viel Kriegsmaterial zu liefern, wie wir jetzt Frankreich und England liefern.» Die Haltung

[1]) Bericht des polnischen Botschafters in London, Graf Raszynski, an den polnischen Aussenminister vom 29. März 1939 (Weissbuch 3, Nr. 12).

Washingtons kennzeichnet der belgische Beobachter in folgenden Sätzen: «Auf militärischem Gebiet scheint Amerika eine Aufrüstung in der Luft und zu Wasser zu beabsichtigen, die bis zur Grenze des Notwendigen geht. Auf wirtschaftlichem Gebiet fasst es den Boykott des Handels der totalitären Staaten ins Auge; auf diplomatischem Gebiete endlich tritt das Einvernehmen mit England täglich mehr in Erscheinung, und das Neutralitätsgesetz wird sicherlich aufgehoben werden, vielleicht sogar schon, bevor es seine Probe hat bestehen können ...» Selbstverständlich wird erwartet, dass Belgien für sein eigenes Verhalten aus diesen Eröffnungen die entsprechenden Folgerungen zieht *(Dok. 20).*

Druck auf England

Doch auch England wurde in Washington ausschliesslich als Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele gewertet. War man der Londoner Regierung schon bei den Handelsvertragsverhandlungen nur entgegengekommen, um sie in eine gegen Deutschland gerichtete Politik zu treiben *(Dok. 12),* so waren die vom Präsidenten darüber hinaus beabsichtigten und von Bullitt mit erstaunlicher Offenheit verkündeten Methoden zur Erzwingung einer aktiven antideutschen Politik Englands verblüffend eindeutig. «Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer» bedeutsame Zwangsmittel», hatte Bullitt beispielsweise dem polnischen Botschafter in Paris schon im Februar dargelegt. «Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England von einer Kompromisspolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten» *(Dok. 18).*

Drahtzieher der Einkreisungspolitik

Aber nicht einmal der beste Freund, der Franzose, ist wirklich zufrieden mit dem Drahtzieher seiner Politik. Im April ist die französisch-englische Garantieerklärung an Griechenland und Rumänien erfolgt, der Abschluss von Beistandsabkommen mit der Türkei steht bevor, mit Sowjetrussland werden Verhandlungen geführt. Aus dem Erlass an den Botschafter in Washington vom 8. Mai 1939 vermeint man zu spüren, wie der französische Aussenminister Bonnet geglaubt hat, seinen gefährlichen Weg unter der Leitung und dem Schutz eines zuverlässigen Freundes eingeschlagen zu haben, wie er nun aber, nachdem er sich weit vorgewagt hat, plötzlich die Fragwürdigkeit seiner Deckung empfindet. Zwar hat Roosevelt die weitestgehenden Versprechungen gemacht, aber verantwortlich und endgültig bindend hat er sie nicht geben können. Was sollte werden, wenn entgegen allen von Roosevelt erweckten Erwartungen und trotz des von ihm und seiner Regierung seit dem Frühjahr so lebhaft geführten Kampfes für eine entscheidende Abänderung des Neutralitätsgesetzes der Kongress diese auch weiterhin verweigerte? «Wenn die amerikanische öffentliche Meinung gegenwärtig ihre Blicke tatsächlich nach Europa richtet und keine Gelegenheit versäumt, um den grossen Demokratien eine Politik des Widerstandes und der Festigkeit zu empfehlen, so wendet sich andererseits auch die öffentliche Meinung Frankreichs nach Amerika und erwartet von dort diejenigen Massnahmen, die die Fortführung der Politik, die

Amerika selbst empfiehlt, weitgehend erleichtern wurden.» Und Bonnet rühmt sich der von Frankreich und England befolgten Einkreisungspolitik, «die nur die volle Zustimmung der Regierung der Vereinigten Staaten finden kann, wie es übrigens Herr Bullitt in Paris und Herr Kennedy in London in freundschaftlicher Weise oft anerkannt haben». Hier wird somit besonders deutlich, wie sehr Frankreich trotz dieses vorübergehenden Aufbegehrens bereits zum ausführenden Organ Roosevelts und damit zur völligen Abhängigkeit degradiert worden ist *(Dok. 22)*.

Ausbruch des europäischen Krieges

Als am 1. September 1939 der deutsch-polnische Krieg ausbrach und zwei Tage später England und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg erklärten, muss im Weissen Hause tiefe Genugtuung geherrscht haben über die Entschlüsse der von Roosevelt vorwärtsgetriebenen, irregeleiteten Staatsmänner.

Kampf gegen das Neutralitätsgesetz

Am 2. September sucht Sumner Welles die französische Haltung zu versteifen, indem er dem französischen Botschafter gegenüber in schärfster Form der Überzeugung Ausdruck gibt, dass es notwendig sei, «ein für allemal mit der Hysterie des Neutralitätsgesetzes Schluss zu machen» und im gegebenen Augenblick die völlige Abschaffung im Kongress vorzuschlagen[1]). Das Gewicht dieser Äusserung wird noch dadurch verstärkt, dass sie die für den nächsten Tag im Rahmen einer grossen Rundfunkrede Roosevelts erwarteten Versicherungen, die Vereinigten Staaten aus dem Krieg herauszuhalten, als betrügerisches Manöver enthüllten, auf das man die Westmächte jedoch nicht hineinfallen lassen möchte. Sehr bald nach dem Ausbruch des Krieges in Europa erfolgt die Einberufung des Kongresses mit dem Ziel der Änderung des Neutralitätsgesetzes. Saint-Quentin berichtet seiner Regierung erneut über die mit diésem Problem zusammenhängenden Spannungen. Man habe erkennen müssen, dass die Aufhebung des Waffenembargos nicht zu erreichen sei, sofern man nicht der öffentlichen Meinung sichere Garantien für das Herausbleiben der Vereinigten Staaten aus dem Konflikt biete. So habe die Regierung als Gegenleistung sich zur Wiederinkraftsetzung der abgelaufenen Bestimmungen aus dem Gesetz von 1937, insbesondere der Cash-and-Carry-Klausel, entschliessen müssen. Die USA.-Regierung habe nicht hinter der Opposition zurückstehen können, da das Heraushalten des Landes aus dem Kriege als vaterländische Pflicht verkündet worden sei. Was blieb ihr auch übrig, wenn die letzten Umfragen ergeben hatten, «dass der Prozentsatz der Befürworter einer bewaffneten Intervention der Vereinigten Staaten an der Seite Englands und Frankreichs in den beiden letzten Monaten auf weniger als 5% gesunken» und die Bevölkerung von tiefgehendem Misstrauen gegen jedwede Propaganda der Kriegführenden erfüllt war *(Dok. 27)*.

Während der Kongress sich von der Cash-and-Carry-Klausel, die die

[1]) Bericht des französischen Botschafters in Washington, de Saint-Quentin, an den französischen Aussenminister vom 2. September 1939.

Gewährung von Krediten an. Kriegführende und die Beförderung der gekauften Kriegsmaterialien auf amerikanischen Schiffen verbietet, die Ausschaltung von gefährlichen Zwischenfällen verspricht, ist der Präsident seinem Ziel doch einen erheblichen Schritt nähergekommen, da praktisch doch nur die Engländer und Franzosen als Abnehmer von Kriegsmaterial in Frage kommen. Die Neutralität ist zu einer blossen Phrase geworden, die Gegner Deutschlands werden einseitig nun auch materiell unterstützt.

Neutralitätswidrige Massnahmen

Übrigens hat Roosevelt sich schon gleich in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch, während er der Öffentlichkeit noch Vorsicht und Zurückhaltung vorspiegelt, nicht vor direkten neutralitätswidrigen Massnahmen gescheut. Im Namen seiner Regierung macht der Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris dem französischen Ministerpräsidenten und Aussenminister Anfang Oktober die «vertrauliche» Mitteilung, dass die Amerikaner bewaffnete Handelsschiffe, soweit sie nur defensiv bewaffnet seien, nicht als Kriegsschiffe anzusehen beabsichtigten *(Dok. 25).* Der Deutschen Regierung ist eine entsprechende Mitteilung nicht zugegangen. Im Übrigen bedeutete dieses Verfahren, bewaffneten Handelsschiffen die unbeschränkte Benutzung der amerikanischen Häfen zu gestatten, während z.B. für Unterseeboote bald darauf ein allgemeines Anlaufverbot erlassen wurde, praktisch eine schwere Verletzung des Völkerrechts. Weiterhin verdient erwähnt zu werden, dass der französische Ministerpräsident Daladier gelegentlich einer Sitzung des Obersten Alliierten Kriegsrates im Februar 1940 feststellen konnte, Roosevelt verletze in Sachen der Neutralität auch die eigene Gesetzgebung. Im Zusammenhang mit Erörterungen zwischen Daladier und Chamberlain über die Möglichkeit, Flugzeuge aus den USA. zu beziehen, heisst es wörtlich: «Roosevelt hat dieses Gesetz bereits verletzt, als er erklärte, dass das amerikanische Heer das Material, das wir wünschten, nicht brauche. Er ist bereit, es erneut zu tun[1]).»

Panama-Konferenz September 1939

Auch auf einer anderen Plattform erweist es sich, dass Roosevelt unter dem Mantel der Zurückhaltung, mit dem er sich vor seinem Volke noch umgeben muss, eine seiner vorgeblichen Politik durchaus entgegengesetzte Aktivität verbirgt. Noch im September 1939 tritt in Panama eine Ausserordentliche Panamerikanische Konferenz zusammen, die auf der Basis der Beschlüsse von Lima die Zusammenarbeit sämtlicher amerikanischer Staaten noch enger gestalten soll und die tatsächlich die Position der Vereinigten Staaten im westlichen Raume bedeutend verstärkt. Der Bericht des französischen Gesandten für Mittelamerika über eine Unterredung mit dem Aussenminister von Guatemala nach dessen Rückkehr aus Panama *(Dok. 26)* gibt zunächst wiederum ein Bild von der absoluten, auch aussenpolitischen Abhängigkeit einer, mittelamerikanischen Republik wie Guatemala von Washington: «Wir folgen der Regierung von Washington in ihrer moralischen Aktion ... wenn sich diese

---

[1]) Protokoll der Sitzung des Obersten Alliierten Kriegsrates vom 5. Februar 1940.

moralische Aktion morgen schon in die Tat umsetzen sollte, so wird unsere Haltung die gleiche sein, was immer für Folgen daraus entstehen mögen.» Der Minister äussert sich dann zu der Sicherheitszone, die, auf der Panamakonferenz proklamiert, im Osten und Westen der Vereinigten Staaten und der lateinamerikanischen Republiken 300 Meilen ins Meer hinausreichen soll und in der alle kriegerischen Handlungen der kriegführenden Streitmächte untersagt sein sollen. Beruhigend erklärt er dem französischen Gesandten, das Prinzip der Sicherheitszone könne, «wenn es in dem Sinne angewendet wird, der bei seiner Festlegung massgebend war», für die Alliierten keinerlei Nachteile mit sich bringen. Zur Unterstützung weist er auf sonstiges neutralitätsverletzendes Verhalten der USA. hin und macht auf die schwere Benachteiligung der deutschen U-Boote seitens der USA. aufmerksam, die die Behandlung von U-Booten der Kriegführenden unter Bedingungen gestellt haben, «die eindeutig auf den Zweck abgestellt erscheinen, den Verkehr der deutschen U-Boote zu erschweren».

Sicherheitszone

In der Tat erreicht Roosevelts Spiel mit doppelten Karten bei seiner Behandlung der Sicherheitszonenfrage wieder einen Höhepunkt. Wie von der Botschaft der Vereinigten Staaten in London der dortigen französischen Botschaft ausdrücklich mitgeteilt wird, hat Roosevelt diesen zur Sicherung der Neutralität der beiden Amerika eingebrachten Vorschlag nur unterstützt, um die öffentliche Meinung im Sinne seiner Kriegspolitik zu «erziehen». Angesichts der praktischen Unmöglichkeit, eine so umfassende Zone wirklich zu sichern, sollte der amerikanischen Öffentlichkeit klargemacht werden, «dass die beiden Amerika sich nicht friedlich mit einer ‚Watteschicht' umgeben könnten». In der Zone eingetretene Zwischenfälle wären also ein willkommenes Mittel zur Aufpeitschung der Leidenschaften gewesen. Unter diesen Umständen musste natürlich die ablehnende britische Antwort auf das Sicherheitszonenprojekt, die die Achsenmächte zu einer ähnlichen Stellungnahme zwang, in Washington besonders willkommen sein, was man den Franzosen dann auch «streng vertraulich» zu verstehen gibt *(Dok. 28).* Selbst Neutralitätspolitik versteht Roosevelt unmittelbar in Kriegspolitik zu verkehren.

Mission Sumner Welles' Februar 1940

Aber Roosevelt weiss auch eine als «Friedensvermittlung» getarnte Mission seinem Ziel der Kriegsausweitung und Kriegsverlängerung dienstbar zu machen. Im Februar 1940 begibt sich der Unterstaatssekretär Sumner Welles im Auftrag des Präsidenten auf eine Reise nach Europa. In der ganzen Welt wird diese Aktion als Versuch zur Erkundung von Friedensmöglichkeiten aufgefasst. Wie es um diese angebliche Friedensvermittlung in Wahrheit bestellt war, kann nunmehr auf Grund von Dokumenten über den Aufenthalt des Unterstaatssekretärs in Paris erschöpfend dargetan werden. Hatte die Gesamtpolitik Roosevelts vor dem Kriege unter der Parole gestanden: Lieber Krieg als Verständigungspolitik, so ist jetzt oberster Gesichtspunkt: Kein Verständigungsfriede!

Nach Auffassung Bullitts ist die Reise auf den persönlichen Ehrgeiz des Unterstaatssekretärs[1]) zurückzuführen. Bullitt ist, als er von der Mission erfährt, ausser sich, da er fürchtet, dass durch sie die Aussenpolitik des Präsidenten in den nächsten Wochen einen unklaren Charakter erhalten könne. Einem dadurch etwa entstehenden schlechten Eindruck auf die Franzosen – und was hätte Herrn Bullitt tiefer beunruhigen können als diese Möglichkeit – sucht er sofort vorzubeugen, indem er noch vor der Abreise des Unterstaatssekretärs sich von Roosevelt den Auftrag geben lässt, Herrn de Saint-Quentin zu informieren. Er kann dem französischen Botschafter die tröstliche Mitteilung machen, dass der Präsident «sich niemals dazu hergeben würde, einen Kompromissfrieden mit den Diktatoren zu empfehlen» *(Dok. 29).* Wenige Tage darauf bestätigt der Präsident diese Mitteilung durch ein eigenes Handschreiben, das Sumner Welles dem französischen Ministerpräsidenten Daladier in Paris überreichen soll. Wenn Roosevelt in diesem Brief der Hoffnung Ausdruck gibt, dass schliesslich ein Friede zustande kommen werde, der «weder unentschieden noch unsicher ist» *(Dok. 30), so* ist damit völlig unmissverständlich ausgesprochen, in welchem Sinne er in Paris seinen Einfluss geltend zu machen wünscht. Mit dem Dank für die Äusserungen Bullitts und gleichartigen Versicherungen auch des Unterstaatssekretärs selbst kann man französischerseits dann etwas später in Washington mitteilen lassen, dass man an dieser amerikanischen Haltung nie habe zweifeln können; man bittet jedoch um weitere öffentliche Bekundung dieses auch bei der Kongresseröffnung im Januar durch Roosevelt bereits eindeutig zum Ausdruck gebrachten Standpunktes, um damit auf die Neutralen zu wirken[2]).

So sah in Wahrheit die amerikanische Aktion aus, die gerade auch von der amerikanischen Presse als ehrlicher Versuch zur Anbahnung eines Verständigungsfriedens hingestellt worden war! Und wie Herr Roosevelt die Mission seines Unterstaatssekretärs gemeint hatte, so hat dieser sie ausgeführt. Eine Aufzeichnung des Abteilungsleiters für die französische Propaganda in den Vereinigten Staaten, des früheren Botschafters in Washington, de Laboulaye, ist besonders bezeichnend für die Einstellung dieses neutralen «Friedensagenten». Eingehend unterhält Sumner Welles sich mit Herrn de Laboulaye über die Art und Weise, wie die Stimmung in Amerika am besten bearbeitet werden könnte. Dabei scheut er sich nicht, Ratschläge zur Beeinflussung der inneramerikanischen Stimmung durch französische Stellen zu geben. Er

[1]) Eine aus Anlass des Pariser Besuchs verfasste Aufzeichnung des französischen Aussenministeriums charakterisiert die politische Grundeinstellung dieses besonderen Günstlings Roosevelts folgendermassen: «Herr Sumner Welles hat sehr reale Sympathien für Frankreich und ganz allgemein für die Sache der Alliierten, besonders in Europa; seine Politik im Fernen Osten ist reichlich egoistisch, und in der Neuen Welt neigt sie zum Imperialismus.»

[2]) Bericht des französischen Botschafters in Washington, de Saint-Quentin, an den französischen Aussenminister vom 19. Februar 1940.

wünscht die Propaganda in den katholischen Kreisen Amerikas verstärkt zu sehen, verweist hierbei auf die irische Geistlichkeit, die den Alliierten feindlich gesinnt sei, und empfiehlt, «auf die grossen Führer des Katholizismus in den Vereinigten Staaten» einzuwirken, die er namentlich bezeichnet *(Dok. 31).*
Ein immerhin erstaunlicher Ratschlag aus dem Munde eines Diplomaten, der nicht müde wurde, Deutschland der Bildung jener sagenhaften «5. Kolonne» zu bezichtigen!

Propaganda-methoden

Musste sich Roosevelt in jenem ersten Kriegsjahr nach aussen hin noch eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, so ist sein Pariser Botschafter mit frischer Unbekümmertheit auf dem Wege zur offenen Einmischung in den Krieg vorangestürmt. In den französischen Akten finden sich zahlreiche Aufzeichnungen über die in den kritischen Zeiten fast täglichen Besprechungen Bullitts mit dem Ministerpräsidenten Daladier und später mit dessen Nachfolger Reynaud. Immer wieder macht sich Bullitt zum Vermittler der französischen Wünsche nach Kriegsmaterial-, insbesondere nach Flugzeuglieferungen. Durch anfeuernde Reden sucht er Frankreichs Kriegswillen zu beleben, gleichzeitig aber auch in seiner Heimat Stimmung für Frankreich zu machen. In seinen Mitteln ist er nicht wählerisch, jede Propaganda ist ihm recht: die französische Regierung muss ihm sogar Unterlagen über angebliche deutsche Greueltaten anfertigen, «damit die amerikanische öffentliche Meinung in Erregung gebracht und ihre Entwicklung beschleunigt werden konnte» *(Dok. 32).*

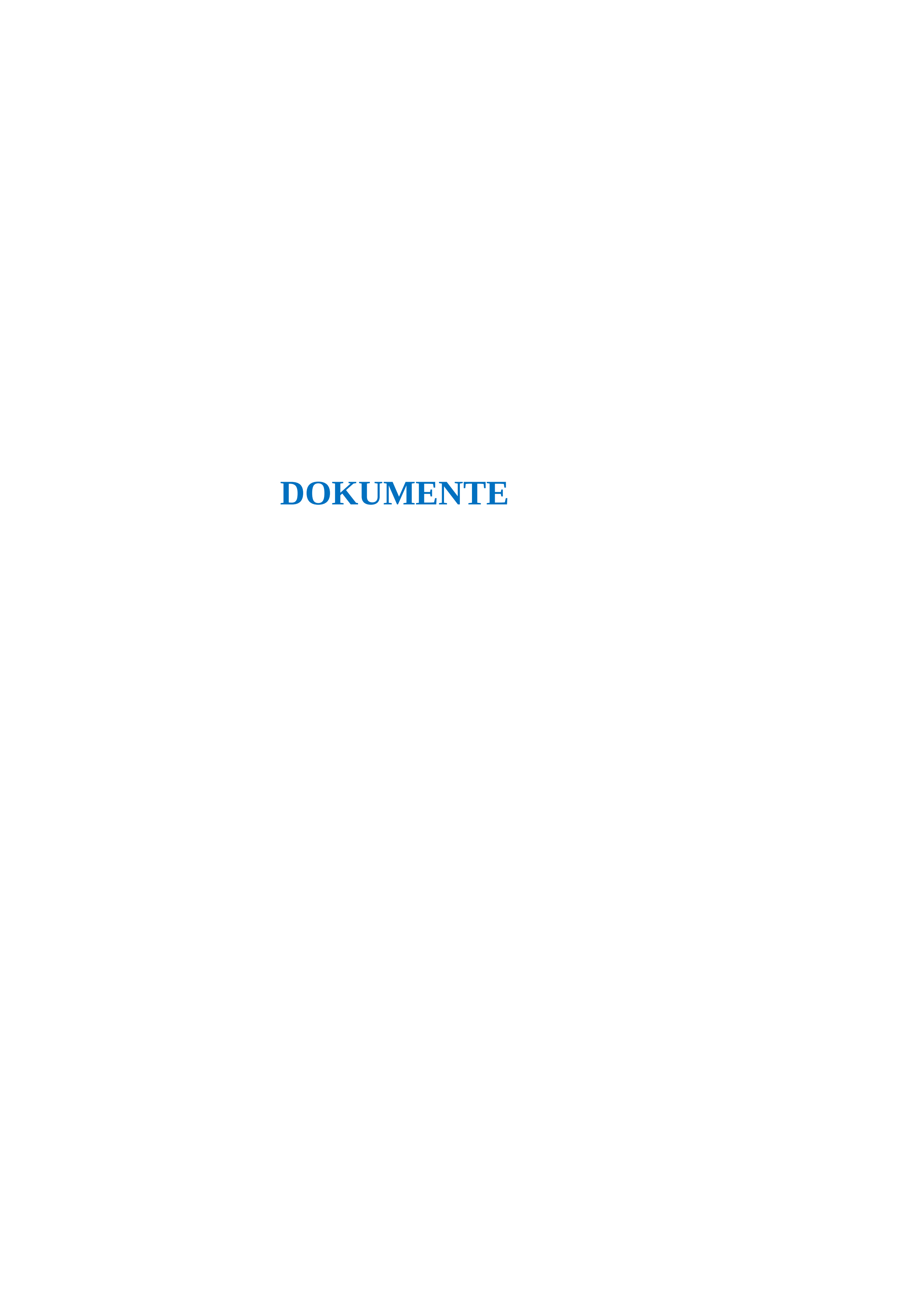
Schliesslich hat jedoch auch Roosevelt selbst an dieser Politik der Aufstachelung Frankreichs bis zur letzten Möglichkeit festgehalten und dadurch zur Fortsetzung des bereits völlig aussichtslos gewordenen französischen Widerstandes beigetragen. Wenn Roosevelt am 15. Juni 1940 nach der Einnahme von Paris zwar zu seinem Bedauern das Ersuchen Reynauds um unmittelbare militärische Unterstützung ablehnen muss, da nur der Kongress eine Verpflichtung hierzu übernehmen könne, so sucht er doch auch jetzt noch Frankreich zur Fortführung des längst verlorenen Waffenganges anzutreiben, indem er «Materiallieferungen in ständig wachsenden Mengen und Arten» zusagt und wenige Tage später dem französischen Kriegstreiber Reynaud in herzlichsten Worten seine persönliche Sympathie zum Ausdruck bringen lässt. Aber es sind hohle Gesten. Und die unmittelbar darauf erfolgende endgültige Niederlage Frankreichs ist eine Niederlage auch der Rooseveltschen Kriegspolitik.

Der Weg in den Krieg

Verhältnismässig schnell jedoch überwindet man im Weissen Haus die Enttäuschung. In den Vordergrund tritt jetzt die Frage der engsten Zusammenarbeit mit England. Daneben wird der Druck auf die lateinamerikanischen Staaten verschärft. Mit Drohungen und Lockungen soll Lateinamerika in die Front der Demokratien gepresst und mit dem Eintritt des eigenen Landes in den Krieg auch die Kriegsgefolgschaft der südlichen Trabanten vorbereitet werden. «... völlige und systematische Mobilisierung der nationalen Kräfte ... sowohl der moralischen als der materiellen, der amtlichen und der privaten ...,

um das Gemeinschaftsleben im Sinne einer wirklichen Demokratie und einer wirksamen Zusammenarbeit zum Wohle der Verteidigung des Kontinents auszurichten» *(Dok. 33)*, so lautet die eindeutige Weisung Washingtons beispielsweise an Ecuador.

Inzwischen sind weitere Schritte zur globalen Kriegsausweitung unternommen worden. Im Frühjahr 1941 erhalten Jugoslawien und Griechenland ebenso gefährliche wie unwirksame Unterstützungsversprechungen; im Sommer 1941 wird die Sowjetunion als neuer Partner im Bunde der Demokratie willkommen geheissen, im Herbst 1941 die Provokation Japans auf die Spitze getrieben. Auch die «Erziehung» der öffentlichen Meinung im Inland macht die langersehnten Fortschritte; das Leih- und Pachtgesetz ebnet den Weg zur massiven Materiallieferung; schliesslich fallen die letzten Reste der Neutralitätsgesetzgebung; durch den Schiessbefehl des Präsidenten wird das Volk der Vereinigten Staaten unmittelbar an die Schwelle des Krieges herangeführt. Am 8. Dezember 1941 endlich erreicht der Herr im Weissen Haus sein vorläufiges Ziel. An der Seite Englands und der Sowjetunion treten die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen die jungen Völker. Damit gewinnt der Krieg – Roosevelts Krieg – das Ausmass, das der Präsident gewollt hat. Er wird ihn zu verantworten haben.



DOKUMENTE

Der französische Botschafter in Washington an den französischen Aussenminister

Bericht (Auszug)

Nr. 35 Washington, den 26. Januar 1934

Streng vertraulich

Betrifft: In Washington gesammelte Urteile über Deutschland

In den letzten Tagen sind mir aus zwei ganz verschiedenen Quellen zwei in gleicher Weise abfällige Urteile über Deutschland und seine Politik zu Gehör gekommen, worüber ich Eurer Exzellenz streng vertraulich berichten zu müssen glaube.

Das andere Urteil ist noch interessanter, denn es stammt vom Präsidenten der Vereinigten Staaten selbst. Bei einem intimen Tee im Weissen Haus, vor drei Tagen, bemerkte Herr Roosevelt mit lauter Stimme Madame de Laboulaye gegenüber, dass er des Kampfes überdrüssig sei, den er 48 Stunden hindurch mit dem Deutschen Botschafter zu bestehen gehabt habe wegen der Schlechterstellung, welche die Reichsregierung bei der Regelung der privaten Kredite auf Kosten der Amerikaner beabsichtigte. «Glücklicherweise», fügte er hinzu, «habe ich die Oberhand behalten, und Sie können Ihrem Gatten erzählen, dass sein Kollege, Herr Luther, jetzt am Boden liegt.»

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung erklärte der Präsident, dass er genug habe von den unlauteren Machenschaften der Deutschen, die, nachdem sie sich erst aus freien Stücken zugrunde gerichtet und die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht erfüllt hätten, jetzt versuchten, sich den Verpflichtungen aus ihren privaten Anleihen zu entziehen.

Alles dies wurde mit der bei Mr. Roosevelt üblichen Spontaneität und Überzeugung vorgebracht, vor fünf oder sechs Zeugen, hauptsächlich Amerikanern, die sichtlich erstaunt waren> ihn mit solcher Offenheit und solchem Nachdruck zu der Frau des französischen Botschafters über ein fremdes Land reden zu hören.

Dieser Ausfall des Präsidenten sagt uns nichts Neues über seine Gesinnung gegenüber Deutschland. Ich kenne ihn seit 21 Jahren, und ich habe von ihm seither, besonders während des Krieges, aber auch noch vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, gleichartige, sogar noch stärkere Äusserungen über jenes Land zu hören bekommen; aber es schien mir in Anbetracht der derzeitigen heiklen Lage der französisch-amerikanischen Beziehungen nicht uninteressant, dass Herr Roosevelt gerade gegenüber der Gattin des französischen Botschafters seine Abneigung nicht nur gegen das Deutschland Hitlers, sondern gegen Déutschland allgemein zum Ausdruck brachte.

André de Laboulaye

Nr. 2

Der französische Geschäftsträger in Costa Rica an den französischen Aussenminister

Bericht

Nr. 18 San José, den 30. Oktober 1935

Vertraulich

Betrifft: «Vergnügungsfahrt» des Präsidenten Roosevelt, Aufenthalt auf der Kokosinsel

Präsident Roosevelt hielt sich im Verlauf einer «Vergnügungsfahrt», die er an Bord des Kreuzers «Houston» unternommen hat, drei Tage – vom 9. Bis 11. Oktober – auf der Kokosinsel, einer kleinen zu Costa Rica gehörenden Insel, auf, die etwa 350 Meilen von der zentralamerikanischen Küste entfernt liegt.

Diese Insel, die – wie man erzählt – einen Schatz beherbergen soll, für dessen Hebung sich eine englische Gesellschaft, die «Treasury Recovery Co.», auf eine recht merkwürdige Art interessiert, wozu sie von der Regierung von Costa Rica eine ordnungsgemässe Bewilligung erhalten hat, bietet fremder Habgier vielleicht nicht nur das Gold und die Reichtümer, die man früher einmal – zur Zeit der letzten Seeräuber – dort vergraben haben soll. Es scheint, dass sie auch noch Begierden anderer Art weckt, die aus der Lage der Insel gegenüber der Einfahrt in den Panamakanal sehr wohl erklärlich wären.

Aus diesem Grund hat der Aufenthalt, den Herr F. Roosevelt unter dem Vorwand, sich seinem Lieblingssport, dem Fischen, widmen zu wollen, in diesen Gewässern genommen hat, sicherlich niemanden über den tatsächlichen Zweck der Reise des Präsidenten hinwegtäuschen können.

Um den Schein zu wahren, ist man allerdings auf eine sehr sorgfältig organisierte Aufmachung bedacht gewesen: ein fast zufälliges Eintreffen auf der Kokosinsel, die ausser den Vorteilen ihrer strategischen Lage die Reize einer herrlichen Landschaft besitzt; Ansuchen um die Bewilligung, sich zum Fischen von Lachs und Makrelen einige Tage dort aufhalten zu dürfen; Austausch von Begrüssungskabeln mit dem Präsidenten Ricardo Jiménez – «Gestatten Sie mir, Sie einfach Don Ricardo nennen zu dürfen?» – «Aber selbstverständlich, mit Vergnügen!» – Frühstück am Strand in Gesellschaft des Kommandanten der kleinen Inselgarnison, der seinem berühmten Gast zur Erinnerung ein Paket Photographien von diesem interessanten «Fischertreffen» überreicht.

Vielleicht erscheint aber diese Vergnügungsfahrt plötzlich in einem anderen Licht, wenn man erfährt, dass der Präsident nicht nur auf einer grossen Einheit der amerikanischen Flotte reist, sondern dass er auch noch von einem Flug-

zeuge mitführenden Kreuzer begleitet wird. Sein Marinebevollmächtigter Watson und sein Militärbevollmächtigter Brown sowie zahlreiche andere Offiziere begleiten ihn auf seinen Ausflügen um die Insel.

Muss man da nicht in Versuchung geraten, zwischen zwei Landungen einige hübsche Erkundungen vorzunehmen?

Während solcher Spaziergänge in den kleinen Buchten der Insel und auch in der Bucht von Chatham, die geeignet erscheint, auch die grössten Schiffe aufzunehmen, überfliegen vier Flugzeuge die Kokospalmen des Strandes oder entfernen sich vielmehr in der Richtung des offenen Meeres und verschwinden auf viele Stunden am Horizont. Am Abend durchsuchen die Scheinwerfer der beiden Kriegsschiffe mit ihren starken Strahlenbündeln die geheimsten Winkel der Insel.

Wenn man noch Zweifel über den Charakter dieser «Inspektion» des Präsidenten und seines Gefolges hegen könnte, so würde ein Blick in die amerikanische Presse genügen, um eines Besseren belehrt zu werden: ich selbst habe einen Artikel aus einer New-Yorker Zeitung – wahrscheinlich vom vergangenen 28. September – in die Hand bekommen, von der ich leider nicht in Erfahrung bringen konnte, wie sie hiess, da die Überschrift weggeschnitten worden war. In diesem Artikel wurden die Pläne zur Verteidigung des Panamakanals, die die Regierung von Washington im Auge hat, folgendermassen zusammengefasst:

«Washington, 27. September. Die Tatsache, dass die Japaner das Verteidigungssystem auf den östlich der Philippinen gelegenen Inseln befestigt und im nördlichen Pazifik ein ausgedehntes Netz von Funkverbindungen errichtet haben und dass andererseits die Engländer am Ausbau ihres Flottenstützpunktes Singapore arbeiten und im ganzen Pazifik Flugplätze anlegen, die ihr von Neuseeland und Australien bis nach Indien reichendes Luftfahrtsystem ergänzen werden, hat die Aufmerksamkeit des Ministers für nationale Verteidigung gefunden, und es ist damit zu rechnen, dass die Regierung in der nächsten Sitzungsperiode des Kongresses bedeutende Kredite verlangen wird, um die Verteidigung des Panamakanals und der Westküste der Vereinigten Staaten auszubauen. Wenn dieses Programm angenommen wird, so wird die Regierung sich bemühen, dieses Verteidigungssystem so weit wie möglich vom Kanal abzusetzen. Zu diesem Zwecke hat man eine genaue Überprüfung der Pläne und Seekarten durchgeführt, die auf Grund der letzten Aufnahmen an diesen Küsten und an anderen interessanten Punkten zwischen Niederkalifornien und Peru festgelegt wurden. Die Durchführung dieser Pläne kann zum Abschluss von Verträgen mit gewissen kontinentalen Ländern über die Pacht oder den Ankauf von Flottenstützpunkten oder Flugplätzen führen. In diesem Zusammenhang spricht man von eventuellen Übereinkommen mit Ecuador, Costa Rica, Nicaragua, Honduras, Salvador und Mexiko. Was Ecuador betrifft, so würde es sich darum handeln, auf den Galapagos-Inseln eine Verteidi-

gungsstellung und einen Flottenstützpunkt zu errichten. Costa Rica besitzt die Kokosinsel, eine sehr interessante Marine- und Rundfunkstation, die in gleicher Weise ein Stützpunkt für Flugzeuge werden und die Rolle eines riesigen, unversenkbaren Flugzeugträgers spielen könnte, der auf dem Weg zum Kanal verankert ist und die Einfahrt in den letzteren sehr wohl beherrschen könnte. Nicaragua, Honduras und Salvador beherrschen den Golf von Fonseca, wo schon seit Langem von der Errichtung eines Flottenstützpunktes die Rede war. Was Mexiko betrifft, so könnte die ihm gehörende Magdalena-Bai als Bindeglied zwischen den Stützpunkten der Vereinigten Staaten und der Kanalzöne dienen.»

Es ist vielleicht interessant, hinzuzufügen, dass der Kreuzer «Houston» nach seiner Abfahrt von der Kokosinsel seinen Kurs auf die «Perleninseln» in den Gewässern von Panama richtete, wo Präsident Roosevelt sich gleichfalls einige Zeit zum Fischen aufhielt.

Pigeonneau

Nr. 3

Der französische Geschäftsträger in Washington an den französischen Ministerpräsidenten

Telegramm

Nr. 1075 Washington, den 22. Oktober 1937

Geheim

Für den Herrn Ministerpräsidenten

Der Präsident hat soeben den Unterstaatssekretär gebeten, mich zu sich zu rufen, um Folgendes mit mir zu besprechen:

Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris hat seiner Regierung berichtet, dass die französische Regierung den Bahntransport von Waffen und Munition von Indochina nach China verboten habe.

Herr Roosevelt ist der Ansicht und hat mich beauftragt, sie Ihnen rein persönlich mitzuteilen, dass durch diese Massnahmen China benachteiligt werden und sich bei der Eröffnung der Brüsseler Konferenz in einer ungünstigen Lage befinden könnte.

Natürlich habe er nicht die Absicht, sich in eine Angelegenheit einzumischen, die ausschliesslich die französische Regierung angehe, deren Beschluss vielleicht durch Gründe der nationalen Verteidigung bedingt sei.

Herr Roosevelt hat mich indessen durch Vermittlung von Herrn Sumner Welles beauftragt, Sie für den Fall, dass die französische Regierung die Möglichkeit einer nochmaligen Prüfung dieser Frage ins Auge fassen sollte, über seine Auffassung zu unterrichten.

Der Präsident legt Wert darauf, dass Sie diese Mitteilung als streng vertraulich betrachten.

Ergebenst

Jules Henry

Nr. 4

Der französische Geschäftsträger in Washington an den französischen Aussenminister

Telegramm

Nr. 1137–1143 Washington, den 7. November 1937

Geheim

Gestern habe ich gemeinsam mit Herrn Jacques Stern, der schon im Jahre 1933 im Weissen Haus empfangen worden ist, dem Präsidenten Roosevelt einen Besuch gemacht.

Nachdem der ehemalige Kolonialminister auf eine Frage des Präsidenten erklärt hatte, seine Reise verfolge hauptsächlich den Zweck, sich von der wirtschaftlichen Lage und von der Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber dem chinesisch-japanischen Krieg ein Bild zu machen, wandte sich Herr Roosevelt mir zu und sagte:

«Vor etwa 14 Tagen habe ich Sie mit einer Mission betraut, die Ihnen vielleicht wenig angenehm erschien. Es handelte sich darum, Herrn Chautemps von meiner Auffassung hinsichtlich der Folgen in Kenntnis zu setzen, die der Beschluss der französischen Regierung, den Waffen- und Munitionstransport von Indochina nach China zu verbieten, nach sich ziehen könnte.»

Ich erwiderte, meine Regierung habe sicherlich nicht versäumt, dieser Mitteilung Beachtung zu schenken, und ich fügte hinzu, die fragliche Massnahme sei zweifellos durch Erwägungen der nationalen Verteidigung bedingt gewesen.

Herr Stern pflichtete mir lebhaft bei; der Präsident gab hierauf folgende sehr wichtige Erklärung ab:

«Ich bin mir über Ihren Standpunkt durchaus klar. Ich habe indessen den Eindruck, dass Sie vielleicht übertriebene Befürchtungen hegen, und frage mich, ob Frankreich gut daran tut, unter den gegenwärtigen Umständen die politisch gewiss berechtigte Rücksicht auf Sicherheit Erwägungen moralischer Art voranzustellen. Doch beherrschen die letzteren zur Zeit die Gesamtlage.

Ist man sich denn in Frankreich nicht klar darüber, dass ein japanischer Angriff auf Hongkong oder Indochina oder auf Niederländisch-Indien einem Angriff auf die Philippinen gleichkommen würde?

Sollte dieser Fall eintreten, so wären unsere gemeinsamen Interessen in Gefahr, und wir müssten sie gemeinsam schützen.»

Der Präsident kam dann auf die internationale Lage überhaupt und auf die Gefahren zu sprechen, die sie in sich schliesst, und fuhr fort:

«Im Jahre 1920 haben die Vereinigten Staaten es abgelehnt, dem Völkerbund beizutreten, weil sie überzeugt waren, dass sie Gefahr liefen, infolge von Beschlüssen, die in Genf und nicht in Washington gefasst würden, in einen Krieg verwickelt zu werden. Die Folge war, dass die öffentliche Meinung in Amerika siebzehn Jahre lang mit aller Entschiedenheit die Isolierung gefordert hat. Diese Einstellung ist dann auch durch den Beschluss der Ihnen bekannten Massnahmen zum Ausdruck gekommen. Aber ist es denn sicher, dass eine Politik der Neutralität um jeden Preis dem amerikanischen Volk die Sicherheit geben kann, die es verlangt?

Keineswegs, denn sie birgt Gefahren in sich und kann zu gefährlichen Situationen, ja sogar zum Kriege führen. Vor einem Monat ist noch etwas Neues hinzugekommen, nämlich meine Rede in Chicago.

Ich hielt es für notwendig, einen Appell an mein Land zu richten und die öffentliche Meinung aufzuklären. Das ist der Zweck meiner Ausführungen.»

Der Präsident bestätigte auf diese Weise meine Eindrücke, die ich in Telegramm Nr. 1003 bis 1008 mitgeteilt habe.

Herr Roosevelt sprach sodann von der innerpolitischen Lage Deutschlands.

Was ihn besonders zu interessieren scheint, ist die Stimmung der deutschen Bevölkerung angesichts einer wirtschaftlichen Lage, die zwar ernst sei, aber, wie er bemerkte, nicht zu der bereits seit vier Jahren vorausgesagten Katastrophe geführt habe.

Er fragt sich, wie weit dieser Zustand die Massen veranlassen könnte, sich vom Hitler-Regime abzuwenden.

Herr Roosevelt gab seiner aufrichtigen Freude über die Besserung der finanziellen Lage und der sozialen Verhältnisse unseres Landes Ausdruck; Er sprach sich sehr lobend über die Arbeit der französischen Regierung aus und fügte hinzu:

«Ich begrüsse den Goldrückfluss nach Frankreich und wünsche Ihnen, dass die französischen Kapitalien in weitem Umfange nach Frankreich zurückströmen mögen. Je mehr Geld Sie aus den Vereinigten Staaten wieder hereinbekommen, umso besser für Sie und für uns.»

Im Verlaufe dieser aussergewöhnlich herzlichen und offenen Aussprache habe ich wieder einmal den Eindruck gewonnen, dass Herr Roosevelt wirklich von Gefühlen aufrichtiger Freundschaft für Frankreich beseelt ist.

Die Ereignisse dieser letzten Monate haben übrigens seinen Widerwillen gegen die Diktaturen noch Verstärkt. Zweifellos teilt die Mehrheit des Landes seine persönlichen Ansichten über die Aussenpolitik nicht, wie aus der Presse, aus Kundgebungen verschiedener Art und der Stimmung des Kongresses hervorgeht.

Das sind Tatsachen, die man nicht aus den Augen verlieren darf. Aber der Präsident geniesst immer noch ein beträchtliches Ansehen, wie seine kürzlich nach dem Westen unternommene Reise beweist.

Er scheint entschlossen zu sein, seine Politik internationaler Zusammenarbeit so weit wie möglich anszubauen und die öffentliche Meinung wachzuhalten. Zu einer Zeit, da sein Land uns so viel Interesse und Freundschaft bekundet, wie wir es seit 1919 nicht mehr erlebt haben, und da es mit Rücksicht auf die internationale Lage wünschenswert erscheint, dass diese Einstellung erhalten bleibt und verstärkt wird, kann die moralische Unterstützung, die Roosevelt für uns darstellt, nur ermutigend sein»

Jules Henry

Nr. 5

Der französische Geschäftsträger in Washington an den französischen Aussenminister

Privatbrief

Persönlich und vertraulich

Washington, den 18. November 1937

Herr Minister,

Ich beehre mich, Ihnen diesen persönlichen Brief zu schreiben, als Ergänzung zu den Telegrammen, die ich Ihnen nach meiner Unterredung mit dem Präsidenten zu Beginn dieses Monats sandte[1]). Da Herr Jacques Stern bei der Unterredung zugegen war, habe ich ihn gebeten, Sie aufzùsuchen, um Ihnen zu bestätigen, was ich Ihnen berichtet habe. Ich nehme an, dass er es getan hat.

Auf jeden Fall lege ich aber Wert darauf, Ihnen nochmals zu sagen, dass Präsident Roosevelt sich durchaus so ausgedrückt hat, wie ich es berichtet habe. Zweifellos war Herr Sumner Welles, der über meine Unterredung mit dem Präsidenten nicht auf dem Laufenden war, etwas überrascht, als Herr Bullitt den Bericht über seine Unterredung mit Ihnen telegraphierte. Ich nehme an, dass auf seinen Rat hin der Präsident sich veranlasst sah, die Richtigstellung vorzunehmen, die ich Ihnen weitergegeben habe.

Dieser kleine Zwischenfall hat nichts Überraschendes. Tatsächlich lässt sich Herr Roosevelt in privaten Unterhaltungen und sogar bei öffentlichen Erklärungen oft zu Worten hinreissen, die zwar vielleicht nicht über seine persönlichen Ansichten, jedenfalls aber über die amtliche Auffassung seiner Regierung hinausgehen. Ich habe Ihnen darüber in einer weniger deutlichen Form telegraphiert; es ist dies aber eine Tatsache. Das gleiche war der Fall, als er mit mir von Indochina sprach[2]).

Übrigens habe ich dieser Tage erfahren, dass es bei seiner Rede in Chicago, die damals solches Aufsehen erregte, ebenso war. Ein Freund von mir, ein hoher Beamter des Staatsdepartements, hat mir vorgestern gesagt, dass diese Rede im Staatsdepartement ausgearbeitet worden war. Und zwar war sie in ihren Grundzügen in einem den abgegebenen Erklärungen entsprechenden Sinn abgefasst, doch hatte im letzten Augenblick der Präsident, ohne irgenjemand davon zu verständigen, die persönliche Note, die Kraft und die Ausdrücke hineingebracht, die ihr erst den aufsehenerregenden Charakter gaben, über den man dann im Departement anscheinend etwas überrascht war.

Wenn ich Ihnen diesen Umstand schildere, so möchte ich damit hervorheben, wie weit der Präsident der öffentlichen Meinung des Landes Und sogar

[1]) Siehe Nr. 4.

2) Siehe Nr. 3.

seinen unmittelbaren Mitarbeitern und den Mitgliedern seiner Regierung voraus ist. Er selbst macht sich ein genaues Bild von dem, was sich mit seinem Lande eines Tages ereignen kann und welche Rolle es einmal zu spielen haben könnte; doch haben die Konferenz von Brüssel und neulich der Zusammentritt der Kammern gezeigt, dass die Erziehung der öffentlichen Meinung in aussen-politischer Hinsicht, wie sie dem Präsidenten vorschwebt, noch nicht so weit durchgedrungen ist. Zweifellos würde sich erst im Laufe einer schweren Krise genau herausstellen, wie weit Herr Roosevelt gehen würde, sofern ihn nicht die Umstände vorher zu einer Meinungsänderung veranlasst haben, denn er ist ein veränderlicher Mensch. Deshalb muss man in dieser heiklen Zeit, die für die Vereinigten Staaten vielleicht eine Übergangszeit darstellt, realistisch bleiben und darf sich nicht Hoffnungen hingeben, die nachher nicht in Erfüllung gehen. Vielleicht behält Herr Bérenger mit der neulich von ihm zum Ausdruck gebrachten Ansicht recht. Wenn aber die Amerikaner solche Erklärungen lesen, bilden sie sich sofort ein, sie könnten zum Spielzeug machiavellistischer Intrigen seitens Europas werden. Dies ist ein wenig der Eindruck, den gewisse Londoner Meldungen hervorriefen, in denen es hiess, dass England von Washington Initiativen erwarte.

In einem meiner Telegramme hatte ich Gelegenheit, Ihnen, Herr Minister, zu sagen, dass die Ansichten von Herrn Norman Davis über die etwaige Verteidigung der Philippinen im Staatsdepartement imbekannt waren. Dies wurde mir von demselben Freund bestätigt, der mir die obige Information über die Rede von Chicago gab. Er wunderte sich gar nicht darüber, da er der Ansicht ist, dass Norman Davis oft Gedanken äussert, die nicht diejenigen des Departements sind. Zur Zeit wird jedoch das zukünftige Schicksal der Philippinen in der Presse erörtert. Dabei werden laufend Meinungen vertreten, die denjenigen von Norman Davis nahekommen und wonach die Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten nicht bis zu diesen Inseln reicht, die man mehr oder weniger ihrem eigenen Schicksal überlassen solle, anstatt Gefahr zu laufen, sich Schwierigkeiten mit Japan zuzuziehen. Wenn diese Ansicht durchdringt, was wird dann aus dem Standpunkt des Präsidenten, der gewissermassen einen Angriff gegen die Philippinen einem Angriff auf Hongkong, Indochina oder Niederländisch-Indien gleichstellt?

Vorstehende Gedankengänge oder Informationen hielt ich eher für einen Privatbrief geeignet als für ein amtliches Telegramm. Ich benutze die Gelegenheit, um Sie, Herr Minister, hochachtungsvoll meiner grössten Ergebenheit zu versichern.

Jules Henry

Nr. 6

Der polnische Botschafter in Washington an den polnischen Aussenminister

Bericht

3/SZ–tjn–3 Washington, den 9. Februar 1938

Geheim

In der vergangenen Woche unterhielt ich mich im Staatsdepartement mit Staatssekretär Hull und Unterstaatssekretär James C. Dünn über das Thema der Emigrantenfrage, die uns so sehr interessiert.

Hierbei machte ich die Beobachtung, dass das Interesse umso mehr zunimmt, je mehr man sich mit dieser Sache auseinandersetzt, welche Hilfe und Lösung auf der internationalen Ebene verlangt. Die Bevölkerungsfrage in Polen ist hier gut bekannt. Für sie interessieren sich nicht nur die staatlichen Faktoren, sondern auch die sozialen Organisationen, vor allem die jüdischen. Hinsichtlich der jüdischen Frage steht jetzt fest, dass die Juden, welche das nordöstliche Gebiet Europas und besonders Polen bewohnen, ein seit Jahrhunderten nicht assimiliertes Element sind, das ein eigenes Leben mit mittelalterlichen Traditionen lebt und dadurch einen entzündbaren Herd schafft, der sich mit den gewöhnlichen Verwaltungsmassnahmen nicht bewältigen lässt. Ich konnte in diesen Unterhaltungen feststellen, dass die mächtigen jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten in ununterbrochener und ständiger Angst um das Schicksal ihrer Landsleute in Europa leben und dass die letzten antisemitischen Massnahmen der rumänischen Regierung noch öl ins Feuer gegossen haben. Der Druck der Juden auf den Präsidenten Roosevelt und auf das Staatsdepartement wird immer mächtiger, besonders wegen der Wichtigkeit, für die in Deutschland, Polen, Rumänien und anderen Staaten bedrohten Juden eine Ausreise mit «Beistand» zu erlangen. Zu diesem Beistand ist natürlich ein Fragezeichen zu setzen, weil man nicht weiss, welche Form er annehmen soll. Heute ist, das einzige Losungswort dieses aktiven Beistandes sowohl bei dem Präsidenten Roosevelt wie im Staatsdepartement , und bei den jüdischen Organisationen die Überzeugung, dass die Emigration der einzige Ausweg aus dieser dringlichen Situation ist. Die Schwierigkeiten türmen sich indessen hoch auf, und sie werden immer offensichtlicher von dem Augenblick an, wo man an die praktische Verwirklichung des Emigrantenplanes geht. Denn es ist eine Tatsache, dass kein Staat Juden in grösseren Ansammlungen aufnehmen will, ausser Palästina, das indessen einem strengen Zwange Grossbritanniens unterliegt. Man kann sogar nicht einmal mit Sicherheit auf die angeblichen Versuche der Ansiedlung einiger Familien in Madagaskar oder in Australien oder in den kleineren südamerikanischen Staaten

rechnen. Das sind viel zu geringe Ziffern, als dass sie in Wirklichkeit für den Gesamtbereich dieses Problems eine Erleichterung mit sich bringen könnten.

Angesichts der gemachten Angaben konnte ich in der Unterhaltung mit Hull und Dünn feststellen, dass die Juden, die im Augenblick einer Panikstimmung unterliegen, gegenwärtig die Vorkämpfer für die Schaffung der Kriegsstimmung sind, welche die ganze Welt in den Krieg stürmen und eine allgemeine Katastrophe herbeiführen soll. Diese Stimmung wird immer offensichtlicher. Voraussetzung dafür ist die Teilung der Welt in zwei grosse Blocks: den faschistischen und den demokratischen. Zum faschistischen Block rechnen die Juden und die mit ihnen gemeinsame Sache machenden Vermittler und Helfer – ausser Italien, Deutschland und Rumänien auch noch andere Staaten, unter ihnen gleichfalls Polen; zur anderen – demokratischen Seite: England, Frankreich, Vereinigte Staaten und auf dem gleichen Plan auch Sowjetrussland. Bei der Kennzeichnung dieser demokratischen Staaten haben die Juden übrigens ein wahres Chaos angerichtet: sie haben die Idee der Demokratie und des Kommunismus in einen Topf geworfen und vor allem das Banner eines glühenden Hasses gegen den Nazismus aufgepflanzt. Alle Kriegsmanifestationen in Spanien, im Fernen Osten, die letzten Veränderungen in Rumänien werden den verbrecherischen Einflüssen des Nazismus zugeschrieben. Dieser Hass führt zur Raserei. Er wird überall und auf jedem Schritt propagiert: in Schauspielen, in Kinos, in der Presse. Die Deutschen werden dargestellt als Volk, das unter dem Hochmut Hitlers lebt, der die ganze Welt erobern und die ganze Menschheit in einem Meer von Blut ertränken will.

In Unterhaltungen mit jüdischen Pressevertretern stiess ich wiederholt auf den unerbittlich und mit Entschlossenheit vertretenen Standpunkt, dass der Krieg unvermeidlich ist. In der Propaganda bedient sich dieses internationale Judentum aller Mittel, indem es alles ausschlachtet, was gegen die Tendenz zu irgendwelcher Konsolidierung und Verständigung zwischen den Staaten ist. Auf diese Weise wächst auf dem hiesigen Boden inmitten der öffentlichen Meinung beständig, aber sicher die Überzeugung, dass die Deutschen und ihre Satelliten in Gestalt des Faschismus Feinde sind, welche «die demokratische Welt» bezwingen muss.

Jerzy Potocki
Botschafter der Republik Polen

Nr. 7

Der polnische Botschafter in Washington an den polnischen Aussenminister

Bericht

Nr. 131/SZ–tjn–3 Washington, den 14. März 1938

Auf allen Tätigkeitsgebieten von Regierung und Parlament herrscht aussergewöhnliche Belebung. Einerseits bearbeitet der Kongress die ihm übermittelten Gesetzesvorlagen, darunter die Budgetverordnung, das Rüstungsprogramm, eine Reihe öffentlicher Verordnungen und ein Projekt der Reorganisierung der Verwaltung; andererseits bemüht sich die Regierung auf den zwar engen, in ihrer Möglichkeit liegenden Wegen, die Linie ihrer Aussenpolitik zu gestalten, worüber die Botschaft in einem Sonderbericht gleichzeitig zu berichten die Ehre hat.

Sowohl mit den innerpolitischen als auch mit den aussenpolitischen Absichten stösst die Regierung auf eine Reihe mehr oder weniger ernsthafter Einsprüche der gesetzgebenden Kammern und auf verschiedenartige Kritik der Presse bzw. der sozialen Organisationen. Wie bisher, so herrscht auch weiterhin der Grundsatz vor, sich nicht in fremde Angelegenheiten einzumischen. Doch die Neigung der jetzigen Regierung mit dem Präsidenten Roosevelt an der Spitze, an der internationalen Politik tätigen Anteil zu nehmen, dauert an, und oft werden unter verschiedenen Vorwänden Manöver gemacht, die, wie man annehmen muss, im Endergebnis auf dieses Ziel gerichtet sind.

So haben die mit England geführten Handelsvertragsverhandlungen in erster Linie eine politische Annäherung der Vereinigten Staaten an England zum Zweck; die mit der Notwendigkeit einer Sicherung der Vereinigten Staaten vor einem fremden Überfall begründeten Pläne zur Marineaufrüstung, zu einer Verstärkung der Küstenbefestigung und zur Verstärkung von Armee und Luftwaffe sollen der Regierung dazu verhelfen, die verlorene Stellung in der internationalen Politik wiederzugewinnen, aktiv zu werden, ja sich unter gewissen Bedingungen eine Vormachtstellung auf diesem Gebiet zu sichern.

Die weiterhin äusserst kriegsfeindlich gestimmte amerikanische Gesellschaft scheint doch ihre Anschauung über die Notwendigkeit einer starken Militärmacht zu ändern, und zwar einer starken Militärmacht, die nicht nur die amerikanischen Besitzungen wirksam vor einem Angriff schützen kann, sondern gelegentlich auch durch die Tatsache ihres Bestehens als Druckmittel beim Durchsetzen politischer Forderungen Amerikas in der internationalen Arena dienen kann.

Auf eine solche Lage der Dinge wird man jedoch mindestens 5 Jahre warten müssen. So sind zur Zeit nirgends Stimmen zu hören, die offen die Möglich-

keiten eines bewaffneten Auftretens Amerikas erwägen. Nichtsdestoweniger lässt sich herausfühlen, dass diese Eventualität durch eine gewisse Gruppierung unter gewissen Bedingungen grundsätzlich in fernerer Zukunft einbezogen wird inzwischen scheinen sich eher die isolationistischen Tendenzen und die Neigung, sich aus der internationalen Politik herauszuhalten, zu verstärken.

Der jetzige Stand der Kriegsmarine und der Küstenbefestigungen scheint, wie die Botschaft schon berichtet hat, die Vereinigten Staaten und auch ihre Besitzungen, mit Ausnahme vielleicht der Philippinen, vor äusseren Überfällen zu schützen.

Deshalb hat höchstwahrscheinlich der Rüstungsplan, der dem Parlament vorgelegt wurde und Aussichten hat, angenommen zu werden, hochpolitischen Charakter.

Es ist ein grosszügiges Projekt, das den Fiskus, der Vereinigten Staaten im ganzen 1‘113‘546‘000 Dollar kosten soll.

Der jetzige Stand der Flotte, wie er in dem Buche «Janes Fighting Ships 1937» in London veröffentlicht wurde, und die durch die Marinekommission des Kongresses vorgeschlagenen Vermehrungen stellen sich wie folgt dar:

Angaben aus dem Jahre 1937		Geplante Vermehrung	Stand nach 5 Jahren
Linienschiffe	17	3 (zu 35‘000 t)	20
Schwere Kreuzer..........................	18		
Leichte Kreuzer.............................	19	9	46
Torpedobootzerstörer	243	23	266
Flugzeugmutterschiffe	6	2	8
Kanonenboote	12		12
^Unterseeboote	100	9	109
Küstenpatrouillenschiffe	33		33
Flugzeugtender.............................	3	11	14
Minenleger....................................	2		2
Leichte Minenleger	8		8
Hilfsschiffe	54	29	83
Vermessungsschiffe	1		1
Minensuchboote	43		43
Zielschiffe	3		3
Ozeanschleppdampfer	28		28

(Die Zurückziehung veralteter Einheiten ist nicht berücksichtigt.)

Von der oben angegebenen Summe von 1‘113‘546‘000 Dollar, die für den Ausbau der Flotte bestimmt ist, sollen 8 Millionen für die Modernisierung der staatlichen Schiffswerften, 30 Millionen für Experimente mit dem neuen Typ leichter, kleiner, schneller Schutzboote, 3 Millionen für den Bau von Luft-

schiffen des Typs «Zeppelin» verwendet werden. Wenn der Kongress dieses Projekt, die Flotte zu verstärken, das eigentlich in einem längeren Zeitraum die Investierung von 3 Milliarden vorsieht, annimmt, dann bedeutet das für die Regierung der Vereinigten Staaten die Verpflichtung, zwei vollständige Flotten zu schaffen, nämlich eine im Stillen und eine zweite im Atlantischen Ozean,

Amerika strebt, kurz gesagt, dahin, wie ich schon die Ehre hatte, am Anfang zu sagen, eine mächtigere Flotte zu haben als irgendjemand anders sonst; es geht nicht mehr darum, eine Seemacht zu unterhalten, die grösser als die japanische oder der englischen gleich ist, sondern darum, den Seestreitkräften der Vereinigten Staaten ein absolutes Übergewicht zu sichern; es geht ganz offenbar nicht darum, die Verteidigung der Territorien der Vereinigten Staaten zu sichern, sondern sich der Flotte als eines aktiven politischen Argumentes zu bedienen. Dies, zusammen mit den jetzt unternommenen Schritten, gewisse, bisher nicht in Erscheinung getretene südamerikanische Staaten an die Vereinigten Staaten durch zweiseitige Verteidigungsverträge zu binden, scheint eine neue Periode in der Politik dieser letzteren einzuleiten.

Das Projekt eines so riesigen Ausbaus der Kriegsflotte, der Marinebefestigungen bzw. auch der Verstärkung der Verteidigung zu Lande scheint alle Aussichten z^u haben, vom Kongress angenommen und dann schnell verwirklicht zu werden. Seine Popularität in der letzten Zeit stützt sich höchstwahrscheinlich auf verschiedene psychologische Momente, die von der jetzigen Regierung geschickt ausgenützt werden. Indem der Präsident grundsätzlich beabsichtigt, durch Verstärkung der Streitkräfte die internationale politische Autorität der Vereinigten Staaten zu heben, entspricht er gleichzeitig den Bemühungen von der Regierung nahestehenden Gruppierungen des Kongresses, zusätzliche Arbeit für die fortwährend nicht kleiner werdenden Scharen der Arbeitslosen zu schaffen, sowie dem Streben der amerikanischen Gesellschaft, auf diesem Wege alle etwaigen Angreifer von der Verwirklichung von Überfällen, die angeblich den Vereinigten Staaten drohen, abzubringen und den bewaffneten Frieden zu sichern.

Der japanische Angriff, der angeblich droht, die Furcht vor der Möglichkeit eines Unterliegens Englands und davor, unwillkürlich zum Werkzeug von dessen Aussenpolitik zu werden, sowie die Absicht, durch Macht Eindruck zu machen und so über die Welt eine friedliche Herrschaft zu errichten, haben zweifellos eine den Rüstungen günstige Stimmung geschaffen. Die Ereignisse der letzten Tage auf dem europäischen Kontinent und die Erfolge Hitlers haben diese Stimmung dem Regierungsprojekt noch geneigter gemacht.

Das alles geschieht am Vorabend der Ergänzungswahlen zum Senat und Kongress und ist durchdrungen von innerpolitischen Rücksichten und trägt oft deutlich die Anzeichen eines Wahlkampfes.

Jerzy Potocki
Botschafter der Republik Polen

Nr. 8

Der französische Botschafter in Washington an den französischen Aussenminister

Telegramm

Nr. 513 — Washington, den 26. Mai 1938

Präsident Roosevelt, der ausser den Diplomaten seit mehreren Monaten keinen Ausländer empfangen hatte, machte heute Vormittag eine Ausnahme für den Pater Jacquinot aus Schanghai, den dortigen Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes für die Flüchtlingshilfe.

Er nahm unseren Landsmann, den ich vorstellte, sehr gut auf und ermächtigte ihn, sich bei der Anrufung der öffentlichen Wohltätigkeit auf seine Schirmherrschaft zu berufen. Übrigens verheimlichte er nicht, dass die amerikanische öffentliche Meinung bisher den Leiden der chinesischen Bevölkerung gegenüber ziemlich gleichgültig geblieben sei und dass man offenbar jeder Sektion des Roten Kreuzes den Betrag vorschreiben müsse, den sie aufzubringen hätte.

Saint-Quentin

Nr. 514 — Washington, den 26. Mai 1938

Geheim

Zu meinem vorhergehenden Telegramm

Der Präsident hat seiner lebhaften Anteilnahme für die chinesische Sache und seiner Missbilligung der von den japanischen Truppen begangenen Übergriffe Ausdruck gegeben. Zu den anderen Diktatoren übergehend, hat er sehr offen auf ihre immer grössere Kühnheit hingewiesen und bedauert, dass sie schon zu lange straflos ausgegangen sind.

Er freute sich darüber, dass Frankreich und England in der tschechoslowakischen Angelegenheit Deutschland mit einem Schlag Einhalt geboten haben.

Von den anderen Äusserungen, deren amtliche Bestätigung das Staatsdepartement sicherlich verweigern würde, habe ich folgende Erklärung behalten, die er mit einer Wendung des Kopfes wie für sich selbst und im Tone innerster Überzeugung äusserte: «Sollte Frankreich untergehen, so würden wir ganz offenbar mit ihm untergehen.»

Saint-Quentin

Nr. 9

Der französische Botschafter in Washington an den französischen Aussenminister

Bericht (Auszug)

Nr. 125 Washington, den 11. Juni 1938

Geheim

Betrifft: Zwei Unterredungen mit Präsident Roosevelt

Ich habe den Präsidenten der Vereinigten Staaten zweimal wiedergesehen seit jener Unterredung, über die ich in meinem Schreiben Nr. 70 vom 26. März 1938 berichtet habe.

Ich berichte zunächst über das Zusammentreffen vom 17. April. Frau Franklin Roosevelt war bei meiner Ankunft von Washington abwesend; gleich nach ihrer Rückkehr in der ersten Aprilhälfte habe ich die Bitte an sie gerichtet, ihr meine Aufwartung machen zu dürfen. Ihre Antwort war eine Einladung zum Frühstück im engsten Kreise für den ersten Osterfeiertag.

Der Präsident ist durch sein Gebrechen gezwungen, seine Bewegungen auch im Innern seines Hauses auf das Äusserste zu beschränken. Er erscheint erst, wenn alle Gäste bereits im Empfangszimmer versammelt sind, drückt ihnen im Vorbeigehen rasch die Hand und begibt sich unmittelbar zu Tisch. Ebenso kehrt der Präsident nach Beendigung des Mahles, das sich etwas länger ausdehnt, als dies in den Vereinigten Staaten sonst der Fall ist, unmittelbar in seine Gemächer zurück und hält sich dabei nur kurz auf, um von seinen Gästen Abschied zu nehmen.

Unter den etwa 20 Personen, die an diesem Tage geladen waren, befanden sich, abgesehen von einem republikanischen Abgeordneten aus Kansas namens Lambertson mit Gattin und mir selbst, nur einige enge Freunde, darunter der amerikanische Botschafter in Paris, sowie die Mitglieder der Familie, zumeist junge Leute im Ferienaufenthalt. Der Präsident begrüsste den Botschafter Bullitt mit einem herzlichen «Da ist er ja, der alte Knabe!» Der Abgeordnete Lambertson, dessen schmales und von der Sonne gebräuntes Gesicht an das eines normannischen Bauern erinnert, gehört der Opposition an. Obwohl er und seine Gattin von dem Umstand, zum erstenmal einer Frühstückseinladung im Weissen Hause gewürdigt zu werden, völlig benommen waren, hinderte ihre Gegenwart doch ein allgemeines Eingehen auf aussenpolitische Fragen. Die einzige hierauf bezügliche Bemerkung, die der Präsident bei meiner Verabschiedung machte, bestand darin, dass er mir seine Wünsche für die neue französische Regierung zum Ausdruck brachte, deren glückliche Anfänge ihm einen sehr günstigen Eindruck gemacht hätten.

Frau Roosevelt, die auf Photographien recht unvorteilhaft aussieht, besitzt eine lebhafte Intelligenz und einen wirklichen Charme. Ihre Liebenswürdigkeit ist sprichwörtlich. Sie übt eine ungewöhnlich regsame Tätigkeit aus, die von manchen Seiten für übertrieben gehalten wird, umso mehr, als ihre Artikel und die zahlreichen Vorträge sehr gut honoriert werden. Wie dem auch sei, ich habe jedenfalls nicht versäumt, ihre Memoiren zu lesen. Sie sprach zu mir hauptsächlich von unserem Lande, wo sie häufig gewesen ist. Sie teilt die Sympathien, welche die meisten gebildeten Amerikaner Frankreich gegenüber hegen.

Damals beschäftigte sie sich vor allem mit dem Umbau des Negerkrankenhauses in Washington. Da ich den Eindruck hatte, sie wolle sich entschuldigen, dass es in der Bundeshauptstadt eine besondere, einer gewissen Bevölkerungsklasse vorbehaltene Anstalt gäbe, beruhigte ich sie mit dem Hinweis, dass in Nordafrika die wohlhabendsten Eingeborenen, von ganz wenigen Ausnahmefällen abgesehen, den europäischen Krankenhäusern die Anstalten vorziehen, wo sie sicher sind, ihre Sitten und Lebensgewohnheiten, die von den unserigen sehr abweichen, beibehalten zu können. Frau Roosevelt zufolge befindet sich das Negerkrankenhaus von Washington in einem «schandbaren» Zustand. Sie wandte sich hierbei an den Präsidenten, der ihr den Rat gab, sich mit dem Budget-Direktor in Verbindung zu setzen. «Er tut, was er kann», fügte der Präsident hinzu, «aber wir haben mit dem Widerstand des Herrn X. zu rechnen» – hier nannte der Präsident den Namen eines demokratischen Senators aus dem Süden – «wir haben diesen Senator gefragt, ob er damit einverstanden sei, dass wir über seinen Protest zur Tagesordnung übergingen, nachdem er sich grundsätzlich gegen das Negerkrankenhaus geäussert habe. Der Senator will aber hiervon nichts wissen, denn er muss sich im Oktober d. J. einer neuen Wahl unterziehen und behauptet, bestimmt geschlagen zu werden, wenn man ihm nachweist, dass er für die Neger Interesse gezeigt hat...»

Seit einigen Monaten hatte der Präsident, der völlig in seiner parlamentarischen Arbeit und in der Vorbereitung der kommenden Wahlen aufgeht, ausser den in Washington beglaubigten Diplomaten keinen Ausländer empfangen. Von diesem Grundsatz ist er zugunsten des hochwürdigen Paters Jacquinot aus Schanghai abgewichen. Wie Eurer Exzellenz bekannt ist, leitet unser Landsmann das Hilfswerk für die chinesischen Flüchtlinge mit einer Hingabe, die ihm neben der allgemeinen Anerkennung das Kreuz der Ehrenlegion eingetragen hat. Er ist im Auftrag des Internationalen Roten Kreuzes in die Vereinigten Staaten gekommen und hat eine ausserordentlich herzliche Empfehlung des amerikanischen Generalkonsuls in Schanghai mitgebracht.

Wie ich bereits in meinem Drahtbericht Nr. 513/14 vom 26. Mai[1]) dargelegt habe, hat der Präsident dem Pater Jacquinot, den ich bei ihm einführte, den herzlichsten Empfang bereitet. Er beglückwünschte unseren Landsmann zu seiner wackeren Haltung und befragte ihn über seine Tätigkeit. Der Präsident

[1]) Siehe Nr. 8.

ermächtigte den Pater, von seiner Schirmherrschaft Gebrauch zu machen, um die Spendefreudigkeit des amerikanischen Publikums anzufeuern. Er brachte übrigens sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass der Aufruf des Roten Kreuzes bisher keine grosse Begeisterung hervorgerufen habe. Von der erforderlichen Dollarmillion (36‘000‘000 Francs) habe man bis jetzt erst 300‘000 Dollar (11‘000‘000 Francs) zusammengebracht. «Die Leute denken in erster Linie an das Elend, das sie umgibt, man wird jedoch jetzt jeder Ortsgruppe des Roten Kreuzes den von ihr zu leistenden Beitrag mitteilen. Dies ist hierzulande das Verfahren zur Beschaffung von Geld.»

Der Präsident schien über die Lage in China sehr genau informiert zu sein; er verurteilte die von den japanischen Truppen begangenen Ausschreitungen scharf. Dann erklärte er halb ernst, halb scherzhaft und mit einem Augenzwinkern zu mir herüber: «Ich muss übrigens der französischen Regierung schwere Vorwürfe machen.» Da sowohl Pater Jacquinot als ich selbst Zeichen der Überraschung erkennen liessen, fügte der Präsident erläuternd bei: «Ja – weil sie die indochinesische Grenze für Sendungen nach China geschlossen hat.» Pater Jacquinot nahm diese Erklärung mit einer gewissen Skepsis auf. Ich selbst begnügte mich, dem Präsidenten darzulegen, dass Wir vermeiden müssten, die japanischen See- und Luftstreitkräfte in den Golf von Tongking und in die angrenzenden Provinzen unserer Kolonie zu ziehen. «Dies ist mir wohlbekannt», entgegnete der Präsident, womit er zu erkennen gab, dass er sich diesem Argument der höheren Gewalt, wenn auch mit Bedauern, beuge.

Der Präsident Hess die Gelegenheit nicht vorübergehen, seiner Abneigung gegen die totalitären Staaten und ihre Politik brutaler Raubgier freien Lauf zu lassen. Ich erwähnte, dass die Tschechoslowakei soeben eine scharfe Krise durchgemacht habe und dass der entschlossene Widerstand dieses kleinen Landes, dank der kraftvollen Unterstützung durch Frankreich und England, erlaubt habe, Deutschland Einhalt zu gebieten. «Das war in der Tat gute Arbeit», warf Roosevelt lebhaft ein, «denn diese Leute kennen nur die Gewalt.» Indem er die Hand wie zum Boxen ballte, fügte er hinzu: «So muss man mit ihnen sprechen.» Der Präsident erzählte uns hierauf von einem Film, der am Abend zuvor im Weissen Haus gezeigt worden sei. Dieser Film gebe die europäische Entwicklung seit Kriegsende zusammenfassend wieder. Es wird darin zunächst die Unterzeichnung des Versailler Vertrages vorgeführt; man sieht die deutschen Bevollmächtigten in tiefster Erniedrigung, und man hört, wie die alliierten Staatsmänner – Präsident Wilson, Lloyd George und Clemenceau – ihren Glauben an die Herstellung eines endgültigen Friedens zum Ausdruck bringen. Anschliessend wird der fortschreitende deutsche Wiederaufstieg gezeigt. Die Räumung der Ruhr, die Räumung des linken Rheinufers, die Wiedervereinigung des Saargebietes, der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Wiederherstellung der Militärhoheit auf dem Hnken Rheinufer und schliesslich der Anschluss Österreichs sind die

wichtigsten Etappen auf dem Wege zur Vorherrschaft. Was wird uns die nächste Zeit bringen? – Die Zerstückelung oder Versklavung der Tschechoslowakei, den Zugriff auf Ungarn und Rumänien, den Zugang zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer über die Gebiete von Staaten hinweg, die entweder gute Miene zum bösen Spiel machen oder aus Furcht nicht Widerstand zu leisten wagen.

Ich erinnerte diskret daran, dass Frankreich im Verlauf dieser ganzen Entwicklung, nachdem es einige Jahre in der Furcht vor einer Invasion gelebt hatte, auf Betreiben von Herrn Briand eine entschiedene Verständigungspolitik gegenüber Deutschland eingeleitet und diese bis zur äussersten Grenze getrieben habe, dass es aber vor Kurzem, als keine andere Wahl übrigblieb, ohne Zögern schwere Kriegsgefahren auf sich genommen habe ... «Eine andere Wahl war nicht möglich», bemerkte hierzu der Präsident. Dann, nach einigen Sekunden der Überlegung, fügte er hinzu, indem er den Kopf wie im Selbstgespräch beiseite wandte: «Sollte Frankreich untergehen, so würden wir ganz offenbar mit ihm untergehen.»

Diese Worte wurden im Brustton der tiefsten Überzeugung ausgesprochen und gestatteten keinen Zweifel über die Gesinnung des Präsidenten und über die Richtung, in der er die amerikanische öffentliche Meinung bearbeiten würde, wenn Frankreich an der Seite Englands mit den faschistischen Mächten für die Verteidigung der Demokratie und der Freiheit in einen Konflikt geraten würde.

R. de Saint- Quentin

Nr. 10

Der französische Botschafter in Washington an den französischen Aussenminister

Telegramm

Nr. 1043–1046 Washington, den 27. September 1938

Der Unterstaatssekretär erklärte mir, welch tiefen Eindruck ihm die Kaltblütigkeit der französischen Staatsmänner und das ruhige Verhalten unserer Bevölkerung gemacht hätten. Er äusserte sich sehr befriedigt zu den Nachrichten, wonach im britischen Kabinett Einstimmigkeit erzielt und von England ein bedingungsloses Beistandsversprechen für Frankreich abgegeben worden ist.

Bezüglich der Botschaft des Präsidenten führte Sumner Welles aus, dass diese an Berlin, Prag, London und Paris gerichtete Botschaft auch den Regierungen in Warschau und Bukarest mitgeteilt worden sei, nicht dagegen den Regierungen in Moskau und Rom. Nach den Ausführungen des Unterstaatssekretärs war es Roosevelts Absicht gewesen, die Anteilnahme der Vereinigten Staaten an der europäischen Krise in allgemeinen und objektiven Wendungen zu betonen, um einerseits die Gegner der Intervention in den Vereinigten Staaten nicht zu erschrecken und andererseits die deutsche Empfindlichkeit nicht zu verletzen. Die übrigens gemässigten Einwände, die hier von einigen Idealisten vorgebracht wurden, beruhigten den Präsidenten über die Rückwirkungen seiner Botschaft bei den Isolationisten. Die groben Kommentare einiger deutscher Blätter erschienen ihm als ein Anzeichen dafür, dass die Warnung in Berlin gehört worden sei.

Herr Sumner Welles teilte mir mit, dass die französische Antwort beim Präsidenten die lebhafteste Befriedigung hervorgebracht habe. Er fügte hinzu, dass die französisch-englische Haltung nach Berchtesgaden zahlreichen amerikanischen Beobachtern schwach erscheinen konnte, dass diese Haltung aber den beiden Demokratien jetzt, wo man die Grösse der deutschen Forderungen ermessen könne, die fast einmütige Sympathie der öffentlichen Meinung verschafft habe.

Indem ich mich entschuldigte, meine Gedanken laut werden zu lassen, warf ich die Frage auf, ob diese unbestreitbare, warme Sympathieäusserung gegenüber England und Frankreich nicht mit der Gefahr derartig starker Isolierungsbestrebungen Hand in Hand ginge, dass sie nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern sogar die Verschärfung des Neutralitätsgesetzes zur Folge haben würde.

Wie Herr Cordell Hull vor drei Tagen, hat auch Herr Sumner Welles erklärt, keine sicheren Voraussagen über die Entwicklung der öffentlichen

Meinung hierzulande abgeben zu können. Er sagte mir jedoch, dass die Regierung alle durch das Neutralitätsgesetz aufgeworfenen Fragen sorgfältig geprüft habe, und er gab mir deutlich zu verstehen, dass diese Prüfung in einem für uns günstigen Sinne durchgeführt worden sei. Die Aufnahme, die unser Finanzattaché beim Schatzamt gefunden hat und über die dieser dem Herrn Finanzminister in einem Telegramm berichtet, das ich Eurer Exzellenz gesondert übermittle, bildet übrigens den Beweis dieses Wohlwollens.

Am Schluss unserer Unterredung hörten wir uns ein Resümee der Rede ail> die Herr Hitler soeben gehalten hat. Herr Sumner Welles stellte fest, dass kein nicht wieder gut zu machendes Wort ausgesprochen worden sei. Er war jedoch betroffen von dem persönlichen Hass, den Herr Hitler gegen Herrn Benesch zum Ausdruck brachte, und warf die Frage auf, welches im Einzelnen die Versprechungen gewesen seien, die vom Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik abgegeben worden seien und deren Erfüllung der Reichskanzler gebieterisch verlangte.

Saint-Quentin

Nr. 11

Der französische Botschafter in Washington an den französischen Aussenminister

Bericht

Nr. 264 Washington, den 9. November 1938

Betrifft: Die Vereinigten Staaten und die Konferenz von Lima

Wenn seit einigen Wochen die Aufmerksamkeit der Zeitungen und der Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten auch nahezu ausschliesslich von den bevorstehenden Wahlen, dem Vordringen Japans in Ostasien und der europäischen Lage nach Abschluss des Münchener Abkommens in Anspruch genommen wird, so dass andere Fragen fast ganz im Hintergrund bleiben, so beschäftigen sich zweifellos die Bundesregierung und die Bundesverwaltung in hervorragendem Masse mit der Konferenz der amerikanischen Republiken, die am kommenden 9. Dezember in Lima eröffnet wird.

Bisher wurde weder in der Presse noch in Reden von Regierungsmitgliedern etwas über die Haltung mitgeteilt, die die amerikanische Delegation bei dieser Zusammenkunft einnehmen wird. Man kann sogar feststellen, wie wenig genaue Angaben über das Programm und die Ziele dieser Konferenz gemacht worden sind in einem Lande, wo Zeitung und Zeitschriften auf der Jagd nach Informationen sind und meist wenig Neigung zeigen, auch nur das Geringste im Dunkeln zu lassen. Dieses Schweigen ist umso auffallender, als es mit dem nationalistischen Feldzug panamerikanischer und sogar imperialistischer Färbung, auf dessen verschiedene Kundgebungen ich in meinen Telegrammen hinweisen konnte, in Widerspruch steht. Vor dem Münchener Abkommen zeigten sich diese Tendenzen schon beim Pressefeldzug gegen das deutsche Vordringen in Südamerika. Hitlers politische Erfolge, zusammen mit den japanischen Siegen in China, haben sie noch schärfer hervortreten lassen. Bekannte Journalisten, die bisher eine aktive panamerikanische Politik nicht befürworteten, wie z.B. Walter Lippmann, sprechen nunmehr vernehmlich von der Notwendigkeit, den Schutz des amerikanischen Kontinents vor den Unternehmungen der totalitären Mächte sicherzustellen, und gehen bis zur Forderung von Flottenstützpunkten in den französischen oder britischen Besitzungen der Antillen. Bewusst oder unbewusst treten diese neuen Anhänger einer amerikanischen Politik mit imperialistischen Zielen für dieselben Grundsätze ein wie die der Marine nahestehenden Kreise; gleichzeitig mussten hier diejenigen industriellen und kaufmännischen Kreise, die Interessen in Südamerika besitzen, über die Enthüllungen gewisser Personen betroffen sein, vor allem über diejenige des Herrn Bernard Baruch. Die Erklärungen, die dieser beim Verlassen des Weissen

Hauses vor der Presse abgab, sollten zweifellos die Notwendigkeit des von der Regierung angekündigten Rüstungsprogramms hervorheben, wobei aber bezeichnenderweise als Hauptgrund die Organisation der Verteidigung des ganzen amerikanischen Kontinents angeführt wurde.

Unter diesen Umständen wird die bevorstehende Konferenz von anderer Art sein als ihre Vorgängerinnen; dies schon durch den Nachdruck, mit dem anscheinend die verantwortlichen Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten im Voraus auf die Südamerika drohenden Gefahren hin weisen, über deren Ausmass ich mich nicht äussern kann.

Herr Cordell Hull wird selbst die amerikanische Delegation für diese Konferenz führen. Seine Haltung auf der Konferenz wird seinen Grundsätzen entsprechen, d.h. seinem noch immer unerschütterten Glauben an den Nutzen der Handelsverträge und an die Entwicklung des Welthandels. Dieser Glaube würde, wenn dies nötig wäre, aus den von mir bereits angeführten Gründen noch durch den Wunsch der Geschäftskreise in den Vereinigten Staaten, ihre Stellung in Wirtschaft und Handel in Südamerika zu verbessern, verstärkt werden. Es besteht somit grosse Aussicht, dass in Lima der Einfluss des Staatssekretärs sich geltend macht und dass eine Reihe von Entschliessungen und Wünschen angenommen wird, die die Notwendigkeit der Beseitigung der dem Handel zwischen den amerikanischen Republiken im Wege stehenden Hindernisse anerkennen und den Grundsatz des freien Güteraustausches bestätigen. Abgesehen von diesen Entschliessungen, die möglicherweise nur platonische Wünsche bleiben, wird wahrscheinlich die Delegation der Vereinigten Staaten Besprechungen einleiten, um zu Verhandlungen über den Abschluss von Handelsverträgen zu kommen, die vom amerikanischen Standpunkt aus mit zu den wertvollsten Auswirkungen dieser Tagung gehören würden. Zweifellos werden vorher ernste Schwierigkeiten überwunden werden müssen, da sich die Vereinigten Staaten insofern in einer schwierigen Lage befinden, als sie die meisten Rohstoffe, die ihnen die südamerikanischen Republiken liefern könnten, bereits selbst besitzen. Diese brauchen wohl Fertigwaren, doch ist für sie das System des Tauschhandels von Vorteil, da dann die Bezahlung in Devisen wegfällt, wie in letzter Zeit das Beispiel Mexikos und früher das Beispiel Brasiliens gezeigt haben. Die Vereinigten Staaten haben bereits versucht, den daraus entstehenden Gefahren, zur Not auch mittels eines Staatsbeitrages, zu begegnen, wie es in neuerer Zeit in Haiti der Fall war, wo ein Programm öffentlicher Arbeiten durch die «Export Import Bank» finanziert wurde (vgl. das Schreiben dieser Botschaft Nr. 196 vom 12. August 1938). Wie ich seitdem erfahren habe, hatten dieselben Stellen auch für den Verkauf von Lokomotiven und Eisenbahnmaterial nach Brasilien und Chile Kredite gewährt. Schliesslich hat sich der Präsident der «Export Import Bank», Herr H. Lee Pierson, in diesem Sommer nach Südamerika begeben, wahrscheinlich, um die Möglichkeiten des Abschlusses neuer Abkommen zu prüfen. Ferner

habe ich erfahren, dass die amerikanische Regierung die Absicht haben soll, ihre Bemühungen vor allem Brasilien und Chile gegenüber fortzusetzen.

Eine derartige Vertragspolitik würde jedoch erschwert werden, wenn die Streitfragen mit Mexiko in der gleichen Schärfe weiterbeständen und wenn nicht mit der Hoffnung auf eine Regelung wenigstens der Frage der Enteignung des Nordamerikanern gehörigen Grundbesitzes gerechnet werden könnte. Tatsächlich können die Vereinigten Staaten schwerlich Abkommen oder gar eine stärkere wirtschaftliche Durchdringung in Südamerika in Aussicht nehmen, wenn sie einerseits eine offenkundige Verleugnung der eingegangenen Verpflichtungen durch einen der an der Konferenz beteiligten Staaten hinnehmen oder wenn sie im Hinblick auf diesen Tatbestand den Anschein erwecken, als könnten sie Vergeltungsmassnahmen anwenden oder Gewaltmassnahmen ergreifen, was der Politik der guten Nachbarschaft völlig zuwiderlaufen würde. Schliesslich könnten die Vereinigten Staaten Mexiko nicht gestatten, was sie anderwärts bekämpfen, d.h. die Belieferung von Mächten wie Deutschland und Italien mit mexikanischen Erzeugnissen in der Form des Tauschhandels. Gewiss sind sich die amerikanische Regierung und das Staatsdepartement dieses Zwiespalts auch jetzt noch bewusst, und die Sorgfalt, mit der sie unter Wahrung ihrer grundsätzlichen Stellungnahme versuchen, ihre Schwierigkeiten mit der mexikanischen Regierung noch vor der Konferenz von Lima zu beheben, ist durchaus verständlich. In letzter Zeit waren Gerüchte über eine bevorstehende Regelung der Frage der Grundstücksenteignungen in Umlauf, die aber bisher noch keinerlei Bestätigung gefunden haben. Aber auch ohne eine solche Regelung wird die Bundesregierung wahrscheinlich während der Zeit der Konferenz vermeiden, diese dornigen Fragen aufzuwerfen, die nach ihrer Ansicht nur amerikanische Privatinteressen berühren, während ihr das Allgemeininteresse gebietet, in Lima die Politik der guten Nachbarschaft zum Erfolg zu führen, und wäre es auch nur scheinbar.

Wenn die jetzige Mexikanische Regierung auch bereit ist, das mexikanische Öl an jedermann, d.h. an Deutschland, zu verkaufen, so scheint sie andererseits in weltanschaulicher Hinsicht doch noch mehr als die Vereinigten Staaten geneigt zu sein, der nationalsozialistischen Propaganda entgegenzutreten. Die Delegation der Vereinigten Staaten wird auf der Konferenz an der Spitze der mexikanischen Delegation den Mexikanischen Botschafter in Washington, Herrn Najera, finden, der sich gewiss bemühen wird, alle Reibungsmöglichkeiten zu beseitigen; darüber hinaus wird er dazu beitragen, eine auf dem demokratischen Ideal beruhende geistige und kulturelle Annäherung zu erzielen, die offenbar auch eines der Konferenzziele der Vereinigten Staaten ist. Ich habe Eurer Exzellenz von der Errichtung einer neuen Kulturabteilung im Staatsdepartement in Kenntnis gesetzt, der in Wirklichkeit die Propaganda übertragen ist. Sie wird zweifellos in Südamerika eine äusserst lebhafte Tätigkeit entfalten, und die Vereinigten Staaten werden voraussichtlich versuchen,

den auf die Konferenz von Buenos Aires zurückgehenden Studenten- und Hochschullehreraustausch zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika stark auszubauen. Auch auf wissenschaftlichem Gebiet und auf dem Gebiete des Rundfunks scheint etwas getan werden zu sollen, und zwar immer unter dem Vorwand der Zurückweisung der nationalsozialistischen oder faschistischen Einflüsse.

In Anbetracht dieser Bestrebungen, die nach den in Washington erhaltenen Auskünften einem gleichgerichteten Wunsche gewisser Südamerikaner zu entsprechen scheinen, kann man sich die Frage vorlegen, ob sich die Verhandlungen in Lima nicht auf den Antrag Kolumbiens und der Dominikanischen Republik über die Errichtung eines amerikanischen Völkerbundes konzentrieren werden. Anregungen dieser Art sind bereits gemacht worden, doch war ihnen wegen der Beteiligung gewisser Mächte des amerikanischen Kontinents in Genf, aber auch wegen der Eifersucht, die sie den Vereinigten Staaten gegenüber hegten, kein Erfolg beschieden. Zur Zeit würde der Niedergang des Völkerbundes einem solchen Plan vielleicht grössere Aussichten eröffnen; wahrscheinlich wird aber die Regierung der Vereinigten Staaten an Stelle einer solchen Gründung die Einrichtung eines konkreteren Verfahrens, wie etwa den Ausbau der Schiedsverträge durch die Annahme geeigneter Entschliessungen, erstreben. Sicherlich arbeitet sie auf die friedliche Beilegung von Grenzstreitigkeiten hin, wobei sie ihren Einfluss zur Geltung bringt, ohne ihn aber allzu sichtbar werden zu lassen.

Auf Grund desselben Prinzips wird auch die Frage der militärischen Verteidigung des amerikanischen Kontinents berührt werden, und in dieser Hinsicht wird der in den Vereinigten Staaten geführte Pressefeldzug, auf den ich bereits hingewiesen habe, Ergebnisse zeitigen können. Es ist angezeigt, bei dieser Gelegenheit an die Vorschläge des Staatssekretärs aus dem Jahre 1937 über die Verpachtung von Kriegsschiffen an Brasilien zu erinnern. Diese Vorschläge, die vom Kongress abgelehnt worden sind, hatten anscheinend in Brasilien und in Chile ziemlich gute Aufnahme gefunden. Es ist zweifelhaft, ob sie in Lima öffentlich wieder aufgegriffen werden können; jedenfalls machen hier die unterrichteten Kreise kein Hehl daraus, dass die Konferenz den Vereinigten Staaten Gelegenheit geben wird, die Entsendung von Militär- und Marinemissionen nach mehreren Republiken vorzubereiten. Diese Frage kann für uns von Interesse sein, da mit der Entsendung dieser Missionen offenbar die Verdrängung der Missionen europäischer faschistischer oder nationalsozialistischer Mächte bezweckt wird.1 Gewiss hat gegenwärtig die Regierung der Vereinigten Staaten keinerlei feindliche Absicht unseren Missionen gegenüber. Sie begibt sich aber auf einen Weg, der sie eines Tages zu der Ansicht verleiten könnte, dass sie gewissermassen das ausschliessliche Recht auf die militärische Vorbereitung des südamerikanischen Kontinents besitzt.

In der Frage der Errichtung von Flottenstützpunkten hat mir Herr Lipp-

mann vertraulich mitgeteilt, dass Brasilien die Vereinigten Staaten ersucht hat, solche Stützpunkte an seinen Küsten zu errichten. Er fügte hinzu, dass die Regierung von Rio, die wegen der letzten Putschversuche der Nazis in Brasilien sehr unzufrieden ist, sich gegenwärtig in günstigster Stimmung befinde und dass dies ein sehr ermutigendes Zeichen sei, da die Haltung Brasiliens, das in Südamerika eine beherrschende Stellung einnimmt, den anderen lateinamerikanischen Mächten als Beispiel dienen könne. Ich weiss nicht, ob dieser Journalist seine Wünsche für Tatsachen nimmt. Ich weiss auch nicht, ob die Vorurteile, die in gewissen Ländern Südamerikas wegen der Machtgelüste des grossen nordamerikanischen Nachbars bestehen könnten, so leicht zu überwinden sind. Man kann nur feststellen, dass die Roosevelt-Verwaltung seit ihrem Regierungsantritt unaufhörlich bemüht ist, ihnen mit der Verkündung und wenigstens scheinbaren Befolgung einer Politik der guten Nachbarschaft entgegenzutreten. Heute scheint der Augenblick verhältnismässig günstig zu sein, um die Früchte dieser Politik zu ernten. Die Regierung Roosevelt bedient sich hierzu ziemlich geschickt der deutschen Gefahr und beruft sich auf ein demokratisches Ideal, dem gewisse südamerikanische Republiken in Wahrheit sehr fern stehen und das für die Vereinigten Staaten selbst in Wirklichkeit ein panamerikanisches, imperialistisch durchsetztes Ideal ist.

R. de Saint-Quentin

Nr. 12

Der belgische Botschafter in London an den belgischen Ministerpräsidenten und Aussenminister

Bericht

Belgische Botschaft — London, den 21. November 1938

P. 120/1

10 593/4114

Betrifft: Englisch-amerikanischer Handelsvertrag

Ich habe das letzte Wochenende in Gesellschaft von wichtigen Persönlichkeiten aus Industrie- und Wirtschaftskreisen verbracht. Mehrere von ihnen hatten sogar, wie ich glaube, an der Aufstellung des ursprünglichen Programms für die Verhandlungen zwischen Washington und London teilgenommen, welche die Aufgabe Lord Runcimans bei seiner Reise nach den Vereinigten Staaten vor zwei Jahren erleichtert hatten.

Diese Persönlichkeiten, die offenbar über die allerletzten Entwicklungen nicht auf dem Laufenden gehalten worden waren, machten kein Hehl aus ihren Befürchtungen, dass die Reaktion der öffentlichen Meinung bei Bekanntgabe des Verhandlungsergebnisses am Sonnabend, d.h. vorgestern, ungünstig ausfallen werde. Sie waren daher sehr angenehm überrascht, als sie feststellten, dass ihre Besorgnisse unbegründet waren und dass die englische Wirtschaft an Stelle neuer Lasten und zusätzlicher Verpflichtungen in dem neuen Vertrag viel mehr Vorteile erhielt, als man noch vor einem Monat zu hoffen gewagt hatte.

So kann beispielsweise die Automobilindustrie, die das Schlimmste befürchten musste, darauf hoffen, ihre Stellungen zu behaupten, denn die amerikanische Konkurrenz wird sich vor allem, wie ich höre, zum Nachteil der deutschen Konkurrenz auswirken, die sich sowohl hier wie in den Kolonien in einem äusserst beunruhigenden Ausmass geltend machte. Die Textilindustrie, die Lederindustrie sowie die Porzellanmanufakturen, ferner die Destillierbetriebe und andere britische Spezialitäten haben gleichfalls neue günstige Bedingungen für die Einfuhr ihrer Produkte nach den Vereinigten Staaten erhalten.

Herr Bastin, der hervorragende Wirtschaftsberater der Botschaft, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Rückwirkungen gründlich zu prüfen, die der anglo-amerikanisch-kanadische Wirtschaftsvertrag für die belgische Wirtschaft mit sich bringen kann, und ich möchte mich hüten, mich auf sein Fachgebiet zu begeben. Es sei mir jedoch gestattet, auf einen Eindruck hinzuweisen, der, nach meinen gestrigen Besprechungen zu urteilen, hier ziemlich weit verbreitet ist, wonach die von der britischen Wirtschaft bei ihrem derzeitigen Vertragsabschluss mit den Vereinigten Staaten erzielten relativ günstigen Bedingungen im Wesentlichen den Bemühungen Herrn Bernard Baruchs, des Wirtschafts-

beraters des Präsidenten Roosevelt, zu verdanken sind. Der letztere sei zu der Überzeugung gelangt, dass, sofern gegenwärtig, wo man um den Weltfrieden besorgt sei, wirtschaftliche Opfer gebracht werden müssten, diese in erster Linie den Vereinigten Staaten aufzubürden seien, um England, der grossen demokratischen Macht des europäischen Kontinents, die Fortsetzung des wirtschaftlichen Kampfes gegen Deutschland mit den grösstmöglichen Chancen zu erlauben.

Baron de Cartier

Nr. 13

Der polnische Botschafter in Washington an den polnischen Aussenminister

Bericht

Nr. 3/SZ – tjn – 2 Washington, den 9. Januar 1939

Geheim

Am 4. Januar d. J. verlas Präsident Roosevelt persönlich das 6. aus der Reihe der Manifeste in den vereinigten beiden Kammern des Kongresses. Dieses Manifest, das einen Jahresbericht des Staatsoberhauptes über internationale lind innerpolitische Angelegenheiten darstellte, wurde im überfüllten Saal des Repräsentantenhauses in einer Atmosphäre feierlicher Spannung verlesen. Es enthielt eine Reihe radikaler Äusserungen, in welchen die Methoden des diktatorischen Regimes verdammt wurden. Der neue Kongress reagierte auf diese Äusserungen mit enthusiastischem Beifall, obwohl in der parteimässigen Zusammensetzung der Kongress auf Grund der Novemberwahlen im Vergleich zum früheren Kongress weit unabhängiger von den Einwirkungen des Weissen Hauses ist. Der Ton des Manifestes bestätigte noch einmal, dass der Präsident auch weiterhin entschlossen ist, in seiner Aussenpolitik gegenüber den totalitären Staaten einen scharfen Kurs beizubehalten.

Präsident Roosevelt ging von der Voraussetzung aus, dass die diktatorischen Regierungen, in erster Linie Deutschland und Japan, allein mit der Gewalt in der Politik rechnen; deshalb beschloss er, auf jeden Schlag in Zukunft in entsprechender Weise zu reagieren. Dies wird durch die letzten Massnahmen in der Politik der Vereinigten Staaten bewiesen. Nach der demonstrativen Berufung des Botschafters Wilson aus Berlin nach Washington, der bekannten hitlerfeindlichen Rede des Staatssekretärs des Innern Ickes sowie der scharfen Ablehnung des deutschen Protestes durch den Unterstaatssekretär Welles (Bericht der Botschaft vom 23.12.1938, Nr. 3/SZ - tjn - 28) ging die Regierung der Vereinigten Staaten zu einer weiteren Kampagne über; sie führte gegenüber den diktatorischen Staaten die «Politik der bösen Nachbarschaft» ein, im Gegensatz zu dem bekannten Grundsatz Roosevelts von einer guten Nachbarschaft zwischen den Völkern. Weitere Kennzeichen dieser Politik sind u.a.: der Beschluss der hiesigen Regierung, den durch die Expansion der Diktaturen bedrohten Staaten Kredite zu geben – in Ausführung dieses Beschlusses gewährte die «Export Import Bank» der chinesischen Regierung eine Anleihe in Höhe von 25 Millionen Dollar –, eine weitere Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Republiken im Sinne der Beschlüsse der letzten panamerikanischen Konferenz in Lima, die materielle Hilfe für Spanien in Gestalt von 3 Millionen Bushel Mehl – dies bedeutet in praxi eine Hilfe für die Loyalsten, da diese am meisten unter Lebensmittel-

mangel leiden –, vor allem aber eine weitere Verstärkung der Rüstungen zur See und in der Luft in grossem Stil.

In Ergänzung des Rüstungsprogramms, welches Kredite in Höhe von 1‘250‘000‘000 Dollar für die Landesverteidigung vorsieht, übersandte der Präsident letzthin dem Kongress einen zusätzlichen Voranschlag, in dem die Bewilligung von noch über 500‘000‘000 Dollar für die Aufrüstung gefordert wurde. Von dieser Summe sind ungefähr 300‘000‘000 Dollar für den Ankauf von 3‘500 bis 4‘000 neuen Flugzeugen vorgesehen. Hierdurch würde im Jahre 1941 die Effektivstärke der amerikanischen Luftwaffe auf ungefähr 6‘000 Militärflugzeuge vergrössert werden.

Der wichtigste Abschnitt des Manifestes ist aber der Aufruf an das amerikanische Volk, sich nicht nur militärisch, sondern auch geistig, wirtschaftlich und finanziell zu rüsten. Der Präsident gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass eine Mobilisierung aller Zweige der Volkswirtschaft, welche in den totalitären Staaten mit Gewalt durchgeführt wird, auch in den Demokratien durchführbar sei.

Der Aufruf zu einer Mobilisation des Volkes in dieser Art beruht auf der Annahme, dass eine feste Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber einer fremden Aggression, die es auf die Grundlagen der hiesigen demokratischen Einrichtungen abgesehen hat, nicht unbedingt zum Kriege führen muss. Im Sinne dieser These sollten sich die grossen Demokratien neue Mittel und Methoden der Verteidigung schaffen, wie auch die totalitären Staaten sich neuer Angriffswerkzeuge und -methoden bedienen. Als Methoden einer erfolgreichen Verteidigung empfehlen sich in erster Linie wirtschaftliche und finanzielle Repressalien* welche von den Vereinigten Staaten bisher jedoch nicht angewendet wurden, obwohl die Diktaturen mobilisiert und seit einer Reihe von Jahren alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Expansion angewandt haben.

Der Präsident griff die «neue Philosophie der Gewalt» an, welche von den totalitären Staaten verkündet wird und welche immer mehr die zivilisierte Welt bedroht. Er erklärte sich auch für eine Reform des Neutralitätsgesetzes, deren wichtigster Teil, die sogenannte Cash-and-carry-Klausel, mit dem 30. April d. J. ausser Kraft tritt. Diese Klausel ist lebhafter Kritik ausgesetzt; man weist darauf hin, dass sie in der Praxis für den Angreifer und gegen dessen Opfer wirksam ist. Die nachfolgende Debatte im Kongress zeigt, in welcher Richtung das erwähnte Gesetz reformiert wird, denn gegenwärtig hört man verschiedene Stimmen: die einen wollen die Vollmachten des Präsidenten, Geheimpolitik zu treiben, erweitern, die andern wünschen sie zu begrenzen.

Die amerikanische Öffentlichkeit ist einer ständigen alarmierenden Propaganda ausgesetzt, welche unter jüdischem Einfluss steht und andauernd das Gespenst der Kriegsgefahr heraufbeschwört; auf diese Weise haben sich im Vergleich mit dem vorigen Jahre die Amerikaner in ihrer Haltung zu den Problemen der Aussenpolitik stark gewandelt. Als Versuch, diesen Wandel zu illustrieren, wurden vor kürzerer Zeit in der Monatsschrift «Fortune» die

Ergebnisse einer Enquete unter den breiten Massen der hiesigen Bevölkerung veröffentlicht. Das am meisten charakteristische Ergebnis dieser Umfrage, welche eine Reihe von Fragen an Tausende von Durchschnittsamerikanern richtete, fiel folgendermassen aus:

Auf die Frage: «Kommt es bald zu einem neuen europäischen Krieg Beantworteten 66,4% der Befragten mit ja, im vorigen Jahre 46,9%.

Auf die Frage: «Werden die Vereinigten Staaten in den kommenden europäischen Krieg hineingezogen werden?» antworteten 50,3% mit ja, im vorigen Jahre 21,8%.

Auf die Frage: «Müssten die demokratischen Staaten, zusammen mit den Vereinigten Staaten, um jeden Preis dem weiteren territorialen Druck von Hitler und Mussolini auf Kosten anderer Staaten entgegenarbeiten?» antworteten 56,3% mit ja, dagegen 31% mit nein.

Aus den obigen Ergebnissen der Rundfrage sollte man aber auf keinen Fall schliessen, dass die Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit sich tatsächlich für die Politik eines aktiven Gegenangriffes ausspreche. Die Amerikaner zeichnen sich nämlich in der Tat durch die Neigung aus, Handlungen, welche mit ihrem Denksystem in Widerspruch stehen, heftig zu verdammen, aber andererseits sind sie immer in hohem Masse wirklichen Verwicklungen mit fremden Völkern abgeneigt. Diese Eigentümlichkeit der amerikanischen Mentalität muss man bei allen theoretischen Erwägungen über die politische Einstellung der amerikanischen Öffentlichkeit im Auge behalten.

In der Anlage der Text des besprochenen Manifestes von Präsident Roosevelt.

Jerzy Potocki
Botschafter der Republik Polen

Nr. 14

Der französische Gesandte in Ciudad Trujillo an den französischen Aussenminister

Bericht

Nr. 5 Ciudad Trujillo, den 11. Januar 1939

Betrifft: Amtlicher Schmuggel

Der Generalissimus Trujillo leidet trotz der ihm zur Verfügung stehenden Hilfsmittel an einer starken Geldknappheit, die zeitweilig für ihn recht hinderlich ist. Seit seiner Machtübernahme sind seine Ausgaben ständig gestiegen, und zwar aus Gründen, die im Grossen und Ganzen sehr ehrenwert sind, denn er verwendet einen grossen Teil seiner Einkünfte für Unterstützungen oder zur Unterhaltung von Hilfswerken, die er selber begründet hat. Seine persönlichen Einnahmen sind dagegen stark zurückgegangen, seitdem er nicht mehr Präsident der Republik ist.

Diese Lage mag für ihn umso ärgerlicher sein, als die Haupteinnahmequelle der dominikanischen Finanzverwaltung, die in den Zolleingängen besteht, sich in den Händen der Amerikaner befindet. Wie Eurer Exzellenz bekannt ist, dient die Verwaltung der Zölle der Dominikanischen Republik den Vereinigten Staaten als Sicherheit für die Rückzahlung verschiedener Anleihen; diese Rückzahlung ist erst zu einem kleinen Teil erfolgt. Das amerikanische Schatzamt ermutigt in der Tat aus Gründen, die Ihr Ministerium wird erraten können, die Dominikanische Republik, sich in Schulden zu verstricken. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass der Generalissimus versucht hat, wenigstens teilweise die Unzuträglichkeiten einer solchen Situation zu umgehen. Da er in Ermangelung des zur Rückzahlung erforderlichen Betrages nicht in der Lage war, der amerikanischen Zollverwaltung ein Ende zu machen, ist er auf den Gedanken gekommen, den Offizieren seines Heeres und gewissen anderen Persönlichkeiten Zollfreiheit zu gewähren und für sie einen Laden beim Sitz des Generalstabs einzurichten. Die Nutzniesser dieser Massnahme haben auch ihre Freunde an den gewährten Vorteilen teilnehmen lassen, und vielleicht haben die letzteren auch ihrerseits die zollfrei eingeführten Waren zu vorteilhaften Preisen an Dritte weitergegeben. Jedenfalls hat der Missbrauch dieser Vergünstigungen zu einem so starken Rückgang der Zolleinnahmen geführt, dass die amerikanische Verwaltung stark beunruhigt wurde und deshalb einen Inspektor in das Land schickte, der dann alsbald die ganze Bescherung aufdeckte. Als Folge dieser Untersuchung wurde das den dominikanischen Offizieren gewährte Vorrecht stark eingeschränkt. Daraufhin griff der Diktator, um die Schwierigkeiten zu umgehen, zu einer List, die zwar mehr Kosten verursachte, aber auch mehr Erfolg versprach, d.h. er schuf eine staatliche. Handelsflotte (ich wies in meinem Schreiben Nr. 121 vom 30. November 1938 schon darauf

hin), deren Hauptaufgabe, nach dem, was im Allgemeinen gut unterrichtete Leute sagen, der Schmuggel ist. Die beiden Schiffe, aus denen diese Flotte besteht, luden, wie es heisst, an verschiedenen Stellen der Küste, deren Überwachung sich für die Zollbehörden schwierig gestaltete, heimlich ausländische Waren ab, die dann auf Lastkraftwagen entweder nach der Hauptstadt oder nach den grösseren Städten im Innern befördert wurden, und zwar in solchen Mengen, dass die amerikanische Zollverwaltung dadurch erheblich geschädigt wurde.

Eine Beseitigung dieses Zustandes erschien unerlässlich. Die Washingtoner Behörden wollten, wie es heisst, ganz besonders brutal vorgehen und sandten deshalb ein Vorpostenboot aus, das an der Grenze der Hoheitsgewässer an eins der staatlichen dominikanische^ Schiffe heranfahren, dasselbe durchsuchen und seine Ladung beschlagnahmen sollte. Die genannten Behörden sollen Herrn Pulliam, dem Generalzolleinnehmer, Anweisungen in diesem Sinne erteilt haben, und derselbe soll alsbald telegraphisch auf die unangenehmen Folgen, die eine derartige Massnahme nach sich ziehen könnte, hingewiesen haben. Um einen Skandal zu vermeiden, hat dann, wie es heisst, das amerikanische Schatzamt auf diesen Plan verzichtet und sich entschlossen, dem hochgestellten Schmuggler eine diskretere Warnung zu erteilen.

In der Tat melden die heutigen Zeitungen, dass infolge einer Anzeige ein dominikanischer Schoner von den Zollbeamten durchsucht und seine Ladung beschlagnahmt worden sei. Die Schuldigen seien vor Gericht gestellt und zu Strafen verurteilt worden, die zwischen 3 Monaten Gefängnis und 650 Dollar Geldbusse schwankten.

Es ist anzunehmen, dass die Exekutivgewalt eingreifen wird, damit die Schuldigen, die nur auf Befehl der Behörden gehandelt haben, die ihnen zudiktierten Strafen nicht zu verbüssen brauchen. Diese Episode des Kampfes zwischen dem Schatzamt und dem Generalissimus dürfte wohl nicht die letzte gewesen sein.

Chayet

Nr. 15

Der polnische Botschafter in Washington an den polnischen Aussenminister

Bericht

Nr. 3/SZ–tjn–3 Washington, den 12. Januar 1939

Geheim

Betrifft: Innerpolitische Lage in USA.
(Die Stimmung gegen Deutschland, Judenfrage)

Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Hass gegen den Faschismus aus, besonders gegen die Person des Kanzlers Hitler und überhaupt gegen alles, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt. Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehört fast zu 100 Prozent das Radio, der Film, die Presse und Zeitschriften. Obgleich diese Propaganda sehr grob gehandhabt wird und Deutschland so schlecht wie möglich hinstellt – man nutzt vor allem die religiösen Verfolgungen und die Konzentrationslager aus –, wirkt sie doch so gründlich, da das hiesige Publikum vollständig unwissend ist und keine Ahnung hat von der Lage in Europa. Augenblicklich halten die meisten Amerikaner den Kanzler Hitler und den Nationalsozialismus für das grösste Übel und die grösste Gefahr, die über der Welt schwebt.

Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum für alle Art Redner und für die Emigranten aus Deutschland und der Tschechoslowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum aufzuhetzen. Sie preisen die amerikanische Freiheit an, im Gegensatz zu den totalitären Staaten. Es ist sehr interessant, dass in dieser sehr gut durchdachten Kampagne, die hauptsächlich gegen den Nationalsozialismus geführt wird, Sowjetrussland fast ganz ausgeschaltet ist. Wenn es überhaupt erwähnt wird, so tut man es in freundlicher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrussland mit dem Block der demokratischen Staaten zusammen ginge. Dank einer geschickten Propaganda ist die Sympathie des amerikanischen Publikums ganz auf Seiten des Roten Spaniens.

Ausser dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, dass der Friede in Europa nur noch an einem Faden hänge, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei wird dem amerikanischen Volke unzweideutig klargemacht, dass Amerika im Falle eines Weltkrieges auch aktiv vorgehen müsste, um die Losungen von Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen.

Präsident Roosevelt war der erste, der den Hass gegen den Faschismus zum Ausdruck brachte. Er verfolgte dabei einen doppelten Zweck: 1. Er wollte

die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von den innerpolitischen Problemen ablenken, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. 2. Durch die Schaffung einer Kriegsstimmung und die Gerüchte einer Europa drohenden Gefahr wollte er das amerikanische Volk dazu veranlassen, das enorme Aufrüstungsprogramm Amerikas anzunehmen, denn es geht über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten hinaus.

Zu dem ersten Punkt muss man sagen, dass die innere Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dauernd verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute schon 12 Millionen. Die Ausgaben der Reichs- und Staatsverwaltung nehmen täglich grössere Ausmasse an. Nur die grossen Milliardensummen, die der Staatsschatz für die Notstandsarbeiten ausgibt, erhalten noch eine gewisse Ruhe im Lande. Bisher kam es nur zu den üblichen Streiks und lokalen Unruhen. Wie lange aber diese Art staatliche Beihilfe durchgehalten werden kann, kann man heute nicht sagen. Die Aufregung und Empörung der öffentlichen Meinung und die schweren Konflikte zwischen den Privatunternehmungen und enormen Trusts einerseits und der Arbeiterschaft andererseits haben Roosevelt viele Feinde geschaffen und bringen ihm viele schlaflose Nächte.

Zum zweiten Punkt kann ich nur sagen, dass der Präsident Roosevelt als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innerpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Aussenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach, einmal musste man die Kriegsgefahr, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, richtig inszenieren und dann das Schreckgespenst eines Angriffs der totalitären Staaten auf die Vereinigten Staaten in die Welt setzen. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten also gar keine Wahl und mussten einen schändlichen Frieden schliessen.

Ferner sind es das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Hass immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An dieser Aktion haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen, z.B. Bernard Baruch, der Gouverneur des Staates New York, Lehmann, der neuernannte Richter des Obersten Gerichts, Felix Frankfurter, der Schatzsekretär Morgenthau und andere, die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind. Sie wollen, dass der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die als Vertreter des «wahren Amerikanismus» und als «Verteidiger der Demokratie» gelten möch-

ten, ist im Grunde doch durch unzerreissbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen «idealsten» Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein genialer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Hass und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt. Das Ganze ist als meisterhafte Arbeit aufgemacht worden: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Aussenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Wege zugleich dJe kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den künftigen Krieg, dem die Juden mit vollem Bewusstsein zustreben. Innerpolitisch ist es sehr bequem, die Aufmerksamkeit des Publikums von dem in Amerika immer zunehmenden Antisemitismus abzulenken, indem man von der Notwendigkeit spricht, Glauben und individuelle Freiheit vor den Angriffen des Faschismus zu verteidigen.

Jerzy Potocki
Botschafter der Republik Polen

Nr. 16

Der französische Gesandte in Chile an den französischen Aussenminister

Bericht

Nr. 3 Santiago (Chile), den 13. Januar 1939

Betrifft: Konferenz von Lima»
Cordell Hull und die europäische Lage

Ich habe im Aussenministerium verschiedene Nachrichten über die Äusserungen gesammelt, die Herr Hull gegenüber den Mitgliedern der chilenischen Delegation auf der Panamerikanischen Konferenz von Lima zur europäischen Lage abgegeben hat.

Herr Hull hat festgestellt, dass Deutschland bereits einen sehr bedeutenden Handel mit gewissen kleinen Ländern Lateinamerikas habe. Wenn Deutschlands Einfluss in Europa weiter zunehme, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht, werde sein Handel mit diesen lateinamerikanischen Ländern immer mehr anwachsen; Deutschland könne auf diese Weise in den Stand gesetzt werden, z.B. durch Drohung mit der Einstellung seiner Käufe den genannten Ländern ihre politische Linie vorzuschreiben, was die Vereinigten Staaten natürlich nicht zulassen könnten.

Herr Hull hat sich heftig über Herrn Hitler und Herrn Mussolini geäussert, indem er sie als gewissenlose Banditen und internationale «Gangster» bezeichnete.

Herr Hull hat bei seinen Zuhörern den Eindruck hinterlassen, dass er sich darüber klar sei, dass die Vereinigten Staaten sich im Falle eines europäischen Konflikts veranlasst sehen könnten, nicht neutral zu bleiben, sondern sich auf die Seite der liberalen Mächte zu stellen.

Ich vermute, dass Herr Hull sich den meisten südamerikanischen Delegationen gegenüber in gleichem Sinne geäussert hat. Die Länder dieses Kontinents dürften jetzt die Ansichten der Regierung der Vereinigten Staaten über die europäischen Angelegenheiten kennen. Besonders unter diesem Gesichtspunkt schienen mir die Äusserungen Herrn Hulls erwähnenswert[1]).

[1]) Die Unterschrift des Gesandten fehlt, da es sich uni einen Durchschlag des Originalberichts handelt.

Nr. 17

Der polnische Botschafter in Washington an den polnischen Aussenminister

Bericht

3/SZ–tjn–4 16. Januar 1939

Geheim

Betrifft: Unterredung mit dem Botschafter Bullitt

Vorgestern hatte ich eine längere Unterhaltung mit dem Botschafter Bullitt in der Botschaft, wo er mich besuchte. B. reist am 21. d. M. nach Paris, nachdem er fast drei Monate abwesend war. Er fährt mit einem ganzen «Koffer» voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt, vom Staatsdepartement und von den Senatoren, die zu der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten gehören.

Aus der Unterhaltung mit Bullitt hatte ich den Eindruck, dass er vom Präsidenten Roosevelt eine ganz genaue Definition des Standpunktes erhalten hat, den die Vereinigten Staaten bei der heutigen europäischen Krise einnehmen. Er soll dieses Material am Quai d'Orsay vortragen und soll auch in seinen Unterredungen mit europäischen Staatsmännern davon Gebrauch machen.

Der Inhalt dieser Direktiven, die mir Bullitt im Laufe seiner halbstündigen Unterhaltung anführte, ist wie folgt:

1. Eine Belebung der Aussenpolitik unter Führung des Präsidenten Roosevelt, der scharf und unzweideutig die totalitären Staaten verurteilt.

2. Die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten zur See, zu Lande und in der Luft, die in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden und die kolossale Summe von 1‘250‘000‘000 Dollar verschlingen.

3. Die entschiedene Ansicht des Präsidenten, dass Frankreich und England jeder Kompromisspolitik mit den totalitären Staaten ein Ende machen müssen. Sie sollen auf keine Diskussion mit ihnen eingehen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezweckt.

4. Eine moralische Versicherung, dass die Vereinigten Staaten die Isolierungspolitik verlassen und bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, sein ganzes Material an Finanzen und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen.

Auf meine Frage, welches Horoskop für Ï939 Bullitt vorhersieht, antwortete er, dass er im Frühjahr die Gefahr eines Konflikts zwischen Frankreich und Italien wegen der Kolonien befürchtet. Er meint, dass der Sieg der Loyalisten[1]) in Spanien Frankreich in eine sehr schwere Lage bringen wird, denn es ist auf diese Weise von allen Seiten von faschistischen Staaten umringt. Mussolini wird dann ganz bestimmt auftreten und Frankreich mit Krieg bedrohen.

Auf meine Frage, ob denn Deutschland Mussolini bei diesem Unternehmen helfen wird, antwortete Bullitt, er sei der Ansicht, dass es recht zweifelhaft wäre, ob Hitler sich dazu verleiten liesse, ausser moralischer Unterstützung auch tatsächlich an einem solchen Unternehmen teilzunehmen, denn dann ist es klar, dass ein Weltkrieg unvermeidlich sei.

Bullitt behauptete mit voller Bestimmtheit, Frankreich dürfe überhaupt auf keinerlei Abkommen mit Mussolini eingehen. Seit einigen Monaten hätte sich die Lage in Frankreich so weit gebessert, dass es sogar selbst das italienische Heer und die Flotte besiegen könnte, wenn Italien es unprovoziert angreifen sollte. Das Vorgehen Mussolinis bezeichnete er als ganz gewöhnliches «Gangstertum» und Erpressung, wobei er zu verstehen gab, dass jedoch zwischen Hitler und Mussolini als Diktatoren ein grosser Unterschied ist und dass Mussolini im Vergleich zu Hitler nur ein kleiner Bandit ist.

Im weiteren Gespräch kam Bullitt auch auf Osteuropa und Deutschland zu sprechen. Er erklärte dabei, dass die polnische Aussenpolitik unter der vorzüglichen Leitung des Herrn Ministers eine Prüfung ihrer Zweckmässigkeit bestanden hätte: aus der vorjährigen Herbstkrise wäre Polen nicht nur mit der Waffe in der Hand, sondern als Sieger hervorgegangen.

Er fragte mich gleich nach den Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrussland und nach dem Sinn einer Erneuerung des Nichtangriffspaktes zwischen Polen und Russland. Ich antwortete, dass alles, was die Presse in der russischen Frage geschrieben hätte, freie Phantasie wäre. Die Erneuerung des Nichtangriffspaktes mit den Sowjets war eine Notwendigkeit des Augenblicks, denn nach der tschechischen Krise haben sich die Beziehungen zwischen Polen und den Sowjets sehr verschlechtert. Es war nur der Punkt auf dem i, nicht mehr und nicht weniger. Es ging nur darum, die Beziehungen, die durch die Ereignisse aus dem Gleichgewicht gekommen waren, wieder in die Reihe zu bringen. Über unser Handelsabkommen mit den Sowjets, nach dem er fragte, sagte ich, dass es die Folge unserer Besitzergreifung des Olsagebietes und der grossen Industrien gewesen sei. Polen war gezwungen, neue Absatzmärkte zu suchen, die es zum Teil in Sowjetrussland gefunden hat.

Sowjetrussland gegenüber war Bullitt ausgesprochen unfreundlich und wegwerfend gestimmt.

[1]) So im Original.

Er meinte ferner, dass Deutschland jetzt wohl kaum einen Angriff auf Osteuropa unternehmen würde, denn einerseits ist Polen zu stark – andererseits ist die Sache mit Ungarn, Rumänien und Jugoslawien noch nicht so weit geklärt. Es müssen noch gewisse Vorbereitungen durchgeführt und die Stellungen gefestigt werden. Übrigens wäre er überzeugt, dass Deutschland seinen Plan mit der Ukraine durchführen werde, aber erst im Jahre 1940.

Ich habe mit Bullitt über diese Aktion nicht diskutiert. Ich fragte nur, ob die Westmächte in einem solchen Falle aktiv auftreten würden und ob sie das Reich zum angeblichen Schutz Sowjetrusslands angreifen würden. Bullitt antwortete, dass die demokratischen Staaten ein für allemal alle imaginären bewaffneten Interventionen zum Schutze irgendeines Staates, der zum Opfer eines deutschen Angriffes werden sollte, aufgegeben hätten.

Jerzy Potocki
Botschafter der Republik Polen

Nr. 18

Der polnische Botschafter in Paris an den polnischen Aussenminister

Bericht

Nr. I/F/10 Paris, Februar 1939[1])

Politischer Bericht Nr. IV/4

Streng geheim

Vor einer Woche ist der Botschafter der Vereinigten Staaten W. Bullitt nach einem dreimonatigen, in Amerika verbrachten Urlaub nach Paris zurückgekehrt. In der Zwischenzeit hatte ich mit ihm zwei lange Unterredungen, die es mir gestatten, Herrn Minister über seine, die europäische Situation betreffenden Ansichten zu informieren wie einen Überblick über die Politik Washingtons zu geben.

1. Eine Aussenpolitik der Vereinigten Staaten, deren Bestreben es ist, unmittelbar an der Entwicklung der Verhältnisse in Europa teilzuhaben, gibt es nicht. Eine solche Aussenpolitik wäre auch nicht möglich, da sie von der öffentlichen Meinung, die in dieser Hinsicht ihre isolationistische Einstellung nicht geändert hat, nicht genehmigt werden würde. Dagegen besteht ein ausserordentlich verstärktes Interesse des amerikanischen Volkes für die europäische Lage. Demgegenüber treten sogar die inneren Angelegenheiten in den Hintergrund und verlieren die Aufmerksamkeit, deren sie sich früher erfreut haben. Die internationale Situation wird von den offiziellen Kreisen als ùngeheuer ernst und unter der Gefahr eines bewaffneten Konflikts stehend betrachtet. Die massgebenden Faktoren sind der Ansicht, dass, wenn es zwischen England und Frankreich einerseits wie Deutschland und Italien andererseits zum Kriege kommen sollte, in dem England und Frankreich eine Niederlage erleiden könnten, dann die Deutschen den realen Interessen der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent gefährlich werden würden. Aus diesem Grund könne man die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege auf Seiten Frankreichs und Englands von Vornherein voraussehen, natürlich erst eine gewisse Zeit nach Ausbruch des Konfliktes. Botschafter Bullitt drückte das wie folgt aus: «Sollte ein Krieg ausbrechen, so werden wir sicherlich nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.»

Nach Meinung Botschafter Bullitts ist die obige Einstellung der massgebenden Washingtoner Kreise jeglicher ideologischer Elemente bar und ergibt sich ausschliesslich aus der Notwendigkeit, die realen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen, die im Falle einer französisch-englischen Niederlage ernstlich und unmittelbar zugleich vom Pazifik wie vom Atlantik her bedroht wären.

[1]) Das Tagesdatum fehlt im Original.

Botschafter Bullitt stellte fest, das Gerücht, als ob Präsident Roosevelt gesagt habe, die Grenze der Vereinigten Staaten liege am Rhein, sei falsch. Er gab dagegen seiner Überzeugung Ausdruck, der Präsident habe bestimmt gesagt, er verkaufe Frankreich Flugzeuge, da die französische Armee die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten sei. Dieses entspräche nämlich vollkommen seinen Ansichten.

2. Die italienischen Ansprüche gegenüber Frankreich entbehren absolut aller Grundlagen und Argumente, die sie auch nur teilweise rechtfertigen könnten. Frankreich kann und darf also nicht einmal scheinbar Zugeständnisse machen. Irgendein Nachgeben Frankreichs würde die Unterhöhlung seines Prestiges in Afrika bedeuten. Man muss daher jeden eventuellen Kompromiss auf Kosten französischer Interessen ausschliessen.

Theoretisch genommen besteht die Befürchtung, England könnte vielleicht zusammen mit Berlin versuchen, Frankreich im Augenblick irgendeiner Spannung einen mit seinen eigenen Interessen nicht zu vereinbarenden Kompromiss aufzuzwingen. In diesem Falle jedoch wird Frankreich auf die kräftige Unterstützung Washingtons rechnen können. Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England von einer Kompromisspolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten.

Man muss damit rechnen, dass das Prestige Englands durch die Ereignisse im Fernen Osten wie die Resultate der Münchener Konferenz in der amerikanischen öffentlichen Meinung sehr stark gesunken ist. Andererseits ist die amerikanische öffentliche Meinung sich darüber im Klaren, wieviel England heute an einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und ihrer Unterstützung gelegen ist.

Unter diesen Bedingungen kann man vermuten, dass Hitler und Mussolini es auf der Grundlage der italienischen Ansprüche Frankreich gegenüber nicht zu einem offenen Konflik mit England und Frankreich kommen lassen werden.

Eine schwache Seite der Vereinigten Staaten ist es natürlich, dass sie, obwohl Sie schon heute ihren Standpunkt im eventuellen Konfliktsfalle bestimmt haben, gleichzeitig jedoch an der positiven Lösung der europäischen Probleme keinen aktiven Anteil nehmen können, da die isolationistisch eingestellte amerikanische Meinung dieses nicht gestatten würde.

3. Das Verhältnis der massgebenden amerikanischen Faktoren zu Italien und Deutschland ist negativ hauptsächlich deshalb, weil sie der Ansicht sind, dass die neuen Erfolge der Achse Rom–Berlin, die das Prestige wie die Autorität Frankreichs und Englands als imperialistische Mächte unterhöhlten, fast schon unmittelbar die realen Interessen der Vereinigten Staaten bedrohen. So wird auch die Aussenpolitik Washingtons einer eventuellen Weiterentwicklung der Situation in dieser Richtung entgegenwirken.

Die Vereinigten Staaten verfügen in ihren Beziehungen zu Italien und

Deutschland über verschiedene Zwangsmittel, die heute schon sehr ernstlich geprüft und aufgestellt werden. Diese überwiegend wirtschaftlichen Mittel sind derart, dass sie ohne die geringste Befürchtung eines innerpolitischen Widerstandes angewandt werden können. Sie werden zweifellos sowohl für Rom wie für Berlin genügend ausdrucksvoll und fühlbar sein. Botschafter Bullitt ist der Meinung, ein von den Vereinigten Staaten gleichzeitig auf Italien und Deutschland einerseits wie England andererseits ausgeübter Druck könne in bedeutendem Masse dem Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes vorbeugen bzw. die Entwicklung der europäischen Situation in einer Richtung verhüten, die, vom Standpunkt Washingtons aus gesehen, unerwünscht wäre.

Auf meine Bemerkung, es sei bei der gegenwärtigen Sachlage jedoch nicht klar, ob die Vereinigten Staaten bereit wären, sich mit Deutschland und Italien um die französischen Kolonien zu schlagen bzw. gegen gewisse Systeme und Ideologien zu kämpfen, erklärte Botschafter Bullitt kategorisch, die Haltung Washingtons würde allein von den realen Interessen der Vereinigten Staaten bestimmt, nicht aber von ideologischen Problemen.

Ich muss hinzufügen, dass Botschafter Bullitt sich des rücksichtslosen Widerstandes Frankreichs gegen die italienischen Ansprüche gewiss zu sein scheint und in der Konsequenz eine eventuell mögliche Vermittlung englischerseits bzw. englisch-deutscherseits, deren Ziel ein Kompromiss auf Kosten Frankreichs wäre, ausschliesst.

Ich möchte vorläufig von der Formulierung meiner eigenen. Meinung gegenüber den Äusserungen Botschafter Bullitts Abstand nehmen. Es^ist nämlich mein Bestreben, vorher von ihm noch einige zusätzliche Erläuterungen zu erhalten. Eines aber scheint mir sicher, nämlich, dass die Politik Präsident Roosevelts in der nächsten Zeit dahin gehen wird, den Widerstand Frankreichs zu unterstützen, den deutsch-italienischen Druck zu hemmen und die Kompromisstendenzen Englands zu schwächen.

I. Lukasiewiecz
Botschafter der Republik Polen

Nr. 19

Der polnische Botschafter in Washington an den polnischen Aussenminister

Bericht

3/SZ-tjn-9 Washington, den 7. März 1939

Geheim

Betrifft: Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten

Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten beschäftigt augenblicklich nicht nur die Regierung, sondern die ganze amerikanische Öffentlichkeit. In erster Linie handelt es sich um die Äusserungen des Präsidenten Roosevelt, welcher fast in jeder öffentlichen Rede auf die Notwendigkeit einer Aktivierung der Aussenpolitik gegenüber dem Chaos der Begriffe und Strömungen in Europa mehr oder weniger ausdrücklich hinweist. Diese Äusserungen werden von der Presse aufgenommen und dann in geschickter Weise in die Gemüter der Durchschnittsamerikaner hineinfiltriert, um das ganze Volk in einer vorgefassten Meinung zu bestärken. Dabei spielt man immer auf derselben Saite, nämlich – der Gefahr des Krieges in Europa und der Rettung der Demokratien vor der Überflutung durch den feindlichen Faschismus. Allen Äusserungen liegt aber gewöhnlich nur der eine Gedanke zugrunde, nämlich der Hinweis auf die Gefahr, welche der Nazismus und das nazistische Deutschland für den Frieden der Welt darstellen.

Als Folge dieser Reden ruft man nach Aufrüstung und fordert den Aufwand enormer Summen für Flotte und Luftwaffe. Dahinter steht unzweideutig der Gedanke, dass die Vereinigten Staaten im Falle eines bewaffneten Konfliktes nicht draussen bleiben können, sondern an den Vorgängen tätigen Anteil nehmen müssen. Das Ergebnis der kraftvollen Worte des Präsidenten Roosevelt, der sich dabei auf die Presse stützt, ist heute eine bewusste Bearbeitung der amerikanischen Öffentlichkeit mit der Absicht, Hass gegen alles zu erregen, was nach Faschismus riecht. Dabei ist aber interessant, dass die UdSSR ausser- halb bleibt und dass die amerikanische Öffentlichkeit Russland zum Lager der demokratischen Staaten rechnet. Dies zeigte sich auch während des Spanischen Bürgerkrieges, als man die sogenannten Loyalisten als Verteidiger der demokratischen Ideen ansah.

Das Staatsdepartement arbeitet, ohne grosses Aufsehen zu erregen, wenn auch bekannt ist, dass der Staatssekretär Hull denselben Ideen huldigt wie Präsident Roosevelt; doch zeigt er mehr Zurückhaltung als jener, ausserdem liebt er es, den Nazismus und den Kanzler Hitler vom deutschen Staat zu

trennen. Er hält diese Form der diktatorischen Regierung für ein vorübergehendes «malum necessarium». Dabei interessiert sich das Staatsdepartement ungemein für die UdSSR und für ihre inneren Verhältnisse. Ganz offensichtlich grämt es sich wegen ihrer Schwäche und ihres Verfalls. Der Hauptgrund für das Interesse der Vereinigten Staaten an den Russen ist die Lage im Fernen Osten, denn die hiesige Regierung würde gern die Rote Armee als Sieger aus der Auseinandersetzung mit Japan hervorgehen sehen. Deshalb sind auch die Sympathien der Regierung deutlich auf Seiten Chinas. Dieses erhielt letzthin eine ansehnliche finanzielle Hilfe in Höhe von 25 Millionen Dollar.

Alle Informationen der diplomatischen Vertretungen sowie der speziellen Sendboten des Präsidenten in Gestalt der Botschafter der Vereinigten Staaten werden vom Staatsdepartement und vom Präsidenten selbst eifrig durchgearbeitet. Dieser beruft häufig seine Vertreter im Auslande zum persönlichen Meinungsaustausch und zum Empfang besonderer Informationen und Instruktionen nach Washington. Die Ankunft der Gesandten und Botschafter ist immer in Geheimnis gehüllt, und über das Ergebnis ihrer Besuche sickert nur wenig in die Presse durch. Auch das Staatsdepartement vermeidet es peinlich, über den Verlauf dieser Unterredungen irgendwelche Informationen auszugeben. Sicher ist das die praktischste Art seitens des Präsidenten, 'die Aussenpolitik zu aktivieren. Dieser gibt seinen Vertretern im Ausland, welche meistens seine persönlichen Freunde sind, persönlich Instruktionen. Auf diese Weise werden die Vereinigten Staaten auf die gefährliche Bahn der Weltpolitik mit der ausdrücklichen Absicht geführt, von der bequemen Politik der Isolation abzugehen. Persönlich sieht der Präsident in der Aussenpolitik seines Landes ein Mittel zur Befriedigung des eigenen Ehrgeizes, gern hört er aufmerksam auf das Echo, das aus den anderen Hauptstädten der Welt zu ihm widerhallt.

Ebenso wie in der inneren, so ist auch in der Aussenpolitik der Kongress der Vereinigten Staaten das einzige Hindernis, das dem Präsidenten Roosevelt und seiner Regierung bei der Durchführung ihrer schnell gefassten und ehrgeizigen Entschlüsse im Wege steht. Die Verfassung in den Vereinigten Staaten gab vor 150 Jahren die obersten Prärogativen dem amerikanischen Parlament in die Hand, das vom Weissen Haus ausgehende Gesetze kritisieren und ablehnen kann.

Kürzlich war die Aussenpolitik des Präsidenten Roosevelt Gegenstand einer lebhaften Diskussion im Repräsentantenhaus und im Senat. Sie rief dort grosse Aufregung hervor. Die sogenannten Isolationisten, von denen es in beiden Kammern eine grosse Zahl gibt, traten scharf gegen den Präsidenten auf; vor allem die Bemerkung des Präsidenten, welche in der Presse bekannt wurde und in der er sagte, dass die Grenzen der Vereinigten Staaten am Rhein liegen, regte die Abgeordneten und Senatoren auf das lebhafteste auf. Doch ist Präsident Roosevelt ein ausgezeichneter politischer Spieler. Er ist sich über die Macht des

ergebenen Leute, und er versteht es, sich im geeigneten Augenblick aus seiner unbequemen Stellung zurückzuziehen.

Sehr klug und geschickt verband er die Frage der Aussenpolitik mit der Aufrüstung Amerikas. Hierbei wies er nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, zur Aufrechterhaltung des defensiven Friedens Riesensummen auszugeben. Er sagte ausdrücklich, dass die Vereinigten Staaten nicht deshalb aufrüsten, um einzugreifen oder sich im Kriegsfall mit England und Frankreich zu verbinden, sondern weil es notwendig ist, im Falle eines bewaffneten Konfliktes in Europa Stärke und militärische Bereitschaft zu zeigen; seiner Ansicht nach rückt dieser Konflikt immer näher heran, er ist völlig unvermeidbar.

Da die Frage in dieser Weise dargestellt wurde, so gab sie seitens der parlamentarischen Kammern keinen Anlass zu Einwendungen. Im Gegenteil, die Kammern nahmen das Rüstungsprogramm von über i Milliarde Dollar an (das gewöhnliche Budget 520 Millionen, das aussergewöhnliche 552 Millionen Dollar). Unter der Parole der Aufrüstungspolitik setzt aber Präsident Roosevelt seine Aussenpolitik fort. In ihr gibt er der Welt inoffiziell zu erkennen, dass im Kriegsfälle die Vereinigten Staaten mit ihrer ganzen militärischen und finanziellen Macht auf Seiten der demokratischen Staaten stehen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die technische und moralische Vorbereitung des amerikanischen Volkes zur Teilnahme an einem Kriege – falls ein solcher in Europa ausbrechen sollte – rasch vorwärts geht, und es sieht so aus, als ob gleich nach Beginn die Vereinigten Staaten Frankreich und Grossbritannien mit ihrer ganzen Macht zu Hilfe kommen. Ich kenne aber die amerikanische Öffentlichkeit und die Gesandten und Senatoren, welche das entscheidende Wort haben, und ich bin der Meinung, dass die Chancen, dass Amerika wie 1917 in den Krieg eintritt, sehr gering sind, denn der grösste Teil der Staaten im Mittelwesten und Westen, in welchen das ländliche Element vorherrscht, will um keinen Preis in die europäischen Unstimmigkeiten verwickelt werden. Diese erinnern sieh an die Erklärung des Versailler Vertrages sowie an die bekannte Phrase, dass der Krieg zur Sicherung der Demokratien in der Welt dienen sollte. Weder der Versailler Vertrag noch dieses Schlagwort haben die Vereinigten Staaten mit dem Kriege ausgesöhnt. Bei den vielen Millionen blieb nur ein bitterer Nachgeschmack wegen der unbezahlten Milliardensummen, welche die europäischen Staaten Amerika noch schulden.

Jerzy Potocki
Botschafter der Republik

Nr. 20

Der belgische Sondergesandte Botschaftsrat Fürst Ligne[1]) an den Belgischen Aussenminister

Bericht (Auszug)

Aussenministerium | Brüssel, den 18. März 1939

III. Bericht über eine Unterredung mit Herrn Hull

... Herr Hull spielte dann auf die immerhin möglichen Verwicklungen an, die zu einem Krieg an unseren Grenzen führen könnten, und sagte mir: «Wir würden vielleicht drei Tage, drei Wochen oder drei Monate brauchen ... but we would move.» Er sprach diese Worte mit Nachdruck.
Er versicherte mir dann von Neuem, wie sehr er die Gewaltpolitik verabscheue, «die unter Missachtung der Verträge und der internationalen Moral betrieben wird». Die Bemühungen der amerikanischen Regierung seien auf eine Erziehung der Massen gerichtet. Nach dieser Richtung hin sei ein Fortschritt zu verzeichnen. .^Vor sechs Monaten wäre es uns niemals möglich gewesen, so viel Kriegsmaterial zu liefern, wie wir jetzt Frankreich und England liefern.» Er forderte mich auf, seine Auffassung zur Kenntnis der Königlichen Regierung zu bringen ...

Auf militärischem Gebiet scheint Amerika eine Aufrüstung in der Luft und zu Wasser zu beabsichtigen, die bis zur Grenze des Notwendigen geht. Auf ^wirtschaftlichem Gebiet fasst es den Boykott des Handels der totalitären Staaten ins Auge; auf diplomatischem Gebiete endlich tritt das Einvernehmen mit England täglich mehr in Erscheinung, und das Neutralitätsgesetz wird sicherlich aufgehoben werden, vielleicht sogar schon, bevor es seine Probe hat bestehen können ...

gez. Ligne

[1]) Fürst Ligne war Anfang 1939 von der Belgischen Regierung nach Washington entsandt worden, um Verhandlungen über amerikanische Flugzeuglieferungen an Belgien zu führen und eine Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Belgien und dem Belgischen Kongo einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits zu betreiben. Aus dem zusammenfassenden Schlussbericht über Verlauf und Ergebnisse dieser Mission werden einige Absätze über Gespräche des belgischen Sonderbeauftragten mit Staatssekretär Hull wiedergegeben, die von allgemeinpolitischem Interesse sind.

Nr. 21

Der polnische Botschafter in Paris an den polnischen Aussenminister

Bericht

R 2/3 Paris, den 29. März 1939

Streng geheim

Am 24. d. M. sagte ich Botschafter Bullitt in einer normalen freundschaftlichen Unterredung ungefähr Folgendes:

Ich kenne weder den Text des englischen Vorschlages hinsichtlich der Erklärung der vier Staaten noch unsere Antwort darauf (was im Übrigen auch der Wahrheit entsprach). Indem ich mich jedoch nach Pressemitteilungen richte und deren Echos, die mich von verschiedenen Seiten erreichen, beurteile ich die Situation wie folgt: Der englische Vorschlag scheint mir der Form wie dem Inhalt nach ein Manöver zu sein, das wenigstens zu drei Vierteln für die englische Innenpolitik bestimmt ist und das nicht etwa dem Willen entstammt, auf die internationalen Ereignisse der letzten Tage zu reagieren, sondern vielmehr den Schwierigkeiten, auf die Chamberlain von Seiten des Parlaments wie der englischen öffentlichen Meinung gestossen ist.

Es ist kindisch, naiv und gleichzeitig unfair, einem Staat, der sich in einer solchen Lage wie Polen befindet, vorzuschlagen, er solle seine Beziehungen zu einem so starken Nachbarn wie Deutschland kompromittieren und die Welt der Katastrophe eines Krieges aussetzen, nur um den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains willfährig zu sein. Noch naiver jedoch wäre es, anzunehmen, die polnische Regierung verstünde nicht den wahren Sinn dieses Manövers und seine Konsequenzen.

Es ist weiterhin im höchsten Grade unvorsichtig, eine Aktion zu unternehmen, wie sie von der englischen Regierung öffentlich angeregt wurde, und in ihr die Teilnahme Russlands in den Vordergrund zu schieben, die ebenso das politische Gesicht der Staaten verunstaltet, die solidarisch handeln sollen, wie das Ziel ihrer Aktionen. Das ostentative Streben nach einer Zusammenarbeit mit Russland in einer Form und einem Bereich, der lediglich den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains entspricht, lässt die unbillige Vermutung aufkommen, als handele es sich hier nicht nur um die Verteidigung derjenigen Staaten, die durch die neuen Methoden der deutschen Politik bedroht sind, sondern auch um einen ideologischen Kampf mit dem Hitlerismus, und dass das Endziel der Aktionen nicht der Friede ist, sondern die Hervorrufung eines Umsturzes in Deutschland. Wer die seit Langem feststehenden Grundsätze der

polnischen Politik kennt, kann nicht annehmen, die polnische Regierung werde sich zu so leichtsinnigen und gefährlichen Schachzügen des Herrn Chamberlain positiv einstellen.

Nach den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, in deren Verlauf England und Frankreich nicht nur keine einzige internationale Verpflichtung gehalten haben, sondern auch niemals imstande waren, ihre eigenen Interessen auf gehörige Weise zu verteidigen, ist es völlig unmöglich, zu glauben, irgendein Staat in Mittel- oder Osteuropa – wie ebenso auf der entgegengesetzten Seite Berlin-Rom – könnte auch nur einen einzigen englischen Vorschlag ernst nehmen, es sei denn, England schwingt sich zu Taten auf, die zweifellos und unabweisbar seinen Entschluss bestätigen, die Beziehungen zu Deutschland aufzugeben.

Hätte die englische Regierung einige Tage vor der Unterbreitung der vorgeschlagenen Deklaration in Warschau ihre Kriegsflotte mobilisiert wie die militärische Dienstpflicht eingeführt, und hätte die französische Regierung in grösserem Umfang als bisher die Mobilisierung ihrer Armee angeordnet, dann hätte man sogar solche unzulänglichen englischen Vorschläge wie die, die uns gemacht wurden, als einen Beweis für den aufrichtigen und ernsten Willen t loyaler Zusammenarbeit ansehen können. Da es jedoch gerade umgekehrt gekommen ist, muss man annehmen, alle von London unternommenen diplomatischen Verhandlungen werden so lange keine Aussicht auf Erfolg haben, bis sich die englische Regierung endlich zu dem Entschluss aufrafft, konkrete, präzisierte Verpflichtungen zu übernehmen, die von realen Massnahmen auf dem Gebiet der Streitkräfte, über die sie verfügt, unterstützt werden.

Traurig, ja fast tragisch ist es, dass es sich in der gegenwärtigen Situation nicht um die Interessen eines einzelnen Landes, sondern – ohne Übertreibung – um die Vermeidung eines katastrophalen kriegerischen Konflikts handelt. Zum Beispiel der Fall Polen. Ich kenne weder den Text des englischen Vorschlages noch die Absichten Hitlers. Ich mache mir jedoch auf Grund zweifelloser Aspekte meine eigenen Gedanken über die wirkliche Lage. Die unvorsichtige, in der Form leichtsinnige, im Inhalt lückenhafte englische Initiative lässt die polnische Regierung zwischen der Kompromittierung der Beziehungen zu Deutschland oder dem Scheitern der Verhandlungen mit London wählen. Im ersten Fall kann Hitler sich gezwungen sehen, uns gegenüber die Anwendung von Zwang zu versuchen, worauf wir nicht anders werden antworten können als bewaffnet. Hierdurch wird ein allgemeiner europäischer Konflikt entstehen, in dessen erster Etappe wir den Druck der ganzen deutschen Macht werden aushalten müssen. Unsere gesamte Kriegsindustrie wird nicht nur bedroht sein, sondern wir können sie sogar verlieren. Hieraus werden sich schon zu Anfang des Konflikts nicht nur für uns, sondern ebenso für Frankreich und England die schlimmsten Bedingungen ergeben. Im zweiten Fall wird das Scheitern der Verhandlungen mit London für Hitler ein Beweis der Unaufrichtigkeit und Schwäche der Politik Englands und Frankreichs sein und ihn

zu neuen Expansionsunternehmungen in Ost- und Mitteleuropa aufmuntern, die früher oder später zur Katastrophe eines Krieges führen müssen. Bei diesem Stand der Dinge ist es ebenso kindisch wie verbrecherisch, Polen für Krieg oder Frieden verantwortlich machen zu wollen. Es muss ein für allemal festgestellt werden, dass die Verantwortung zum grössten Teil bei Frankreich und England liegt, deren unsinnige oder lächerlich schwache Politik zu der Situation und zu den Ereignissen führte, in denen wir leben. Wenn die englische Regierung dieses heute nicht einsieht, dann ist ein allgemein-europäischer Konflikt, ja vielleicht sogar ein Weltkrieg unvermeidbar und muss schnell kommen, denn die Wahl des geeigneten Moments liegt bei Hitler.

Botschafter Bullitt nahm sich meine Ausführungen sehr zu Herzen und bat mich, sie noch einmal zu wiederholen. Ich sah, dass er jeden Absatz im Gedächtnis festzuhalten suchte.

Später fragte er mich, ob wir ein gemeinsames Bündnis annehmen würden, wenn England und Frankreich uns morgen ein solches vorschlagen sollten. Ich antwortete, ich könne hierauf keine Antwort geben. Dagegen stellte ich fest, dass der Schwerpunkt nicht bei den Vorschlägen liege, die uns gemacht würden, sondern bei den tatsächlichen Massnahmen, die in erster Linie England ergreifen müsse. Botschafter Bullitt erklärte sich mit meinem Standpunkt völlig einverstanden. Am folgenden Tage, dem 25. d.M., teilte mir Botschafter Bullitt mit, er habe sich meine Anschauungen zu eigen gemacht und unter Ausnutzung der ihm zustehenden Rechte dem Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Kennedy, den Auftrag gegeben, sich am heutigen Sonnabend zu Ministerpräsident Chamberlain in seine Residenz zu begeben und ihm dieses alles unter kategorischer Betonung der Verantwortlichkeit der englischen Regierung zu wiederholen.

Am Sonntag, dem 26., erhielt Botschafter Bullitt in meiner Gegenwart von Botschafter Kennedy einen telephonischen Bericht über die Unterredung, die dieser mit Ministerpräsident Chamberlain gehabt hat. Hierüber habe ich Herrn Minister in einem Telegramm Bericht erstattet, das sofort nach meinem Aufenthalt bei Botschafter Bullitt aufgegeben war.

Ich verstehe, dass Botschafter Bullitt die Bedeutung der Erklärungen, die von seinem Kollegen der englischen Regierung abgegeben wurden, sicherlich etwas übertrieben behandelt. Ich erachte es jedoch als meine Pflicht, Herrn Minister über alles oben Gesagte zu informieren, weil ich glaube, dass die Mitarbeit des Botschafters Bullitt in so schwierigen und komplizierten Zeiten uns doch vielleicht gewisse Dienste erweisen kann. Es ist auf jeden Fall völlig sicher, dass er unseren Standpunkt restlos teilt und zu einer möglichst weiten loyalen freundschaftlichen Zusammenarbeit bereit ist.

Um übrigens die Aktion des amerikanischen Botschafters in London noch zu verstärken, machte ich Botschafter Bullitt darauf aufmerksam, es sei nicht ausgeschlossen, dass die Engländer den Schritt der Vereinigten Staaten von

Nordamerika zwar mit gut verborgener, aber dennoch mit Geringschätzung behandeln.

Er antwortete mir, ich habe wahrscheinlich recht. Dennoch aber seien die Vereinigten Staaten im Besitz von Mitteln, mit denen sie einen wirklichen Zwang auf England ausüben könnten. An die Mobilisierung dieser Mittel werde er ernstlich denken.

Der Botschafter der Republik Polen[1])

[1]) Die persönliche Unterschrift des Botschafters fehlt, da es sich um einen Durchschlag des Originalberichts handelt. Der Durchschlag trägt auf der ersten Seite die Paraphe des polnischen Vizeministers Grafen Szembeck.

Nr. 22

Der französische Aussenminister an den französischen Botschafter in Washington

Telegramm

Nr. 612–615 Paris, den 8. Mai 1939

Im «New York Herald» (Pariser Ausgabe) von heute Morgen lese ich, es bestehe die ernstliche Aussicht, dass sich die von Herrn Vandenberg in seiner Rede in Atlantic City entwickelten Anschauungen bei der nächsten Beratung über das Neutralitätsgesetz im Senat durchsetzen würden. Dieser republikanische Senator ist für die unveränderte Beibehaltung des Neutralitätsgesetzes, unter Wiederherstellung der Cash-and-Carry-Klausel, eingetreten und hat empfohlen, dass Amerika sich von den europäischen Angelegenheiten fernhalten möge.

Ich weiss nicht, welcher Wert diesen Pressevoraussagen beizumessen ist; aber die Äusserungen eines so einflussreichen Senators wie Herrn Vandenbergs, in Verbindung mit den soeben von Senator King anlässlich des deutsch-italienischen Vertrages der «United Press» abgegebenen Erklärungen, scheinen darauf hinzudeuten, dass ein Teil der amerikanischen öffentlichen Meinung auch weiterhin wünscht, dass die Regierung der Vereinigten Staaten sich mindestens auf strikte Neutralität, wenn nicht geradezu auf Isolierung festlegen solle.

Ich zweifle nicht daran, dass die Regierung der Vereinigten Staaten – wie es übrigens Ihr Telegramm Nr. 777 anzeigt – alle Anstrengungen macht, um zu verhindern, dass die Anschauungen Vandenbergs den Sieg davontragen.

Sollten diese Anstrengungen aber keinen Erfolg haben, so würde ihr Fehlschlagen in Frankreich Erregung und Enttäuschung hervorrufen. Wenn die amerikanische öffentliche Meinung gegenwärtig ihre Blicke tatsächlich nach Europa richtet und keine Gelegenheit versäumt, um den grossen Demokratien eine Politik des Widerstandes und der Festigkeit zu empfehlen, so wendet sich andererseits auch die öffentliche Meinung Frankreichs nach Amerika und erwartet von dort diejenigen Massnahmen, die die Fortführung der Politik, die Amerika selbst empfiehlt, weitgehend erleichtern würden.

Die französische und die britische Regierung haben im Laufe der letzten Wochen durch Garantieversprechen an Polen, Rumänien und die Türkei, durch Verhandlungen über einen Vertragsentwurf mit Sowjetrussland eine Politik verfolgt, die nur die volle Zustimmung der Regierung der Vereinigten Staaten finden kann, wie es übrigens Herr Bullitt in Paris und Herr Kennedy in London in freundschaftlicher Weise oft anerkannt haben.

In der schweren Krise, die Europa durchmacht, und nach den Hoffnungen, die durch die schnelle Wandlung der öffentlichen Stimmung in den Vereinigten

Staaten erweckt worden sind, würde eine lediglich moralische Unterstützung seitens Amerikas eine grausame Enttäuschung bedeuten; es ist notwendig, dass die öffentliche Meinung in Frankreich wie in England hinter dieser moralischen Unterstützung eine mächtige materielle Hilfe zu erkennen vermag.

Ich bitte Sie, keine Anstrengungen zu unterlassen, um dieses Resultat zu erreichen. Ich zweifle nicht an der vollen Unterstützung von Herrn Cordell Hull und Herrn Sumner Welles, die ebenso wie Präsident Roosevelt volles Verständnis für die Lage haben. Es scheint mir aber unerlässlich, dass Sie auf die parlamentarischen Kreise und auf die Presse einwirken. Gestützt auf meine eigenen Erfahrungen in Washington, vertraue ich darauf, dass Sie in dieser heiklen Unternehmung in der diskretesten und wirkungsvollsten Weise vorgehen.

Georges Bonnet

Nr. 23

Der französische Botschafter in Washington an den französischen Aussenminister

Telegramm

Nr. 938 Washington, den 14. Juni 1939

Der Erziehungsminister, den ich begleitete, ist unverzüglich vom Präsidenten empfangen worden, dem er die Dankbarkeit des Herrn Ministerpräsidenten und der Regierungsmitglieder für die unserem Lande bei jeder Gelegenheit erwiesene Sympathie zum Ausdruck brachte. Besonders sprach er im Namen der Schuljugend, deren Gefühle für den Leiter der grossen befreundeten Nation er übermittelte. Der Präsident antwortete auf diese doppelte Botschaft in sehr herzlichen Worten; Roosevelt erklärte spontan, dass er das von der Regierung vollbrachte Werk der Neuordnung und der nationalen Sammlung aufmerksam verfolge und ausserordentlich schätze.

Saint-Quentin

Nr. 939 Washington, den 14. (Februar)[1]) 1939

Im Nachgang zu meinem vorhergehenden Telegramm.

Bezüglich der Aussenpolitik hat uns der Präsident zwei Hinweise gegeben, die sicherlich seiner Ansicht nach sehr geheim sein sollten, da keiner von ihnen vom Staatsdepartement bestätigt werden dürfte.

Erstens sagte er uns, dass er in seinen Unterredungen mit König Georg VI. den festeren Kurs der britischen Aussenpolitik sehr begrüsst habe. Zweitens gab er dem Wunsch Ausdruck, Frankreich möge China jede nur mögliche Hilfe leisten. Er glaubt, dass die chinesische Unabhängigkeit gerettet werden könne, wenn China seinen Widerstand noch ein Jahr lang fortsetze.

Saint-Quentin

[1]) Muss natürlich Juni heissen.

Nr. 24

Der polnische Geschäftsträger in Washington an den polnischen Aussenminister

Bericht

3/SZ – tjn – 23 Washington, den 11. Juli 1939

Als ich mein Amt übernommen und dem Staatsdepartement davon Mitteilung gemacht hatte, besuchte ich den Herrn Unterstaatssekretär Sumner Welles sowie die Herren Assistant Secretaries Messersmith und Sayre.

Herr Sumner Welles begann damit, mich nach der Stimmung in Polen zu fragen. Ich erzählte ihm, dass für Polen im jetzigen Augenblick Ruhe und Vertrauen in die eigene Kraft – calm and confidence – charakteristisch seien; dass, unabhängig von Überzeugungen und Ansichten, von Herkunft und Stellung, das ganze Volk um die Regierung gesammelt ist, bereit, seine Pflicht gegenüber dem Lande zu erfüllen. Polen gestattet keine Beschränkung seiner Rechte und seines Besitzstandes. Weiter erzählte ich ihm, dass trotz des vollen Verständnisses für die Wichtigkeit des Augenblicks und der allgemeinen Bereitschaft zu noch so weitgehenden Opfern das Leben in Polen seinen normalen Gang gehe und das Land und die Städte keinerlei Anzeichen von Nervosität zeigen.

Herr Sumner Welles erklärte mir daraufhin, dass er von dieser grossartigen Haltung Polens schon von dort selbst genau orientiert sei. Weiterhin berührte er die grossen Kosten von Polens Kriegsvorbereitungen; er gab seiner Befürchtung Ausdruck, dass sie übermässig schwer seien. Ich antwortete, dass Polen sich vor Opfern, mögen sie auch noch so gross sein, nicht scheue und durchhalten könne. Dabei bemerkte ich, dass es aber doch wichtig wäre, Polen die Heranführung von Rohstoffen zu erleichtern. Hierauf antwortete Herr Sumner Welles, dass diese Frage augenblicklich der Gegenstand französisch-englischer Unterhandlungen sei. Weiterhin sprach er über die Schwierigkeiten, welche angeblich mit den Minderheiten in Polen bestehen, worauf ich ihm antwortete, dass es zwar auf diesem Gebiet Fragen gäbe, welche später eine bestimmte Regelung fordern werden, dass aber augenblicklich die Verteidigung des Besitzstandes Polens und der Fragen des ganzen Landes an erster Stelle ständen und deshalb die inneren Differenzen an Bedeutung verlören und in den Hintergrund träten. Es sei dies wie in einer Familie, in deren Schosse man sich widerspricht und sich gegenseitig kritisiert; wenn aber etwas Fremdes in sie hineintritt, schliessen sich alle zusammen und bilden eine gemeinsame Front. Dieser Vergleich schien Herrn Sumner Welles sehr zu gefallen.

Herrn Sayre teilte ich mit, dass ich bereit sei, ihm eine Liste der polnischen Wünsche vorzulegen, doch erwarte ich vorher vom Staatsdepartement eine Note über die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten in der Frage der Verhandlungen und über die amerikanischen Wünsche. Daraufhin bat Herr Sayre Herrn Hawkins zu sich; dieser teilte mit, dass die betreffende Note in Bearbeitung sei und dass sie in diesen Tagen Herrn Sayre zur Genehmigung vorgelegt werden solle. Diese Note soll uns von der Bereitwilligkeit des Staatsdepartements zu Verhandlungen auf Grund der Empfehlung der Interministeriellen Kommission für Verträge sowie zur Veröffentlichung der «public hearings» Mitteilung machen. Ausserdem sollen, nach den Worten von Herrn Hawkins, allgemein gefasste amerikanische Wünsche dieser Note beigefügt werden. Eine ins Einzelne gehende Liste der Wünsche kann seitens der Amerikaner erst nach der Beendigung der «public hearings» vorgelegt werden.

Im weiteren Gespräch betonte Herr Sayre, dass die Frage der Finanzvollmachten für den Präsidenten in den letzten Tagen positiv gelöst worden und dass das Problem des Neutralitätsgesetzes noch offen sei. Nach den Worten von Herrn Sayre werden die Vereinigten Staaten im Falle eines bewaffneten Konflikts, seiner persönlichen Meinung nach, unbeschadet einer endgültigen Entscheidung, ihren Standpunkt auf Seiten der gegen Deutschland kämpfenden Staaten ausdrücklich erklären.

Ich berührte im Sinne der erhaltenen Instruktionen weder Einzelheiten der Verhandlungen noch die Frage der Kredite. Rein technische Einzelheiten soll ich dieser Tage mit Herrn Hawkins besprechen.

Herr Messersmith begann die Unterredung sogleich damit, dass er den Ernst der Lage in Europa besprach und mit seiner ihm eigenen Gehässigkeit das deutsche Regime angriff. Er sagte, dass die einzige Möglichkeit, die augenblickliche, unerträgliche politische Lage abzuändern, die Vernichtung dieses Regimes sei. Auf meine Frage, wie er sich denn dieses vorstelle, antwortete er mir, dass die unnachgiebige Haltung der demokratischen Staaten, darunter auch Polens, schon das gewünschte Ergebnis zeitigen würden. Wenn man auf diese Weise dem deutschen Volk zu verstehen gäbe, dass das augenblickliche Regime zu seinem Untergang führe, so würde es, erklärte Herr Messersmith, schon zur Vernichtung dieses Regimes kommen, denn ein weitgehender Abfall der deutschen Öffentlichkeit sei dem gegenwärtigen Regime sehr zuwider ...

Zum Schluss betonte Herr Messersmith, dass dies seine persönliche Anschauung sei.

Als Herr Messersmith vom Neutralitätsgesetz sprach, erklärte er, dass er es für sehr wichtig hielte, dass das Projekt der Regierung vom Kongress angenommen werden würde; denn seiner Meinung nach wäre dies sehr wesentlich, um der deutschen öffentlichen Meinung zu zeigen, wie sich die Vereinigten Staaten zu ihr stellten; es würde dazu dienen, diese zu ernüchtern.

Wenn ich meine Eindrücke, welche ich von meinem Besuch im Staatsdepartement mitnahm, und diejenigen, die ich im Gespräch mit hervorragenden Amerikanern und Diplomaten empfangen habe, zusammenfasse, muss ich das grosse Verständnis für Polens Lage und für seine Aussenpolitik feststellen sowie überhaupt die ausserordentlich günstige Stimmung, welche für Polen in der hiesigen öffentlichen Meinung herrscht.

W. Wankowicz
Geschäftsträger a. i.

Nr. 25

Der französische Ministerpräsident und Aussenminister an den Minister der Kriegsmarine, den Minister der Handelsmarine und den Blockademinister

Schreiben

Paris, den 4. Oktober 1939

Der Botschafter der Vereinigten Staaten machte mir soeben im Namen seiner Regierung folgende vertrauliche Mitteilung:

«Als vorübergehende Massnahme und für so lange, wie sie sich zur Änderung ihrer Politik nicht veranlasst sieht, wird die Regierung der Vereinigten Staaten die Handelsschiffe der kriegführenden Länder, die bewaffnet sind und deren Bewaffnung einen rein defensiven Charakter hat, nicht als Kriegsschiffe behandeln.

Die Regierung der Vereinigten Staaten behält sich die Möglichkeit vor, diesen Beschluss eventuell ohne vorherige Mitteilung abzuändern.»

Ich beeile mich, Ihnen diese Mitteilung zur Kenntnis zu bringen.

Coulondre

Nr. 26

Der französische Gesandte für Mittelamerika an den französischen Aussenminister

Bericht (Auszug)

Nr. 207 Guatemala, am 20. Oktober 1939

Betrifft: Unterredung mit dem Aussenminister

Meine Antrittsaudienz beim Minister des Äussern, Carlos Salazar, hat heute, am 20. Oktober, stattgefunden.

Wie ich schon berichtete, ist Herr Carlos Salazar gerade aus Panama zurückgekehrt, wo er in der Eigenschaft eines Delegierten der Republik von Guatemala an der Panamerikanischen Konferenz teilgenommen hat, die dort vom 23. September an getagt hat.

Der Minister empfing mich überaus höflich, entbot mir den Willkommensgruss seines Landes und brachte den aufrichtigen Wunsch zum Ausdruck, mit der französischen Gesandtschaft die engsten Beziehungen fortzusetzen sowohl in den Fragen, die unsere beiden Länder betreffen, als auch in den Fragen mehr allgemeinen Charakters.

Aus eigenem Antrieb versicherte er mich der herzlichsten Sympathien, die ihn Frankreich gegenüber erfüllen, und hob hervor, wieviel Guatemala Frankreich für seine Kultur und seinen kulturellen Einfluss verdanke.

Auf meine Frage über die Konferenz von Panama teilte er mir den vorzüglichen Eindruck mit, den er aus seinen Gesprächen mit den Delegierten der anderen amerikanischen Republiken über die geleistete Zusammenarbeit empfangen hat, die niemals einen gegen die französisch-britischen Interessen gerichteten Charakter gezeigt habe. Diese Erklärung stimmt mit den ersten Feststellungen überein, über die ich Eurer Exzellenz bereits berichtet habe, und mit der folgenden Mitteilung, die mir nach meinem Besuche bei Herrn Carlos Salazar einer seiner Mitarbeiter machte: «Unsere Sympathien sind wirklich auf Ihrer Seite. Was unser Vorgehen betrifft, bleibt es in Übereinstimmung mit jenem der Vereinigten Staaten. Wir folgen der Regierung von Washington in ihrer moralischen Aktion, die im Grossen und Ganzen der Sache der Alliierten günstig ist. Selbst wenn sich diese moralische Aktion morgen schon in die Tat umsetzen sollte, wird unsere Haltung die gleiche sein, was immer für Folgen daraus entstehen mögen.

Ich fragte Herrn Carlos Salazar, wie er über die Sicherheitszone und über die Wirksamkeit ihrer Überwachung denke. Über diesen Punkt äusserte er sich mit nicht zu überbietender Entschiedenheit.

Das Prinzip der Sicherheitszone kann, nach seiner Meinung, wenn es in dem Sinne angewendet wird, der bei seiner Festlegung massgebend war, der Tätigkeit der Alliierten in den amerikanischen Gewässern nicht von Nachteil sein,

weil es alle erforderlichen Möglichkeiten für die Schiffahrt und für den Handelsverkehr offen lässt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ja das Einlaufen von U-Booten der Kriegführenden in die Häfen der Union unter Bedingungen geregelt, die eindeutig auf den Zweck abgestellt erscheinen, den Verkehr der deutschen U-Boote zu erschweren.

Der Minister bestreitet, dass an den Küsten von Guatemala und, fügte er hinzu, an den Küsten der anderen mittel amerikanischen Staaten Stützpunkte für feindliche U-Boote bestehen könnten. In Guatemala selbst befindet sich keinerlei Brennstoffreserve, die ihnen dienen könnte.

Was die Überwachung der Küsten betrifft, so wird sie durchgeführt, und zwar gut durchgeführt. Nicht nur die Regierung von Guatemala hat einen Überwachungsdienst eingerichtet, sondern auch die Regierung der Vereinigten Staaten übt durch ihre Schiffe und ihre Flugzeuge (mein Bericht Nr. 193 vom 18. Oktober) eine Kontrolle über das ganze Gebiet aus. Und so ist es gekommen, dass ich, nachdem ich mehrere Tage ohne Nachrichten über das deutsche Handelsschiff «Havelland» (mein Bericht Nr. 204 vom 19. Oktober 1939) war, von Herrn Carlos Salazar erfahren habe, dass dieses Schiff sich in sehr langsamer Fahrt auf der Route längs der Küste von Mexiko, gegen Kalifornien zu, in einer Entfernung von ungefähr 130 Meilen von San José de Guatemala befindet und täglich mehrmals von amerikanischen Flugzeugen überflogen und gewissermassen eingekreist wird.

Als ich mich vom Minister verabschiedete, versicherte er mir, dass von dieser Seite absolut nichts geschehen könne. «Sie können beruhigt sein über das Schicksal Ihrer Schiffe», sagte er mir.

Dessen ungeachtet betonte ich ihm gegenüber, dass in dieser Hinsicht unsere Interessen gemeinsame seien, dass der ungehinderte Verkehr der Handelsschiffe auf dieser Seite für uns beide von Vorteil sei und dass ich damit rechne, dass er mich entgegenkommenderweise unverzüglich von jedem Umstande verständigen werde, der in der Folgezeit diese Freiheit bedrohen könnte.

Er versprach mir dies ausdrücklich.

Gaston Bradier

Nr. 27

Der französische Botschafter in Washington an den französischen Aussenminister

Telegramm

Nr. 1979–83 Washington, den 4. November 1939

Wie ich bereits berichtete, hätte die Regierung es gern gesehen, wenn das Neutralitätsgesetz vom 1. Mai 1937 ganz aufgehoben worden und man zur Anwendung der Regeln des Völkerrechts zurückgekehrt wäre. Aus dieser Einstellung heraus hatte sie zu Beginn der Feindseligkeiten neben dem Gesetz noch mehrere Proklamationen erlassen, die die Neutralitätsbestimmungen bis ins Einzelne festlegten.

Die Regierung hat aber bald einsehen müssen, dass sie das wesentliche Ergebnis, nämlich die Aufhebung des Waffenembargos, nicht erreichen würde, ohne der öffentlichen Meinung Unterpfänder dafür zu geben, dass sie gewillt ist, die Vereinigten Staaten aus dem Konflikt herauszuhalten.

Deshalb hat sie sich mit der Beibehaltung oder Wiederinkraftsetzung der übrigen Bestimmungen des Gesetzes von 1937 – von denen einige am 30. April des Jahres ausser Kraft getreten sind – einverstanden erklärt; diese Bestimmungen untersagten den amerikanischen Handelsschiffen die Fahrt in die kriegführenden Länder und die Beförderung der für diese Länder bestimmten Waren, um jede Möglichkeit von Zwischenfällen zu vermeiden.

Überdies wollte die Regierung nicht hinter der Opposition Zurückbleiben, wo es galt, zu proklamieren, dass die erste Pflicht des amerikanischen Patrioten darin bestehe, einen Krieg zu vermeiden. Damit hat sie dazu beigetragen, dass sich ein moralisch und religiös gefärbter Pazifismus entwickelte. Die vorgenommenen Umfragen im Publikum ergeben, dass der Prozentsatz der Befürworter einer bewaffneten Intervention der Vereinigten Staaten an der Seite Englands und Frankreichs in den beiden letzten Monaten auf weniger als 5% gesunken ist.

In vielen Universitäten neigt die Mehrheit der Studierenden dazu, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Der Präsident und die Regierung dagegen, unterstützt von den wichtigsten Zeitungen, haben mit Nachdruck betont, die Neutralitätspflicht sei mit Meinungs- und Gesinnungsfreiheit nicht unvereinbar. Die Anzahl der Menschen, die beim Hinzukommen eines Franzosen oder Engländers verstummen, ist heute entschieden geringer als vor ein paar Wochen. Man darf hoffen, dass die Abstimmung über das Neutralitätsgesetz zu weiteren Sympathiebekundungen für die Alliierten führen wird,

Man darf sich nicht darüber täuschen, welch tiefes Misstrauen gegenüber jeder Propaganda besteht, ganz gleich, woher sie kommt. England, das als besonders geschickt gilt, wird überwacht. Unter den letzten Weissbüchern hat

besonders der Schriftwechsel von Sir Nevile Henderson als Dokument von grossem Interesse eine gute Aufnahme gefunden. Aber die Berichte über die deutschen Konzentrationslager sind als tendenziös sehr stark kritisiert worden, selbst von den Zeitungen, die dem Nationalsozialismus so wenig günstig gesinnt sind wie der «Christian Science Monitor».

Roosevelt persönlich tragen die Debatten über die Neutralität einen Zuwachs an Prestige und Volkstümlichkeit ein. Selbst die Führer der Republikanischen Partei, die im vergangenen Juli glaubten, sie «hätten» ihn, zollen seiner Meisterschaft Beifall und geben zu, dass ihr Sieg bei den Wahlen des kommenden Jahres jetzt in Frage gestellt sei. Sie werfen aber die Flinte nicht ins Korn, und man muss damit rechnen, dass sie in den kommenden Monaten keine Gelegenheit versäumen werden, die Regierung und ganz besonders den Präsidenten anzugreifen, nicht nur auf dem Gebiet der inneren Politik, sondern auch auf dem der Aussenpolitik, wenn die Neutralitätsbestimmungen, wie sie sich aus dem neuen Gesetz ergeben, nicht strikt angewendet werden.

Saint-Quentin

Nr. 28

Der französische Botschafter in London an den französischen Aussenminister

Telegramm

Nr. 271 London, den 22. Januar 1940

Geheim

Streng vertraulich

Ein Mitglied der Botschaft der Vereinigten Staaten in London hat sich mit einem meiner Mitarbeiter über die Dreihundert-Meilen-Zone unterhalten.

Wie dieser Kollege berichtet, soll die Regierung der Vereinigten Staaten den durch Vermittlung der Regierung von Panama formulierten Vorschlag nur unterstützt haben, um angesichts der praktischen Unmöglichkeit der Errichtung einer so umfassenden Zone der amerikanischen öffentlichen Meinung zu zeigen, dass der Krieg in Europa eine Realität sei und dass die beiden Amerika sich nicht friedlich mit einer «Watteschicht» umgeben könnten. Nach Auffassung Washingtons sollten die trügerischen Illusionen, die sich die isolationistischen Kreise machen, zerstreut werden.

Die ebenso bestimmte wie höfliche britische Antwort soll im Staatsdepartement den erwünschten Eindruck gemacht haben.

Hätten sich die Engländer zurückhaltender und allzu bestrebt gezeigt, die Vereinigten Staaten zu schonen, so wäre Washington dadurch in Verlegenheit geraten.

Ich wäre dem Ministerium dankbar, wenn es die vorstehenden Angaben streng vertraulich behandeln würde.

Corbin

Nr. 29

Der französische Botschafter in Washington an das französische Aussenministerium

Telegramm

Nr. 235/37 Washington, den 10. Februar

Herr Bullitt, mit dem ich soeben eine lange und vertrauensvolle Unterhaltung gehabt habe, hat mich ersucht, Eure Exzellenz wissen zu lassen, dass er von der Mission des Herrn Sumner Welles erst gestern beim Verlassen des Flugzeuges gehört habe und dass er sich derselben widersetzt hätte, wenn er vorher von ihr Kenntnis erhalten hätte.

Er schreibt die Hauptverantwortung für diesen Schritt Herrn Sumner Welles selbst zu, der den Wunsch hat, die erste Geige zu spielen, ehe in Verfolg der Wahlen oder sogar vor diesem Zeitpunkt der Posten des Staatssekretärs frei wird, falls Herr Cordell Hull Präsidentschaftskandidat der Partei sein würde. Der Präsident, der gegenwärtig sehr erschöpft sei, wie immer vor dem vierteljährlichen Urlaub, den et aus Gesundheitsrücksichten nehmen müsse, hätte sich von Erwägungen der inneren Politik leiten lassen, ohne auf die Gefahr Rücksicht zu nehmen, dass in seine Aussenpolitik in den nächsten Wochen dadurch eine unklare Linie kommen könnte.

Diese Erklärung erscheint mir glaubwürdig, obgleich die engeren Mitarbeiter des Präsidenten diesen, wenn er eine Unklugheit begeht, dadurch zu decken suchen, dass sie sich gegenseitig die Schuld zuschieben.

Wie dem auch sei, jedenfalls hat Präsident Roosevelt Herrn Bullitt, der ihn gestern Abend aufsuchte, beauftragt, mir zu sagen, dass er sich niemals dazu hergeben würde, einen Kompromissfrieden mit den Diktatoren zu empfehlen.

Was die Besprechung mit den Neutralen über die Nachkriegsprobleme betrifft, so handelt es sich nach Angabe des Herrn Bullitt um einen sehr allgemein gehaltenen Plan, der von Herrn Cordell Hull entworfen worden sei und den dieser, um nicht im Hintergrund zu bleiben, notgedrungen unter dem durch die Mission Sumner Welles' geschaffenen falschen Eindruck vorlegen würde. Es sei noch keine Fühlung mit den ausländischen Regierungen genommen worden, aber das Staatsdepartement arbeite heute lebhaft an einem Runderlass, der in den ersten Tagen der nächsten Woche abgesandt werden soll. Der ursprüngliche Entwurf enthielt wenig Greifbares, aber nachdem das Staatsdepartement einmal diesen Weg eingeschlagen hätte, würde es veranlasst sein, ihn einige Zeit lang weiterzuverfolgen, selbst wenn die Umstände wenig günstig wären. So sei es auch mit der unglücklichen Erklärung von Panama gegangen.

Ich möchte hinzufügen, dass die politischen Kreise Washingtons, die den theatralischen Charakter der Politik des Präsidenten gewohnt sind, diese letzten Kundgebungen weiterhin mit Gleichmut und einiger Skepsis beurteilen. Die öffentliche Meinung in New York, die durch die sehr abgewogenen Kommentare der grossen Zeitungen geleitet wird, scheint sich ebenfalls wieder beruhigt zu haben; die aus Paris und London eingegangenen halbamtlichen Kommentare haben übrigens in sehr glücklicher Weise dazu beigetragen, die Dinge einzurenken.

Saint-Quentin

Nr. 30

Der Präsident der Vereinigten Staaten an den französischen Ministerpräsidenten

Eigenhändiges Handschreiben

Weisses Haus, Washington 14. Februar 1940

Lieber Herr Präsident !

Mein Jugendfreund, Sumner Welles, wird Ihnen diese Zeilen übergeben. – Was Sie ihm sagen, wird er streng vertraulich behandeln und es nur mir und Herrn Hull mitteilen. –

In diesem ernsten Augenblick hoffe ich aus ganzem Herzen, dass dieser Gedankenaustausch von wirklichem Wert sein möge – und dass die Welt schliesslich einen Frieden erlangen wird, der weder «unentschieden» noch «unsicher» ist.

Bill Bullitt ist soeben zurückgekommen und überbringt mir Ihre Botschaften, die ich ganz besonders zu schätzen weiss. – Ich sende «meinem Freunde Daladier» meine herzlichsten Grüsse.

Ihr getreuer
Franklin D. Roosevelt

Herrn Daladier durch freundliche Vermittlung des Herrn Sumner Welles.

Nr. 31

Aufzeichnung des Abteilungsleiters für Nordamerika im französischen Generalkommissariat für Informationswesen

Vertraulich Paris, den 11. März 1940

Herr Sumner Welles und das französische Nachrichtenwesen in den Vereinigten Staaten

Im Laufe des Höflichkeits- und Freundschaftsbesuches, den ich Herrn Sumner Welles am 8. März gemacht habe, wandte sich die Unterhaltung einen Augenblick der Lage Frankreichs in den Vereinigten Staaten zu.

Auf seine Frage nach meiner Tätigkeit habe ich erklärt, dass ich im Generalkommissariat für Informationswesen mit der französischen Aufklärungstätigkeit in Nordamerika betraut sei. Ich hätte mich mitunter mit zahlreichen Klagen von amerikanischer und französischer Seite zu befassen, dass die in der amerikanischen Presse erscheinenden Mitteilungen über die Tätigkeit unseres Landes ungenügend seien, wenn man sie mit den überaus zahlreichen Unterlagen über Deutschland und sogar über England vergliche, die man in den amerikanischen Zeitungen finden könne.

Ohne Zögern versicherte mir Herr Sumner Welles, dass es keinen Grund gebe, sich über derartige Kritiken aufzuregen. «Die Stellung Frankreichs in den Vereinigten Staaten ist ausgezeichnet», erklärte er wörtlich, «sie ist besser als die Englands. Sie brauchen also nichts in Ihrer Haltung zu ändern. Alles, was Sie mehr zu tun versuchen würden, könnte Ihrer Sache nur schaden.»

Der Unterstaatssekretär gab jedoch zu verstehen, dass wir versuchen könnten, unsere Tätigkeit auf einen Punkt hinzulenken, nämlich auf die amerikanischen katholischen Kreise, die unter dem Einfluss des irischen Klerus England und infolgedessen auch Frankreich sehr feindselig gegenüberstehen. Ich habe ihm in diesem Zusammenhänge mitgeteilt, was wir in dieser Beziehung bereits getan hätten: die Entsendung der Herren Gilson, Maritain, des Paters Ducatillon usw. Er zeigte sich über die von uns in dieser Form ergriffenen Massnahmen erfreut und billigte sie lebhaft. Um dieselben zu ergänzen, müsse man seiner Ansicht nach auf die grossen Führer des Katholizismus in den Vereinigten Staaten einwirken; er erwähnte insbesondere den neuen Erzbischof von New York, Mgr. Spellmann, einen nahen Freund Papst Pius* XII., sowie den neuen Erzbischof von Chicago. Ich habe ihm versichert, dass diese Anregung berücksichtigt und zu unserem Nutzen verwertet werden würde.

Am Schluss der Unterredung kam der Unterstaatssekretär auf die Einwirkung zurück, die wir unter den gegenwärtigen Umständen berechtigterweise auf die amerikanische öffentliche Meinung auszuüben wünschten,

erinnerte an unseren Botschafter in Washington während des letzten Krieges und erklärte, Herr Jusserand habe in vollkommener Weise die Haltung umschrieben, die Frankreich den Vereinigten Staaten gegenüber in Kriegszeiten einzunehmen hätte. Er ist in keiner Weise ein Gegner der Übersendung reichlicher Nachrichten, aber er verurteilt ausdrücklich jeden Propagandaversuch unsererseits. «Sie haben das nicht nötig», versicherte er, «wenn Sie versuchen würden, Propaganda zu machen, so könnte Ihnen das nur schaden.»

Obgleich der Unterstaatssekretär seiner Freude über die enge und feste Verbundenheit der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Frankreich und England Ausdruck gab, wies er doch darauf hin, dass dieses herzliche Einvernehmen der beiden grossen europäischen Demokratien nicht in einer gemeinsamen Aktion in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck kommen dürfe.

«Sie wissen ebenso gut wie ich», sagte er, «dass in vielen amerikanischen Kreisen England nicht sehr beliebt ist, und Sie würden Ihren Kredit verlieren, der gross, aber zum Teil gefühlsmässigen Charakters ist, wenn Sie sich zu vollständig mit den Engländern gleichstellten.»

Ich war von dieser Wahrheit seit Langem zu sehr überzeugt, um nicht den Worten des Herrn Welles beizustimmen.

Diese freundschaftlichen Erklärungen des amerikanischen Unterstaatssekretärs sind ohne Zweifel dazu angetan, die Befürchtungen über die Haltung der Nordamerika-Abteilung des Generalkommissariats für Informationswesen zu beseitigen, die von verschiedenen Seiten geäussert worden sind.

Bestärkt durch die von Herrn Welles so offen ausgesprochenen Ansichten, wird diese Abteilung auch in Zukunft jede Propaganda entschieden ablehnen und weiterhin ihr Bestes tun, um den amerikanischen Korrespondenten in Frankreich und unseren Vertretern in den Vereinigten Staaten die umfassendsten Nachrichten über die verschiedenen Tätigkeiten Frankreichs während des Krieges zukommen zu lassen.

Der Botschafter der französischen Republik
Abteilungsleiter
André de Laboulaye

Nr. 32

Aufzeichnung aus dem französischen Aussenministerium

Paris, den 24. Mai 1940

Der Botschafter der Vereinigten Staaten klagte heute Herrn Charles-Roux über die Unzulänglichkeiten, ja sogar, wie er sich ausdrückte, den Mangel an Informationen, unter dem sowohl er selbst als auch das Ausland im Allgemeinen hinsichtlich der von den Deutschen begangenen Greuel, wie z.B. Bombenangriffe auf offene Städte und Krankenhäuser, Opfer dieser Bombenangriffe bei der Zivilbevölkerung, Beschiessung von Flüchtlingstransporten oder Flüchtlingszügen mit Maschinengewehren usw. usw., litte. Er bestand hartnäckig darauf, dass ihm persönlich sowie den Presseagenturen baldmöglichst Mitteilungen über diesen Gegenstand zugehen sollten, damit die amerikanische öffentliche Meinung in Erregung gebracht und ihre Entwicklung beschleunigt werden könnte.

Nr. 33

Der Finanzminister von Ecuador an den Staatssekretär der Allgemeinen Verwaltung

Schreiben

Dienstschreiben Nr. 3106 Quito, den 5. September 1941

In Ausführung der vom Herrn Minister dieses Ressorts empfangenen Weisungen teile ich Ihnen ergebenst den Inhalt der einzelnen Bedingungen mit, die vom Staatsdepartement der Vereinigten Staaten von Amerika als Voraus^ Setzung für die Aufnahme von Verhandlungen über eine zwischenstaatliche Anleihe gestellt wurden, und zwar ohne vorherige Festsetzung der Höhe und der einschlägigen Bedingungen derselben.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde die völlige und systematische Mobilisierung der nationalen Kräfte Ecuadors, sowohl der moralischen als der materiellen, der amtlichen und der privaten, begrüssen, um das Gemeinschaftsleben im Sinne einer wirklichen Demokratie und einer wirksamen Zusammenarbeit zum Wohle der Verteidigung des Kontinents auszurichten.

Im Zusammenhang hiermit wird es als unumgänglich notwendig erachtet, den totalitären Einfluss im öffentlichen Leben der Nation mit allen Mitteln zu bekämpfen, besonders in seinen kollektiven Zusammenschlüssen, wie es die Nationalsozialistische Partei in ihren sichtbaren und getarnten Formen ist, und die subventionierte und von antidemokratischen Elementen geleitete Presse – seien diese In- oder Ausländer –, aber auch die fremden Vertretungen, die sich unter irgendeinem Vorwand damit befassen, Ideologien zu fördern, die unserem amerikanischen Denken zuwiderlaufen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erwartet seitens der Regierung von Ecuador unwiderlegbare Beweise im obengenannten Sinne.

Der Herr Finanzminister oder sein Delegierter werden ihre Bemühungen wieder aufnehmen, um eine Anleihe von grösserer Bedeutung abzuschliessen, was durch die Innen- und Aussenpolitik unterstützt werden muss, damit kein Anlass zu Zweifeln gegeben wird, dass die Fusion unserer Republik mit den demokratischen Forderungen der Vereinigten Staaten von Amerika vollzogen ist.

In diesem Sinne und dem Wunsche des Herrn Ministers dieses Ressorts Ausdruck gebend, bitte ich Sie, dies zum Gegenstand einer Diskussion in einer Kabinettssitzung zu machen, in der das Staatssekretariat hierüber unter Vorlage von Belegmaterial Bericht erstatten wird.

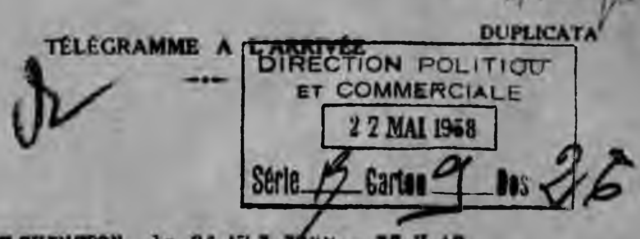
Ergebenst
Für den Minister:
der Unterstaatssekretär
C. Endara

FAKSIMILE-BEILAGEN

AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DECHIFFREMENT

RÉSERVÉ



WASHINGTON, le 26 MAI 1938 - 17 H 40

Reçu le 27 à 3 H 50

N° 514



Suite à mon télégramme précédent.

SECRET.

Le Président a exprimé sa vive sympathie pour la cause chinoise et sa réprobation des excès commis par les troupes japonaises. Passant aux autres dictateurs, il a, en termes très libres, souligné leur audace croissante et regretté l'impunité dont ils avaient trop longtemps joui.

Il s'est félicité du coup d'arrêt porté par la France et l'Angleterre à l'Allemagne dans l'affaire tchécoslovaque.

Entre autres propos que le Département d'Etat se refuserait certainement à confirmer officiellement j'ai (retenu) cette déclaration faite en tournant la tête (1 groupe tronqué) comme à soi-même sur un ton de conviction profonde : "Si la France sombrait, bien évidemment nous sombrerions avec elle"./.

SAINT-QUENTIN

Faksimile zu Dokument Nr. 8

COPIE FAITE

AMBASSADE
DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE
AUX ÉTATS-UNIS

Washington, le 9 novembre 1938.

Direction des Affaires
politiques et commerciales

AMERIQUE

N° 264

L'AMBASSADEUR DE FRANCE AUX ETATS-UNIS A SON EXCELLENCE MONSIEUR GEORGES BONNET, MINISTRE DES AFFAIRES ETRANGERES.

(Copies:
Londres
Berlin
S.D.N.
Rome)

a.s. des Etats-Unis et la conférence de Lima.

Si, depuis quelques semaines, les prochaines élections, la pénétration japonaise en Extrême-Orient, la situation européenne après les accords de Munich, absorbent presque entièrement l'attention des journaux et du public des Etats-Unis, au point de leur faire perdre de vue d'autres questions, le Congrès des Républiques américaines, qui doit s'ouvrir le 9 décembre prochain à Lima, constitue très certainement une des principales préoccupations du Gouvernement fédéral et de l'Administration.

Rien, jusqu'à présent, n'a été révélé par la presse ni par les discours des membres du Gouvernement sur l'attitude que la délégation américaine adoptera à cette réunion. On peut même constater, dans ce pays où journaux et revues sont à l'affût de toutes informations et généralement peu

....

Faksimile zu Dokument Nr. 11 (erste Seite)

proclamant et en mettant en oeuvre, tout au moins apparamment, une politique de bon voisinage. Aujourd'hui, le moment paraît assez propice pour qu'elle en recueille les fruits. Elle use à cet effet assez habilement de la menace allemande et se réclame d'un idéal démocratique dont certaines des Républiques sud-américaines sont, à vrai dire, fort éloignées, et qui, pour les Etats-Unis eux-mêmes est, en réalité, un idéal pan-américain mêlé d'impérialisme./.

Faksimile zu Dokument Nr. 11 (letzte Seite)

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W WASZYNGTONIE

POLISH EMBASSY
WASHINGTON
2640-16TH STREET, N. W.

3/SZ-tjn-4

I № 720

16-go stycznia 1939r.

T A J N E .

W sprawie rozmowy z Ambasadorem Bullitt'em.

Do

Pana Ministra Spraw Zagranicznych
w Warszawie.

1

Przedwczoraj odbyłem dłuższą rozmowę z Ambasadorem Bullitt'em, który przyjechał mnie odwiedzić w Ambasadzie. Bullitt wyjeżdża do Paryża 21-go b.m., po prawie 3-miesięcznej niebytności na placówce, z pełnym "bagażem" instrukcyj, rozmów i dyrektyw od Prezydenta Roosevelt'a, Departamentu Stanu oraz senatorów należących do Komisji Spraw Zagranicznych.

Z rozmowy z Bullitt'em odniosłem wrażenie, że otrzymał on od Prezydenta Roosevelt'a wyraźne określenie stanowiska Stanów Zjednoczonych w obecnym kryzysie europejskim które ma przedstawić na Quai d'Orsay oraz zużytkować do rozmów z mężami stanu Europy. Treść tych dyrektyw, które mi Bullitt w swej pół-godzinnej rozmowie przytoczył, jest następująca: 1) aktywizacja polityki zagranicznej pod przewodnictwem Prezydenta Roosevelt'a, która w sposób niedwuznaczny i ostro potępia państwa totalitarne; 2) przygotowania wojenne Stanów Zjednoczonych na morzu, lądzie i w powietrzu, które będą przeprowadzone w przyspieszonym tempie i pochłoną olbrzymią sumę $1,250,000,000; 3) zdecydowany pogląd Prezydenta by Francja i Wielka Brytania zaprzestały wszelkiej polityki kompromisów z państwami totalnymi i nie wchodziły z nimi w żadne próby dyskusji które miałyby na celu jakiekolwiek zmiany terytorialne; 4) zapewnienie moralne, że Stany Zjednoczone odchodzą od polityki izolacji, a gotowe są wrazie wojny czynnie wystąpić po stronie Wielkiej Brytanii i Francji, oddając cały swój materiał finansowy i su-

Faksimile zu Dokument Nr. 17 (erste Seite)

i o sens odnowienia paktu nieagresji między Polską a Rosją. Odpowiedziałem, że wszystko to, co prasa pisała w sprawie Rosji, to były tylko dowolne domysły, że odnowienie paktu nieagresji z Sowietami było koniecznością chwili po kryzysie czeskim gdy stosunki pomiędzy Polską a Sowietami zaczynały ulegać pewnemu zepsuciu. Było to jedynie postawienie kropki nad i, ale ani wyżej, ani niżej; tylko tak, aby stosunki wypaczone zajściami znowu wyprostować.

W sprawie układu handlowego z Sowietami, o który się pytał, odpowiedziałem, że był on do pewnego stopnia następstwem zajęcia przez nas Zaolzia i wielkich hut, które zmusiły Polskę do szukania nowych rynków zbytu i które częściowo Polska znalazła w Sowietach.

Co do Rosji Sowieckiej, Bullitt odnosił się z wyraźną niechęcia i lekceważeniem.

Mówił dalej, że nie przewiduje, aby Niemcy chciały obecnie agresywnie występować w Europie Wschodniej, gdyż Polska jest zbyt silna z jednej strony, a z drugiej, t.zn. z Węgrami, Rumunią i Jugosławią, sprawa jest jeszcze niewyjaśniona i wymaga dopiero umocnienia pozycji i przygotowania terenu. Jednak - mówił dalej - jestem przekonany, że Niemcy swój plan podboju Ukrainy przeprowadzą, ale dopiero w r. 1940.

Nie wdawałem się z Bullitt'em w dyskusje na ten postawiony przez niego axiomat; zapytałem się jednak czy, gdyby sytuacja taka miała nastąpić, - mocarstwa zachodnie wystąpiłyby czynnie, i czy zaatakowałyby Rzeszę w rzekomej obronie Rosji Sowieckiej.

Bullitt odpowiedział, że państwa demokratyczne przekreśliły raz na zawsze wszelkie urojone interwencje zbrojne w kierunku zabezpieczenia jakiegokolwiek państwa, któreby miało się stać pastwą agresji niemieckiej.

OTRZYMUJA:
Pan Minister
Spraw Zagr.
MSZ. - P. II.
" - G. M.
" - P. I.
Ambasady:
Londyn
Paryż
Berlin

Jerzy Potocki
Ambasador R. P.

JPŁ

Faksimile zu Dokument Nr. 17 (letzte Seite)

4 octobre 9

LE PRESIDENT DU CONSEIL, MINISTRE DES AFFAIRES ETRANGERES,
A MONSIEUR LE MINISTRE DE LA MARINE DE GUERRE.
MONSIEUR LE MINISTRE DE LA MARINE MARCHANDE
MONSIEUR LE MINISTRE DU BLOCUS.

M. l'Ambassadeur des Etats-Unis vient de me faire, au nom de son Gouvernement, la communication confidentielle suivante:

" A titre de mesure temporaire et pour aussi longtemps qu'il n'aurait pas été amené à adopter une autre politique, le Gouvernement des Etats-Unis ne traitera pas, comme navire de guerre, les navires .. rchands des pays belligérants qui seront armés et dont l'armement aura un caractère purement défensif.

"Le Gouvernement des Etats-Unis se réserve la faculté de modifier éventuellement cette décision sans notification préalable".

Je m'empresse de porter cette communication à votre connaissance./.

Faksimile zu Dokument Nr. 25

INHALT

Gedruckt
im Deutschen Verlag
Berlin